



*Mannheimer Zentrum für
Europäische Sozialforschung*



DEMOKRATIE IN MANNHEIM

Ergebnisse des ersten Demokratie Audits Mannheim

Prof. Dr. Jan W. van Deth & Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck

(unter Mitwirkung von Sarah Odrakiewicz, B.A.)

Juni 2013



STADT MANNHEIM ²

Vorbemerkung

Das Demokratie Audit Mannheim (DAMA) wurde mit Unterstützung der Stadt Mannheim durch das Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES¹) der Universität Mannheim realisiert. Die Studie wurde konzipiert und durchgeführt in enger Zusammenarbeit zwischen Prof. Dr. Jan van Deth und Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck (MZES) sowie Dr. Konrad Hummel (Stadt Mannheim, Beauftragter des Oberbürgermeisters für die Konversion). Folgende weiteren Vertreter der Stadt Mannheim waren in die Planung der Studie eingebunden: Peter Myrczik (Stadt Mannheim, Fachbereich Rat, Beteiligung und Wahlen), Robert Erasmy (Stadt Mannheim, Fachbereich Rat, Beteiligung und Wahlen – Team Bürgerschaft und Beteiligung), Matthias Hübel (Strategische Steuerung) und Matthias Krebs (Stadt Mannheim, Strategische Steuerung). Die Datenerhebung oblag teleResearch GmbH, Mannheim. Dr. Rolf Hackenbroch und Silke Fuhrmann (teleResearch GmbH) trugen die Verantwortung für die Vorbereitung und Durchführung der Umfrage und der Fokusgruppen. Sarah Odrakiewicz (Universität Mannheim) unterstützte das Projektteam bei den Datenanalysen und der Erstellung des Abschlussberichts. Die wissenschaftliche Verantwortung für die Studie, die Auswertungen und die im Abschlussbericht dargelegten Befunde liegt ausschließlich bei Prof. Dr. Jan van Deth und Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck (MZES).

20. Mai 2013

¹ Siehe <http://www.mzes.uni-mannheim.de/d7/de/projects/demokratie-audit-mannheim-dama>.

Zusammenfassung

Das Demokratie Audit Mannheim (DAMA) bietet eine detaillierte Beschreibung der politischen Einstellungen der Mannheimer Bevölkerung sowie ihrer Partizipationsbereitschaft und Einschätzungen des Funktionierens der Demokratie in ihrer Stadt. Die Studie umfasst eine repräsentative Umfrage unter den deutschsprachigen Einwohnern der Stadt (durchgeführt von November 2012 bis Januar 2013) und Gespräche mit vier unterschiedlich zusammengesetzten Fokusgruppen (potentielle Erstwähler bei den nächsten Wahlen, junge Erwachsene, Migranten und politisch Unbeteiligte) in der Zeit von April bis Mai 2013 (für methodische Details siehe Teil I).

Die Ergebnisse der Umfrage (dokumentiert in Teil II) zeigen u. a. eine starke Verbundenheit der Mannheimer Bürger mit ihrer Stadt sowie eine hohe Zufriedenheit mit dem Leben in dieser Kommune. Die politischen und administrativen Institutionen der Stadt genießen Vertrauen und breite Unterstützung. Dies spiegelt sich auch in eher positiven Beurteilungen der Performanz von Institutionen wie z. B. dem Oberbürgermeister oder der Stadtverwaltung wieder. Mit Hinblick auf ihre politische Toleranz angesichts der Bereitschaft politische Artikulationsrechte in der Öffentlichkeit zu akzeptieren, zeigen sich die Befragten ideologisch-weltanschaulichen Extremisten gegenüber deutlich weniger tolerant als gegenüber Personen, die gegen allgemein akzeptierte soziale Normen verstoßen (beispielsweise Drogenabhängige). Gleiches ist auch für die soziale Toleranz festzustellen. Ideologisch stufen sich die Befragten im Durchschnitt auf einer Mitte-links-Position ein. Nur wenige positionieren sich auf der gängigen Links-Rechts-Skala an einem der extremen Pole.

Während die meisten Befragten großes Interesse an Politik im Allgemeinen äußern, ist das Interesse an der Kommunalpolitik in Mannheim eher gering. Für Informationen über die Kommunalpolitik wird insbesondere der "Mannheimer Morgen" als Quelle genutzt. Das gilt auch für das spezielle Thema der Konversion, das einer Mehrheit von 79 Prozent bekannt ist. Etwa die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger hat sich politisch engagiert und nur 13 Prozent meinen, dass die Möglichkeiten sich zu beteiligen, nicht ausreichen. Ein basisdemokratisches Demokratieverständnis wird insgesamt deutlich stärker unterstützt als ein autoritäres Verständnis. Protestformen politischer Beteiligung werden im Schnitt häufiger genutzt als bürgerschaftliche Formen politischer Beteiligung. Allerdings betrachten die Bürgerinnen und Bürger politisches Engagement im Allgemeinen als nicht sehr wichtig für das Funktionieren der Demokratie. Ein guter Bürger zeichnet sich aus ihrer Sicht eher durch die Erfüllung von Pflichten aus als durch politische Aktivität. Damit einhergehend glauben sie, dass das eigene Gestalten des Lebens in Mannheim gemeinsam mit anderen Bürgern vor Ort wirksamer ist als Interaktionen mit Politikern und Institutionen.

Manche Ergebnisse der Umfrage wurden in den Fokusgruppengesprächen auf den Punkt gebracht (ausführlich dokumentiert in Teil III). Das Funktionieren der Demokratie in Mannheim wird von jungen Erwachsenen am optimistischsten eingeschätzt. Auch die drei anderen Gruppen teilen diese Meinung, betonen allerdings, dass sie bisher noch nichts Gegenteiliges wahrgenommen haben. Alle vier Gruppen erwähnen die potenzielle Verbesserungswürdigkeit der unmittelbaren Einbeziehung der Bürger in stadtpolitische Groß-Entscheidungen (z. B. Bauvorhaben Q6/Q7, Kunsthalle) per Bürgerentscheid. Jedoch kommt auch Skepsis zum Ausdruck, ob die Ergebnisse solcher Bürgerentscheide stets respektiert und umgesetzt würden. Vor allem die jungen Erwachsenen wünschen sich explizit, besser, offensichtlicher und offensiver über das Geschehen in der Stadt Mannheim informiert zu werden.

Der letzte Teil dieses Berichtes (Teil IV) umfasst tiefergehende Analysen von zwei wichtigen Aspekten der Demokratie der Stadt Mannheim – dem kommunalpolitischen Informations- und

Kommunikationsverhalten der Mannheimer Bürger (politische Involvierung) und den Hintergründen politischer Passivität bei bestimmten Gruppen der Bevölkerung.

Die Analyse der politischen Involvierung zeigt, dass für Interesse und Aufmerksamkeit der Mannheimer Bürger bezüglich der Politik ihrer Stadt vier Faktorenbündel maßgeblich sind. Am städtischen Leben nehmen insbesondere ältere Personen Anteil – sie interessieren sich eher für Kommunalpolitik, verfolgen häufiger diesbezügliche Nachrichten und fühlen sich ihrer Stadt enger verbunden. Eine stärkere Involvierung in die Stadtpolitik wird zudem begünstigt durch einen höheren sozioökonomischen Status, soziale Integration und die deutsche Staatsbürgerschaft. Informationen zur städtischen Politik stimulieren oft Anschlusskommunikation in Form politischer Unterhaltungen in den persönlichen Netzwerken der Bürger. Etwas mehr als ein Drittel der Mannheimer informiert sich lediglich aus einer Quelle über die Stadtpolitik, mehr als die Hälfte informiert sich aus zwei und mehr Quellen und hat somit bessere Chancen, ein pluralistisches Bild vom politischen Geschehen zu erhalten. Bezüglich der erreichten Gruppen in der Bevölkerung besteht eine Art Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Quellen lokalpolitischer Information. Nicht alle Quellen erreichen eher Ältere und eher sozial besser Gestellte, bei manchen (etwa dem Fernsehen und dem Internet) ist das Gegenteil der Fall. Doch werden diese Quellen nicht sehr breit genutzt. Hohe kommunalpolitische Involvierung, aber unabhängig davon auch eine bessere sozioökonomische Ressourcenausstattung gehen häufig mit positiveren Urteilen über die städtische Demokratie und ihre Institutionen einher und begünstigen aktive politische Beteiligung.

In der zweiten vertiefenden Analyse liegt die Aufmerksamkeit auf denjenigen, die sich nicht am politischen Geschehen in Mannheim beteiligen. Etwa die Hälfte der Bürger hat keine Beteiligungsmöglichkeiten, wie z. B. einen Leserbrief zu schreiben oder sich an einer Unterschriftenaktion zu beteiligen, genutzt. Außerdem würden fast 40 Prozent der Bürger zu Hause bleiben wenn am Sonntag eine Gemeinderatswahl wäre. Insgesamt ist etwa ein Viertel der Mannheimer politisch passiv. Gründe für diese Inaktivität sind insbesondere ein Mangel an politischem Interesse und die Unterstützung eines eher autoritären Verständnisses von Demokratie. Diese beiden Haltungen sind klar zuzuordnen: Junge Leute, die nicht in Vereinen aktiv sind, keine deutsche Nationalität besitzen, ein geringes Bildungsniveau haben und relativ kurz in Mannheim wohnen, interessieren sich kaum für die Politik in der Stadt. Ähnliche Faktoren bestimmen ein eher autoritäres Verständnis von Demokratie. Die kürzeste Antwort auf die Frage, weshalb manche Mannheimer Bürger sich nicht aktiv engagieren, lautet deswegen: Weil sie nicht wollen und weil sie niemand gefragt hat – und sie wollen nicht und werden nicht gefragt, weil ihnen dazu die Ressourcen fehlen. Somit kann in Mannheim weder von einer mehr oder weniger gleichen tatsächlichen Beteiligung, noch von gleichen Partizipationsmöglichkeiten gesprochen werden.

Inhaltsverzeichnis

Teil I: Ziele und Merkmale der Studie	7
1. <i>Demokratie Audit Mannheim</i>	7
2. <i>Bevölkerungsumfrage</i>	8
3. <i>Fokusgruppengespräche</i>	9
Teil II: Wichtigste Ergebnisse der Umfrage	10
1. <i>Politische und soziale Orientierungen</i>	10
1.1 Zufriedenheit und Verbundenheit	10
1.2 Politische und soziale Toleranz	12
1.3 Politisches Vertrauen	15
1.4 Interesse an Politik	17
1.5 Soziale und politische Wertorientierungen	18
1.6 Links-Rechts-Selbsteinstufung	20
1.7 Politisches Selbstbewusstsein	21
2. <i>Einstellungen gegenüber der Demokratie</i>	22
2.1 Zufriedenheit mit der Demokratie und Performanz der Stadt Mannheim	22
2.2 Bürgertugenden	23
2.3 Demokratieverständnis	25
2.4 Wirksamkeit verschiedener Beteiligungsformen	28
3. <i>Soziale und politische Beteiligung</i>	32
3.1 Wahlbeteiligung	32
3.2 Politische Beteiligung	34
3.3 Beteiligung an Aktivitäten in und von Vereinen	36
3.4 Informelle Aktivitäten im Sozialbereich	39
4. <i>Information und Kommunikation</i>	40
4.1 Informationsquellen zur Kommunalpolitik	40
4.2 Gespräche über Kommunalpolitik	43
5. <i>US-Anwesenheit in Mannheim und Konversion</i>	45
5.1 Bedeutung der US-Anwesenheit für Mannheim	45
5.2 Perzeption der Konversion	47
Teil III: Wichtigste Ergebnisse der Fokusgruppengespräche	49
1. <i>Studiensteckbrief und Stichprobenzusammensetzung</i>	49
2. <i>Spontane Assoziationen zu Mannheim</i>	51
3. <i>Persönliche Verbundenheit zur Stadt Mannheim</i>	53
4. <i>Politik in Mannheim: Antizipierte Möglichkeiten der Partizipation</i>	54
5. <i>Politik in Mannheim: Interesse und Informationsbedarf</i>	57
6. <i>Derzeitiges Informationsverhalten</i>	59
7. <i>Wahrnehmung und Zufriedenheit mit der Demokratie in Mannheim</i>	61
8. <i>Konversionsprozess der Stadt Mannheim</i>	63

	6
9. <i>Vertrauen in Arbeit und Politik der Stadt Mannheim</i>	66
10. <i>Benachteiligte bzw. begünstigte Gesellschaftsgruppen</i>	68
11. <i>Charakteristika der vier verschiedenen Fokusgruppen</i>	71
11.1 Jugendliche Erstwähler	71
11.2 Junge Erwachsene	72
11.3 Migranten	73
11.4 Politisch Unbeteiligte	74
Teil IV: Demokratie in Mannheim	75
1. <i>Die stadtpolitische Involvierung der Bürger Mannheims</i>	75
1.1 Überblick	75
1.2 Wie informieren sich die Mannheimer Bürger über die Politik ihrer Stadt?	76
1.3 Welche Mannheimer Bürger informieren sich über die Politik ihrer Stadt?	80
1.4 Kommunalpolitische Information und Orientierungen zur städtischen Demokratie	89
1.5 Fazit	97
2. <i>Politisch passive Gruppen</i>	99
2.1 Demokratie und Beteiligung	99
2.2 Beteiligung und Passivität	99
2.3 Determinanten politischer Passivität	102
2.4 Merkmale politisch passiver Gruppen	105
2.5 Fazit	107

Teil I: Ziele und Merkmale der Studie

1. Demokratie Audit Mannheim

Die systematische Überprüfung des demokratischen Charakters politischer Systeme auf der Basis gesicherter empirischer Befunde findet seit den 1990er Jahren immer häufiger statt. Die ursprünglich schwedische Initiative wurde mit dem „Democratic Audit of the United Kingdom“ 1996, 1999, 2002 und 2011 weitläufig bekannt.² Das International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA) entwickelte in diesem Zusammenhang ein sehr umfangreiches Verfahren zur Beurteilung des ‚State of Democracy‘, welches mittlerweile in mehr als zwanzig Ländern eingesetzt worden ist.³ Wichtige akademische Studien in diesem Bereich sind das „Citizenship, Involvement, Democracy“-Projekt (CID), das unter Federführung der Universität Mannheim in zwölf europäischen Ländern durchgeführt worden ist⁴, sowie die britische Version dieser Studie⁵. Obwohl sich die verschiedenen Audits deutlich in Umfang und Differenzierung unterscheiden, ist ihr gemeinsames Ziel klar: Informationen für eine systematische Evaluation des Funktionierens der Demokratie zu sammeln und Verbesserungsmöglichkeiten zu benennen. Dabei stellen die öffentliche Präsentation und Diskussion der Befunde sowie die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger regelmäßig einen wichtigen Aspekt des Verfahrens dar.

Ein Demokratie Audit soll es ermöglichen, das Funktionieren einer Demokratie systematisch zu evaluieren und Verbesserungsmöglichkeiten zu benennen. Ein zentraler Aspekt hiervon sind die Wahrnehmungen und Orientierungen der Bürger des untersuchten politischen Systems – ihre demokratischen Einstellungen und Einschätzungen des Funktionierens der Demokratie sowie ihre politische Partizipationsbereitschaft. Die in einem Demokratie Audit zu betrachtenden Inhalte und Themen sollten in effizienter Weise ein breites Spektrum sozialer und politischer Orientierungen sowie der Partizipation(-sbereitschaft) der Bürgerinnen und Bürger abdecken. Außerdem sollten mögliche Engpässe und diesbezügliche Verbesserungsmöglichkeiten benannt werden können.

Der vorliegende Bericht vermittelt eine Übersicht der wichtigsten Ergebnisse des von diesen Leitlinien inspirierten ersten *Demokratie Audits Mannheim (DAMA)*, der 2012 begonnen wurde und auf den umfangreichen Erfahrungen mit vergleichbaren Instrumenten in anderen Ländern und Gemeinden aufbaut. Das DAMA ist partiell auf die besonderen Gegebenheiten der Stadt Mannheim und in diesem Zusammenhang speziell auf den dort derzeit stattfindenden Konversionsprozess bezüglich der Neuverwendung von der US-Armee aufgegebenen ehemaliger Militäranlagen und Militärflächen zugeschnitten, der die Stadt in den kommenden Jahren vor große planerische Herausforderungen stellt, in deren Bewältigung auch die Bevölkerung eingebunden werden soll. Zum größeren Teil fokussiert er auf allgemeine bürgerschaftliche Orientierungen, die in ähnlicher Weise auch für andere Populationen schon vielfach ermittelt wurden. Dadurch sind leicht Vergleiche mit existierenden Studien möglich. Eine präzise Abstimmung auf die Bedürfnisse der Stadt Mannheim stand bereits in der Anfangsphase des Projekts im Vordergrund.

Das Demokratie Audit Mannheim bietet eine detaillierte Beschreibung der politischen Einstellungen der Mannheimer Bevölkerung sowie ihrer Partizipationsbereitschaft und Einschätzungen des

² Siehe die ausführlichen Informationen auf <http://www.democraticaudit.com/>.

³ Siehe <http://www.idea.int/sod/index.cfm>.

⁴ Jan W. van Deth, José Ramón Montero und Anders Westholm (Hrsg.), *Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis*, London: Routledge, 2007.

⁵ Charles Pattie, Patrick Seyd und Paul Whiteley, *Citizenship in Britain. Values, Participation and Democracy*, Cambridge: Cambridge University Press, 2004.

Funktionierens der Demokratie in ihrer Stadt. Dazu werden zwei komplementäre Instrumente eingesetzt: eine repräsentative Umfrage unter den deutschsprachigen Einwohnern der Stadt und zusätzliche Gespräche mit hinsichtlich der Zusammensetzung unterschiedlich ausgewählten Fokusgruppen über bestimmte Themen (Demokratieverständnis, Erwartungen an die Stadt, Beurteilung der bisherigen Performanz usw.).

2. Bevölkerungsumfrage

Die Umfrage wurde in der Zeit von Donnerstag, den 22.11.2012, bis Freitag, den 15.01.2013, vom Mannheimer Unternehmen teleResearch GmbH durchgeführt und kann wie folgt charakterisiert werden:

Grundgesamtheit	Deutschsprachige Einwohner der Stadt Mannheim ab 15 Jahren. Gemäß der amtlichen Statistik beträgt der Anteil der Einwohner in Mannheim, die 15 Jahre und älter sind, 87,8 Prozent. Der Anteil der Einwohner mit deutscher Nationalität ab 15 Jahren beträgt wiederum 65,8 Prozent (Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2013; Angaben zum 31.12.2011). Befragt wurden jedoch deutschsprachige Einwohner (d. h. auch Ausländer, die der deutschen Sprache mächtig sind).
Stichprobeziehung	Das Repräsentativ-Sample wurde aus dem adm-Stichprobensystem für Telefonstichproben gezogen. Die Telefonnummern wurden dabei als haushaltsrepräsentatives Festnetz-Sample gezogen. Das heißt, die Stichprobe beinhaltet auch nicht im Telefonbuch eingetragene Haushalte.
Netto-Stichprobe	N = 1036 Interviews.
Rücklaufquote	17,6 Prozent.
Fragebogen	Der Fragebogen wurde von den MZES-Projektleitern entwickelt. Entwürfe sind ausführlich mit Mitarbeitern der Stadt Mannheim und der teleResearch GmbH besprochen worden.
Erhebungsmethode	Die Befragung wurde in Form von telefonischen CATI-Interviews realisiert. Der Fragebogen war komplett programmiert.
Befragungsdauer	Das durchschnittliche Interview dauerte 29 Minuten.
Kontaktversuche	Um eine optimale Ausschöpfung zu erzielen, wurden pro Haushalt bis zu zehn Kontaktversuche an verschiedenen Tagen zu unterschiedlichen Uhrzeiten unternommen.
Nachtelefonieren	Insgesamt 73 Interviews wurden aus dem Nachtelefonieren bereits verweigerter Gespräche durchgeführt.
Gewichtungen	Um Stichprobenverzerrungen und Non-Response-Effekte auszugleichen wurde die Stichprobe für alle deskriptive Ergebnisse mit den Daten des agma-Zeitungsdatensatzes gewichtet, der wiederum auf dem amtlichen Mikrozensus rekurriert.

3. Fokusgruppengespräche

Die Fokusgruppengespräche wurden durchgeführt am Montag, 29.04.2013, und Montag, 6.05.2013. Die Auswahl der Probanden sowie Durchführung und Auswertung der Gruppengespräche oblagen teleResearch GmbH, die Gruppengespräche fanden statt in den Räumlichkeiten von IFM (P4, 1, 68161 Mannheim). Die wichtigsten Merkmale dieses Studienteils sind:

Gruppendefinition	Insgesamt wurden von den MZES-Projektleitern in Absprache mit Mitarbeitern der Stadt Mannheim vier Fokusgruppen definiert: (1) Potentielle Erstwähler bei den nächsten Wahlen, (2) junge Erwachsene, (3) Migranten mit/ohne deutsche Staatsbürgerschaft und (4) politisch Unbeteiligte.
Rekrutierung	Die Rekrutierung der Teilnehmer erfolgte anhand von Screeningfragebögen, zum Teil aus bestehenden Adressdaten (Rhein-Neckar-Panel), zum Teil per Zufall „von der Straße“.
Teilnehmer	Gruppe (1) N = 11, (2) N = 9, (3) N = 8 und (4) N = 10. Keiner der Teilnehmer hat in den letzten sechs Monaten an anderen Befragungen zum Thema „Mannheim“, „politische Beteiligung“ oder „Demokratie“ teilgenommen.
Leitfaden	Für die Gruppengespräche wurde durch teleResearch und die MZES-Projektleiter ein einheitlicher Gesprächsleitfaden entwickelt.
Moderation	Die Gespräche wurden von einem erfahrenen Mitarbeiter der teleResearch GmbH moderiert.
Gesprächsdauer	Alle Gespräche dauerten zwischen 100 und 120 Minuten.
Dokumentation	Alle Gespräche wurden vollständig auf Video aufgezeichnet und anschließend transkribiert.

Teil II: Wichtigste Ergebnisse der Umfrage

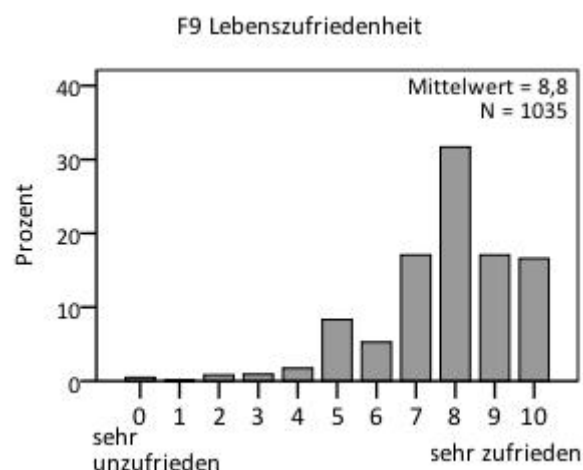
1. Politische und soziale Orientierungen

1.1 Zufriedenheit und Verbundenheit

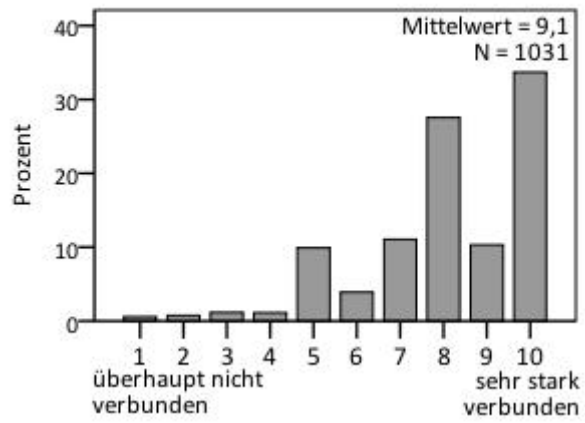
In den unten stehenden Abbildungen werden Informationen dazu vermittelt, wie zufrieden die Mannheimer Bevölkerung im Allgemeinen mit ihrem Leben ist sowie wie stark sie sich mit Deutschland und der Stadt Mannheim verbunden fühlt. Die Möglichkeit der persönlichen Einschätzung wurde in allen drei Fällen auf einer Skala, die von 0 bis 10 reicht, vorgegeben. Zur Gewährleistung der Einheitlichkeit wurde diese Antwortmöglichkeit – sofern möglich – auch für viele weitere Fragen beibehalten. Lediglich die Bedeutung der Endpunkte variiert von Frage zu Frage.

Im ersten Fall wurden die Befragten gebeten, die Zufriedenheit mit ihrem Leben anhand des Thermometers anzugeben. 0 bedeutet hier „sehr unzufrieden“, 10 „sehr zufrieden“. Mit den Werten dazwischen ist eine Abstufung der Lebenszufriedenheit möglich. Die konkrete Frage lautet: „Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrem gegenwärtigem Leben?“. Auch mit den Fragen „Wie stark fühlen Sie sich mit Deutschland verbunden?“ bzw. der direkt darauffolgenden Frage, „Und wie ist das mit der Stadt: Wie stark fühlen Sie sich mit der Stadt Mannheim verbunden?“, erhielten die befragten Mannheimer die Möglichkeit, ihre Verbundenheit auf einem Thermometer von 0 bis 10 einzustufen. Mit Bezug auf die Verbundenheit bezieht sich der Wert 0 auf „überhaupt nicht verbunden“ und der Wert 10 auf „sehr stark verbunden“. Mit den Werten dazwischen konnten die Befragten ihre Meinung erneut abstufen.

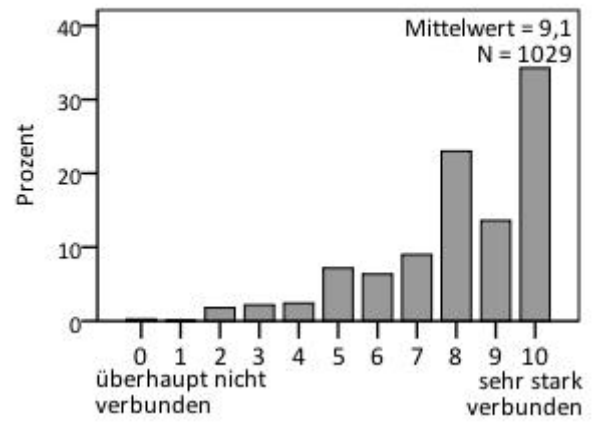
Die von den Mannheimer Bürgern abgegebenen Urteile sind im Schnitt sehr positiv. Die Mehrzahl der Befragten konzentriert sich auf den höchsten Werten der Skala, Einstufungsmöglichkeiten im negativen Segment der Skala werden kaum genutzt. Die Verbundenheitseinstufungen mit Deutschland insgesamt und mit der Stadt Mannheim sind dabei überraschend ähnlich.



F1 Verbundenheit Deutschland



F2 Verbundenheit Mannheim

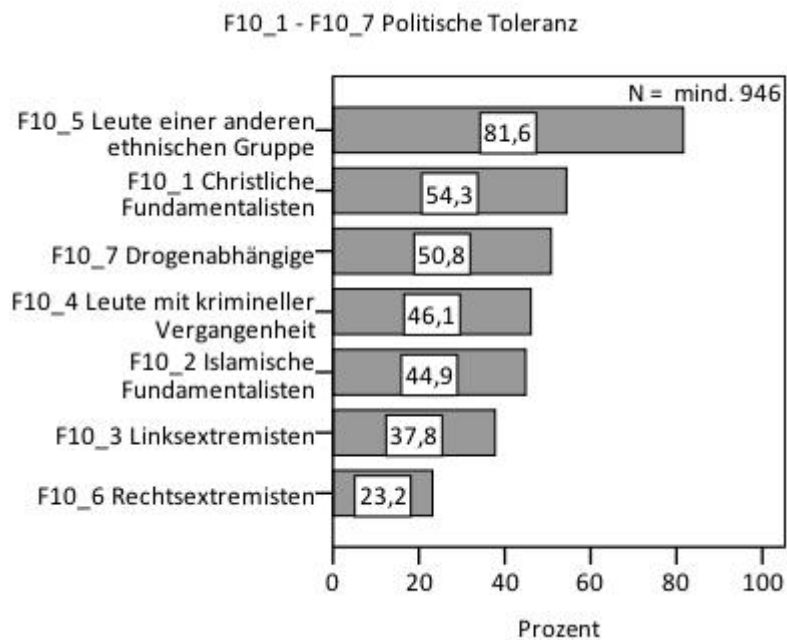


1.2 Politische und soziale Toleranz

Zur Einschätzung der politischen und sozialen Toleranz wurden die Befragten mit einer Reihe verschiedener gesellschaftlichen Gruppen konfrontiert. Diese schließen 1) christliche Fundamentalisten, 2) islamische Fundamentalisten, 3) Linksextremisten, 4) Leute mit krimineller Vergangenheit, 5) Leute einer anderen ethnischen Gruppe, 6) Rechtsextremisten und 7) Drogenabhängige mit ein.

Hinsichtlich der politischen Toleranz wurden die Teilnehmer aus Mannheim gefragt, ob darunter Gruppen seien, denen es nicht erlaubt sein sollte öffentliche Versammlungen abzuhalten. Dem Charakter der Frage entsprechend, beschränken sich die Antwortmöglichkeiten in diesem Fall auf „ja“ und „nein“.

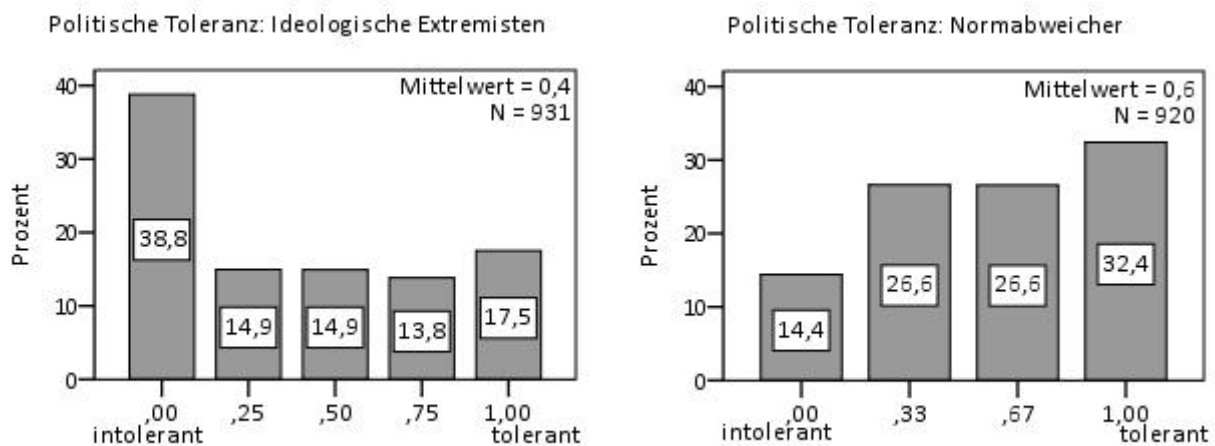
Die folgende Abbildung spiegelt politische Toleranz hinsichtlich der entsprechenden Gruppen insofern wieder, als dass es ihnen laut dem entsprechenden Prozentsatz der Befragten möglich sein sollte, öffentliche Versammlungen abzuhalten.



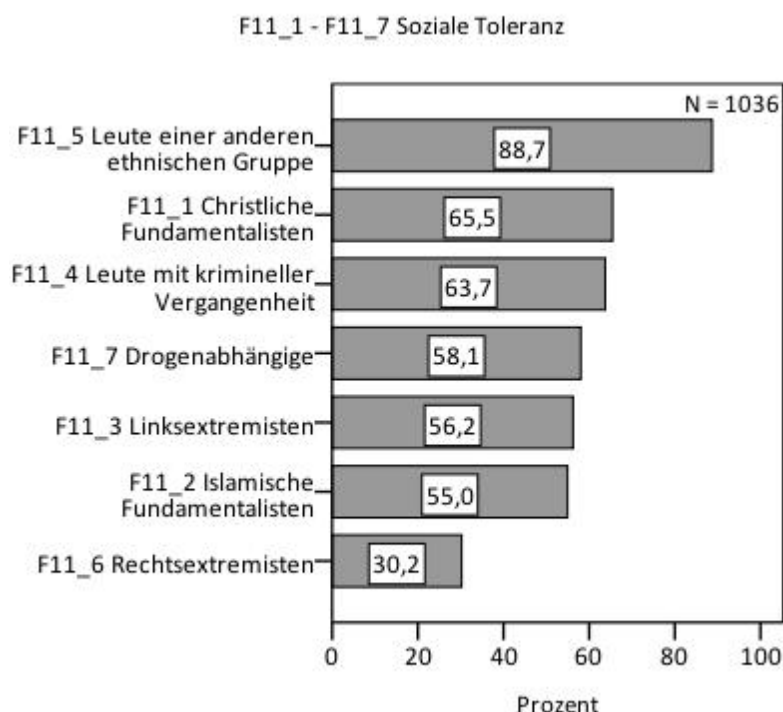
Die politische Toleranz für die verschiedenen Gruppierungen fällt sehr unterschiedlich aus. Personen aus anderen ethnischen Gruppen werden sehr viel toleranter gesehen als die anderen Gruppen. Das Schlusslicht bilden Linksextremisten, mit Abstand am wenigsten toleriert werden Rechtsextremisten.

Mittels einer Hauptkomponentenanalyse untersuchten wir, ob sich diese Liste von gesellschaftlichen Gruppen in übergeordnete Kategorien zusammenfassen lässt. Die dabei zutage getretenen Zusammenhänge zwischen den Urteilen über die verschiedenen Gruppen lassen darauf schließen, dass diesen zwei Grunddimensionen zugrunde liegen. Untereinander ähnlich beurteilt werden einerseits 1) Christliche Fundamentalisten, 2) islamische Fundamentalisten, 3) Linksextremisten und 6) Rechtsextremisten, andererseits 4) Leute mit krimineller Vergangenheit, 5) Leute einer anderen ethnischen Gruppe sowie 7) Drogenabhängige. Wir definieren die erste Dimension daher durch ihren Bezug auf „ideologische Extremisten“, die zweiten hingegen durch ihren Bezug auf

„Normabweichung“.⁶ Ideologischen Extremisten begegnen die Befragten deutlich weniger offen als Gruppierungen, die durch Abweichung von sozialen Normen auffallen.



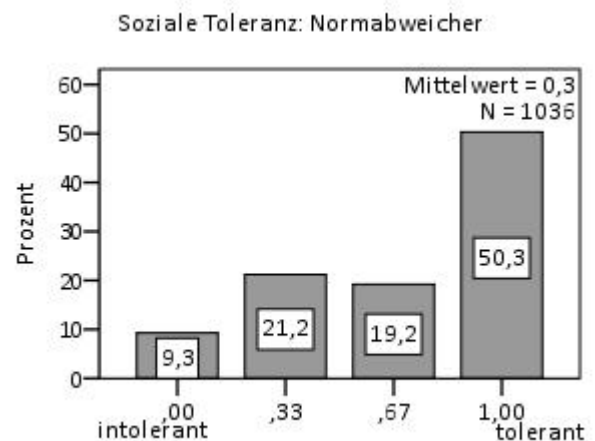
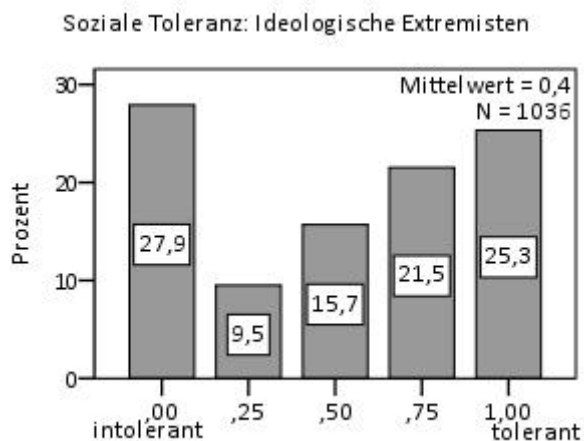
Zur Einschätzung der sozialen Toleranz wurden die Befragten mit der Frage konfrontiert, ob sich unter den einzelnen Gruppen welche befinden, die sie nicht als Nachbar haben möchten. Die Antwortmöglichkeiten sind in diesem Fall ebenfalls auf „ja“ und „nein“ beschränkt. Die folgende grafische Darstellung bildet soziale Toleranz ab, indem der entsprechende prozentuale Anteil der Befragten diese Gruppen als Nachbarn toleriert.



Bezüglich der sozialen Toleranz ist die Rangordnung der einzelnen Gruppen sehr ähnlich wie bei der politischen Toleranz, aber die Werte sind insgesamt etwas günstiger – sozial erscheinen die

⁶ Für die technischen Hintergrundinformationen siehe im deskriptiven Bericht des Demokratie Audits Mannheim auf Seite 8.

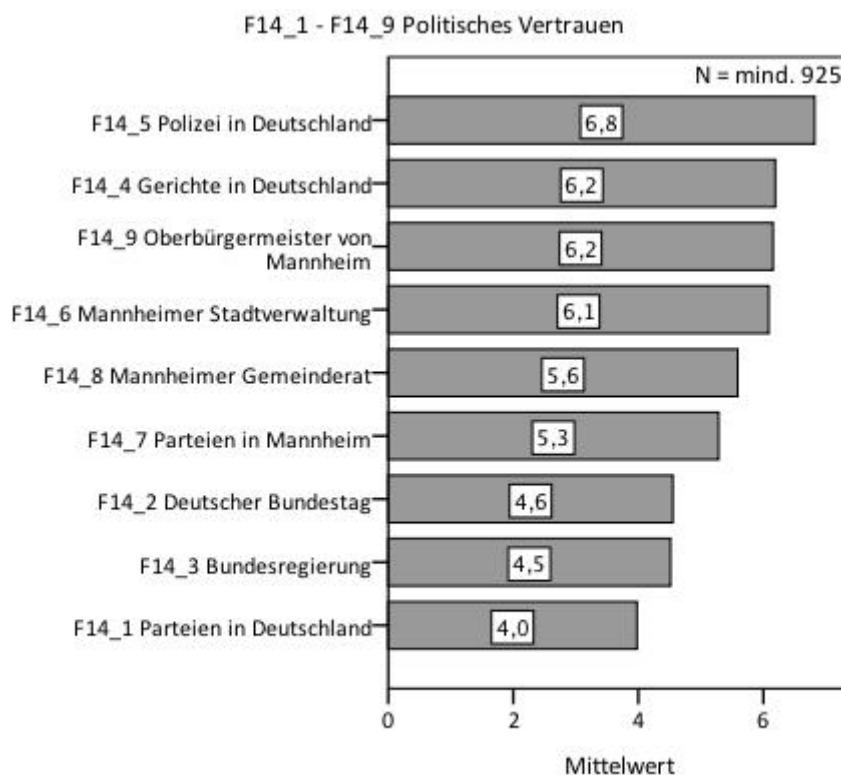
Mannheimer Bürger etwas toleranter als in politischer Hinsicht. Wir untersuchten auch diese Einstellungen mit Hilfe einer Hauptkomponentenanalyse hinsichtlich einer übergeordneten Dimensionalität und konnten die gleiche Einteilung der Gruppen in Kategorien identifizieren, die wir bereits mit Bezug auf politische Toleranz vorfanden. In den zwei untenstehenden Abbildungen sind die Verteilungen in der Mannheimer Bevölkerung zur sozialen Toleranz hinsichtlich ideologischer Extremisten sowie mit Bezug auf Leute, die von der generellen gesellschaftlich akzeptierten Norm abweichen visualisiert. Auch bezüglich der sozialen Toleranz zeigt sich eine größere Offenheit im Hinblick auf Gruppen, die durch Normabweichung gekennzeichnet sind, als im Hinblick auf Gruppen mit weltanschaulich-ideologisch extremen Ansichten und Verhaltensweisen.



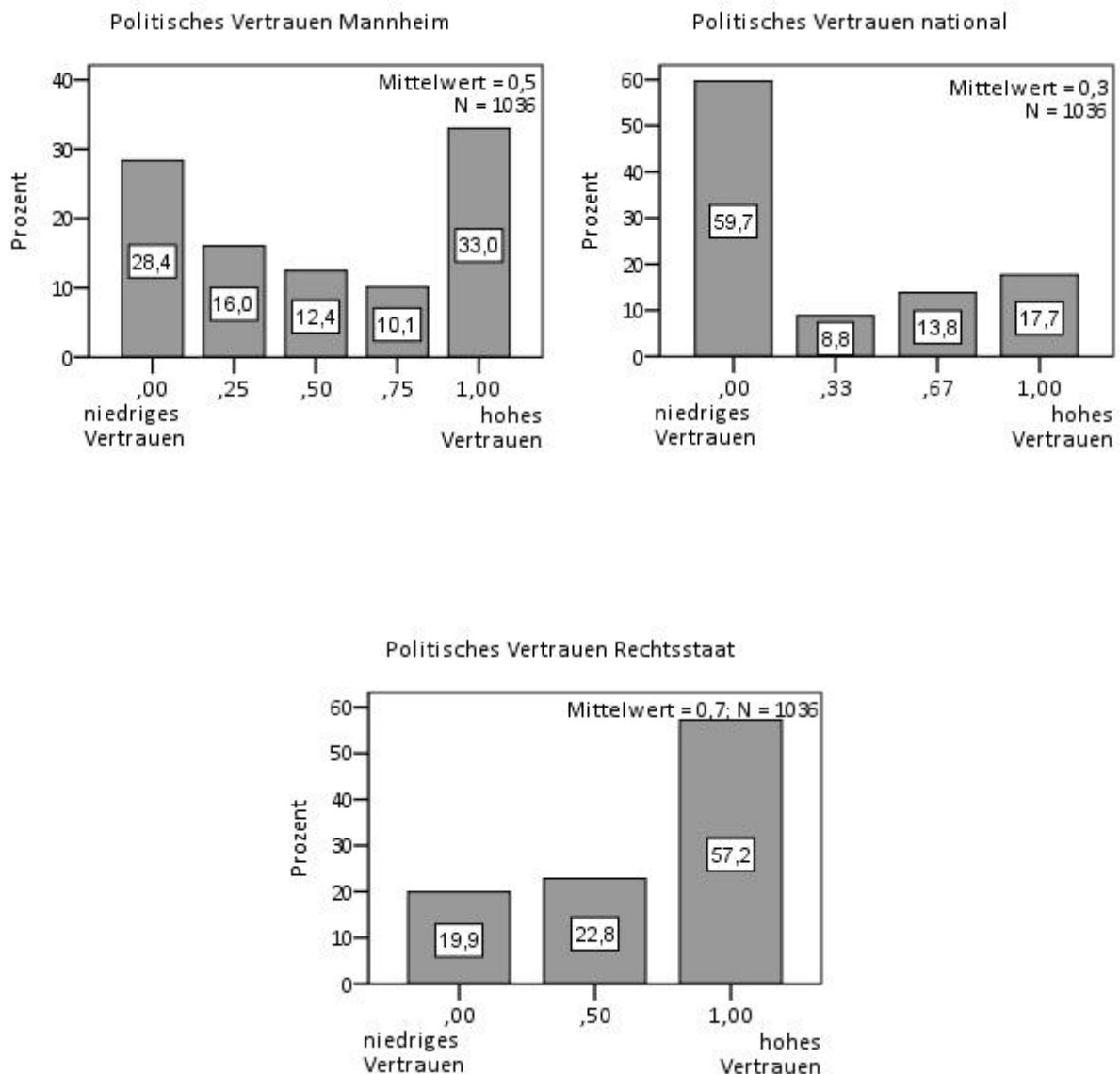
1.3 Politisches Vertrauen

Mit der Frage „Wie sehr vertrauen Sie...?“ wurde auf das Vertrauen in verschiedene politische Institutionen eingegangen. Institutionen auf gesamtdeutscher Ebene einschließlich, wurde das Vertrauen in 1) die Parteien in Deutschland, 2) den Deutschen Bundestag, 3) die Bundesregierung, 4) die Gerichte in Deutschland und 5) die Polizei in Deutschland erhoben. Mit 6) der Mannheimer Stadtverwaltung, 7) den Parteien in Mannheim, 8) dem Mannheimer Gemeinderat und 9) dem Oberbürgermeister von Mannheim wurde das politische Vertrauen in lokale Institutionen in Mannheim berücksichtigt. Die Befragten hatten auch hier wieder die Möglichkeit ihr politisches Vertrauen mit einem Thermometer mit Werten zwischen 0 und 10 wiederzugeben. 0 spiegelt hier überhaupt kein Vertrauen wieder und 10 sehr großes Vertrauen.

Das meiste Vertrauen genießt die deutsche Polizei, gefolgt von den Gerichten als einer weiteren Institution des Rechtswesens. Der Mannheimer Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung werden ebenfalls vergleichsweise positiv beurteilt, gefolgt vom Gemeinderat. Die Vertrauenswerte der bundespolitischen Institutionen liegen unterhalb der Skalenmitte, d. h. sind eher im negativen Sektor angesiedelt. Das Schlusslicht im Hinblick auf das politische Vertrauen bilden die deutschen Parteien, die lokalen Parteiorganisationen genießen im Vergleich deutlich mehr Vertrauen.



Die Hauptkomponentenanalyse⁷ zeigt nach der Festlegung auf drei Dimensionen, dass zwischen Vertrauen in die Institutionen der Stadt Mannheim, Vertrauen in nationale politische Institutionen sowie Vertrauen in rechtsstaatliche Institutionen unterschieden werden kann. Die folgenden Grafiken bilden die Verteilungen der verschiedenen Dimensionen politischen Vertrauens ab. Während die Befragten den politischen Institutionen auf bundesdeutscher Ebene im Mittel am wenigsten vertrauen, vertrauen sie den rechtsstaatlichen Institutionen am meisten. Das politische Vertrauen gegenüber den Institutionen in Mannheim hingegen ist eher im Mittelfeld angesiedelt.

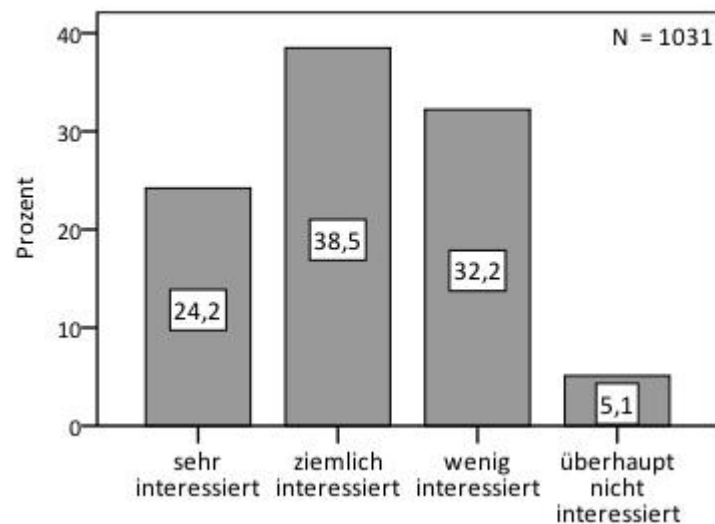


⁷ Siehe deskriptiver DAMA-Bericht, Seite 11.

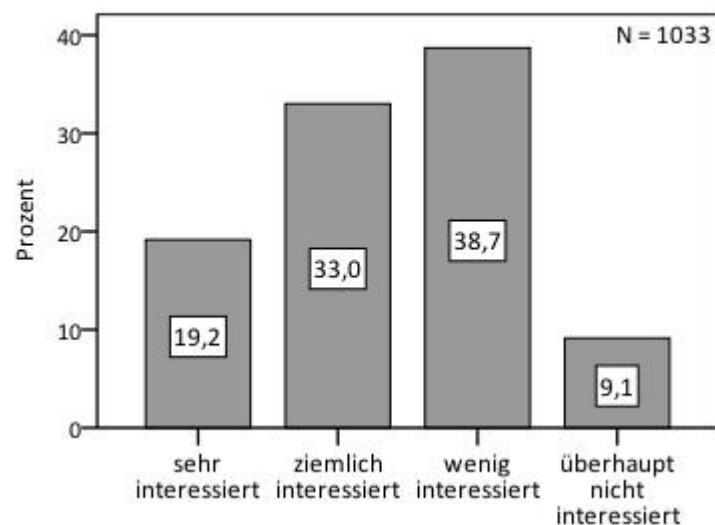
1.4 Interesse an Politik

Auf das politische Interesse eingehend, wurde zwischen allgemeinem Interesse an Politik und dem spezifischen Interesse an der Kommunalpolitik in Mannheim unterschieden. Zur Erhebung des allgemeinen politischen Interesses wurden die Befragten mit folgender Frage konfrontiert: „Wie stark sind Sie an Politik interessiert?“ Zur Erörterung des Interesses an der Kommunalpolitik lautete die Frage entsprechend: „Und wie stark sind Sie an der Kommunalpolitik hier in Mannheim interessiert?“ Für beide Fragen standen die Antwortkategorien „sehr interessiert“, „ziemlich interessiert“, „wenig interessiert“ sowie „überhaupt nicht interessiert“ zur Auswahl. Die Extremkategorien sehr starken oder aber ganz fehlenden Interesses werden kaum gewählt. An Bundespolitik sind die meisten Befragten "ziemlich interessiert", bei der Stadtpolitik wird hingegen die Kategorie "wenig interessiert" am öftesten gewählt. Auch insgesamt bleibt das politische Interesse auf der lokalen Ebene deutlich hinter dem allgemeinen Interesse zurück.

F15 Politisches Interesse allgemein



F16 Politisches Interesse Mannheim

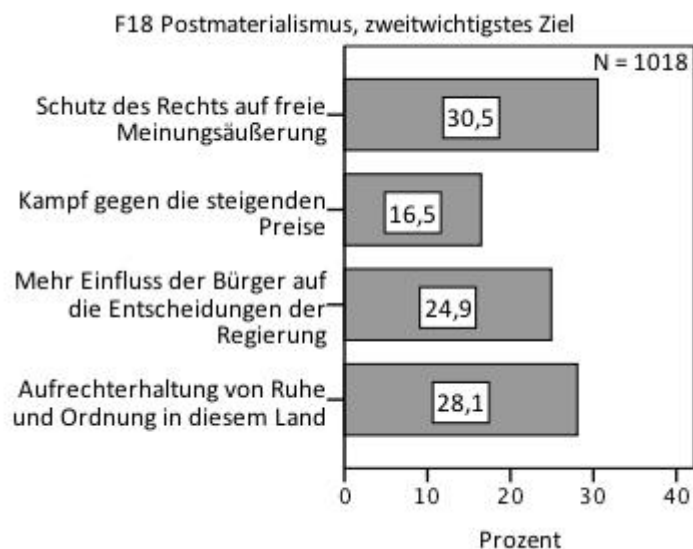
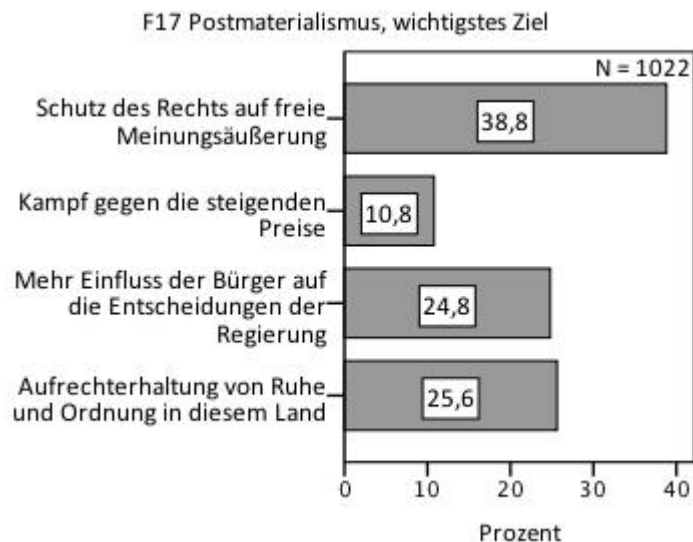


1.5 Soziale und politische Wertorientierungen

„Auch in der Politik kann man nicht alles auf einmal haben. Ich lese Ihnen nun verschiedene Ziele vor, die man in der Politik verfolgen kann.

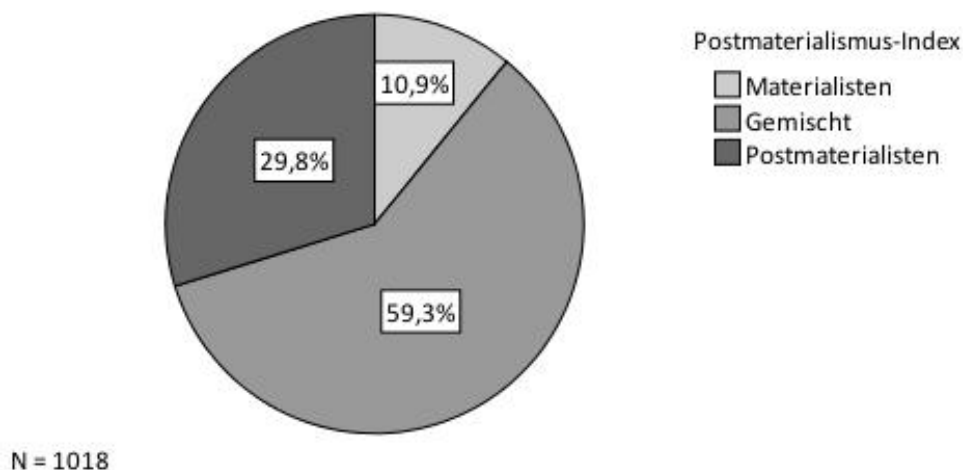
- 1) Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land.
- 2) Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierungen.
- 3) Kampf gegen steigende Preise.
- 4) Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung.“

Mit Bereitstellung dieser Auswahl an politischen Zielen wurden die Befragten in zwei Schritten gebeten ihre Präferenzen zu äußern, indem sie zunächst das ihnen wichtigste Ziel auswählen sollten und schließlich das Ziel nennen sollten, das ihnen am zweitwichtigsten erscheint: „Wenn Sie zwischen diesen Zielen wählen müssten, welches Ziel erschiene Ihnen persönlich am wichtigsten?“ – „Und welches erschiene Ihnen am zweitwichtigsten?“



Nach der politisch-soziologischen Theorie des Postmaterialismus wird davon ausgegangen, dass materielle Bedürfnisse – was auch die physische und psychische Sicherheit mit einschließt – auf Grund ihrer weitgehenden Befriedigung in modernen Demokratien in den Hintergrund rücken, während die Erfüllung von immateriellen Bedürfnissen – wie beispielsweise emanzipative, ökologische oder ästhetische Werte – zunehmend wichtiger werden.⁸

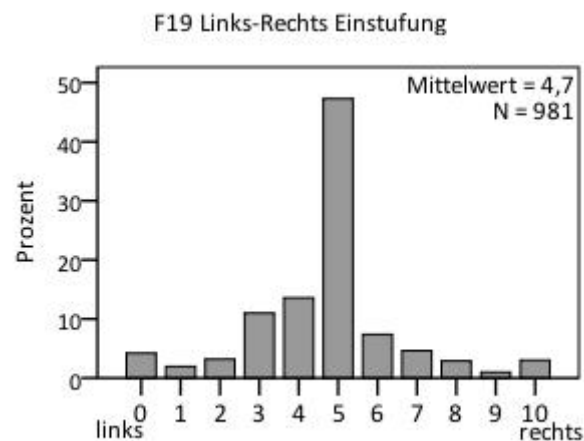
In Anlehnung an diese Unterscheidung, teilten wir die Befragten entsprechend ihrer genannten Präferenzen in drei Gruppen ein: Postmaterialisten, Materialisten und Mischtypen. Sind 2) mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung und 4) der Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerungen die wichtigsten beiden Ziele, so handelt es sich bei den Befragten um Postmaterialisten. Erachten Befragte 1) die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land sowie 3) den Kampf gegen steigende Preise als wichtigste Ziele, fallen sie in die Kategorie der Materialisten. Alle übrigen Antwortkombinationen entsprechen der Mischkategorie. Der Anteil der Postmaterialisten unter den Mannheimer Bürgern liegt unserer Studie zufolge bei knapp 30 %, 11 % sind Materialisten, der Rest entfällt auf die Mischkategorie.



⁸ Ronald Inglehart. The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics. New Jersey: Princeton University Press, 1977.

1.6 Links-Rechts-Selbsteinstufung

Zur Erfassung der allgemeinen politischen Einstellung wurde auf die gängige Links-Rechts-Selbsteinstufungsmethode zurückgegriffen. Entsprechend wurden die Befragten gebeten, sich auf einer Links-Rechts-Skala mit dem bereits bekannten Thermometer, das von 0 bis 10 reicht, selbst einzuordnen. Ein Wert von 0 vermittelt hierbei eine sehr linke Einstellung, während der Wert 10 eine sehr rechte Einstellung reflektiert. Die Aufforderung zur Selbsteinstufung war konkret wie folgt formuliert: „Wenn es um Politik geht, sprechen viele Leute von ‚links‘ und ‚rechts‘. Wir hätten gerne von Ihnen gewusst, wo Sie sich einstufen.“ Die Abbildung zeigt eine klare Tendenz zur Skalenmitte, die Extrempositionen sind kaum besetzt. Mitte-links-Positionen werden etwas häufiger gewählt als solche rechts der Mitte.



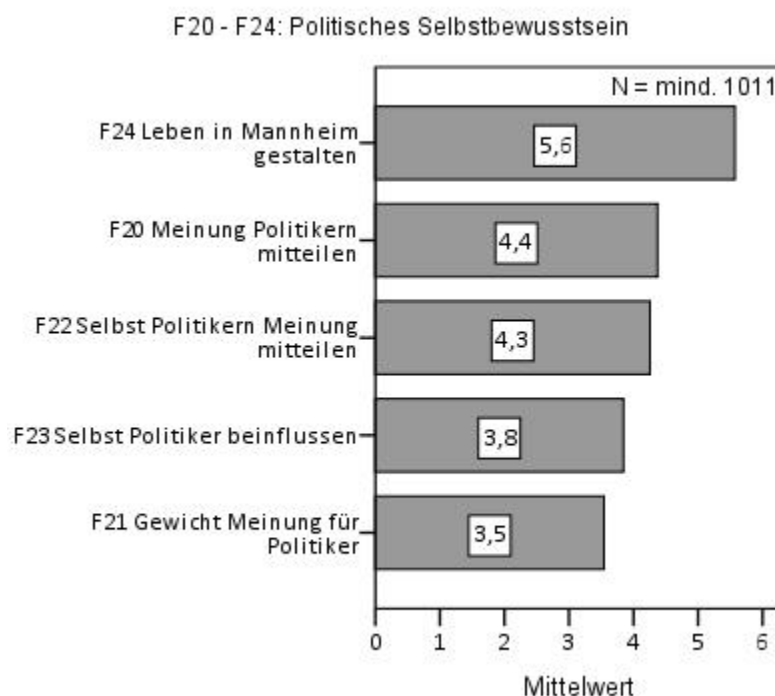
1.7 Politisches Selbstbewusstsein

Das politische Selbstbewusstsein umfasst die Einschätzung der eigenen Wirksamkeit im politischen Bereich („efficacy“). Im Kontext des Demokratie Audits Mannheims wurde dies mit fünf verschiedenen Bereichen abgedeckt. Zur Einschätzung des politischen Selbstbewusstseins wurde dabei wiederum das Thermometer zur Hilfe genommen, das von 0 bis 10 reicht. Die genaue Bedeutung der Endpunkte 0 und 10 variiert mit Hinblick auf die verschiedenen Fragen, reflektiert aber jeweils niedriges politisches Selbstbewusstsein mit dem Wert 0 und hohes politisches Selbstbewusstsein mit dem Wert 10.

Mit Hinblick auf die Frage „Wie groß sind Ihrer Meinung nach die Möglichkeiten von gewöhnlichen Leuten, ihre Meinungen Politikern mitzuteilen?“ bedeutet 0 „überhaupt keine Möglichkeiten“ und 10 „sehr große Möglichkeiten“.

0 bedeutet „überhaupt kein Gewicht“ und 10 „sehr viel Gewicht“, wenn es um die Frage geht, wie viel Gewicht die Politiker den Meinungen beimessen, die ihnen von gewöhnlichen Leuten mitgeteilt wurde. Für die Frage „Haben Leute wie Sie mehr Möglichkeiten als andere ihre Meinung Politikern mitzuteilen, oder haben Sie weniger Möglichkeiten?“ nimmt der Wert 0 die Position „selbst sehr viel weniger Möglichkeiten als andere Leute“ und 10 „selbst sehr viel mehr Möglichkeiten als andere Leute“ ein. Gleiches trifft auch für die Frage „Haben Leute wie Sie mehr Möglichkeiten als andere, Politiker dazu zu bringen, ihre Meinung zu beachten oder haben Sie weniger Möglichkeiten?“ zu. Bei der letzten Frage zum politischen Selbstbewusstsein, „Wie groß schätzen Sie Ihre Möglichkeiten ein, gemeinsam mit anderen Menschen das Leben in der Stadt Mannheim aktiv zu gestalten?“, bedeutet der Wert 0 „überhaupt nicht möglich“ und der Wert 10 „unbedingt möglich“.

Am günstigsten sind die Einschätzungen der Befragten im Hinblick auf die Möglichkeit, mit anderen Bürgern zusammen vor Ort in Mannheim das Leben mitzugestalten, am ungünstigsten wird die Chance beurteilt, dass Politiker den Meinungen der Bürger Gehör schenken. Die anderen Einstellungen liegen dazwischen mit Einschätzungen im mittleren Bereich der Skala.



2. Einstellungen gegenüber der Demokratie

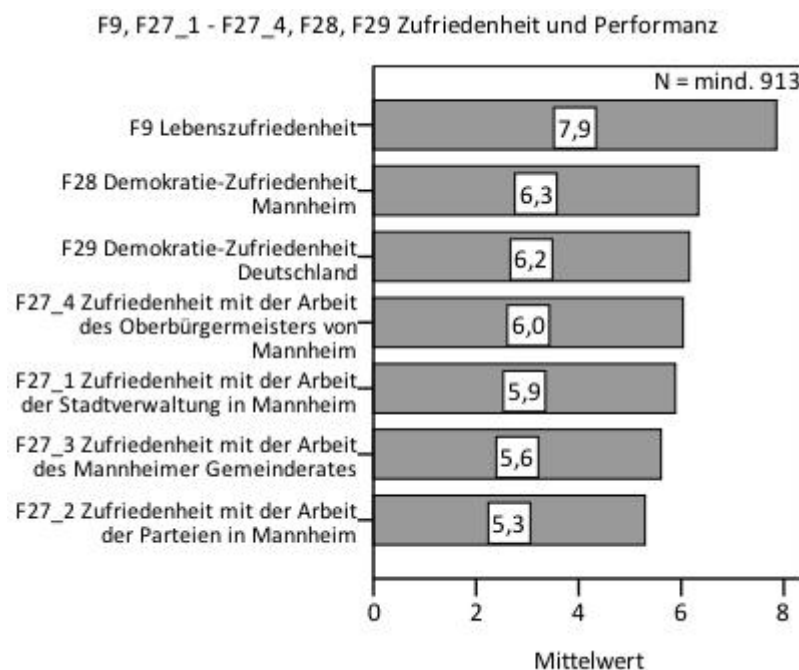
2.1 Zufriedenheit mit der Demokratie und Performanz der Stadt Mannheim

Um die Zufriedenheit mit der Demokratie und Performanz der Stadt Mannheim zu erörtern, nimmt unten stehende Abbildung eine Reihe verschiedener Fragen auf sowie aus Vergleichsgründen die bereits auf Seite 7 erläuterte Frage zur Lebenszufriedenheit. Alle Fragen wurden im Rahmen des von 0 bis 10 reichenden Thermometers beantwortet. Auf Grund der ähnlichen Fragestruktur bedeutet 0 hierbei in allen Fällen „überhaupt nicht zufrieden“ und 10 „sehr zufrieden“.

Für die Zufriedenheit mit der Performanz der Stadt Mannheim wurden die Befragten gebeten ihre Zufriedenheit 1) mit der Arbeit der Stadtverwaltung in Mannheim, 2) mit der Arbeit der Parteien in Mannheim, 3) mit der Arbeit des Mannheimer Gemeinderates und 4) mit der Arbeit des Oberbürgermeisters von Mannheim anzugeben.

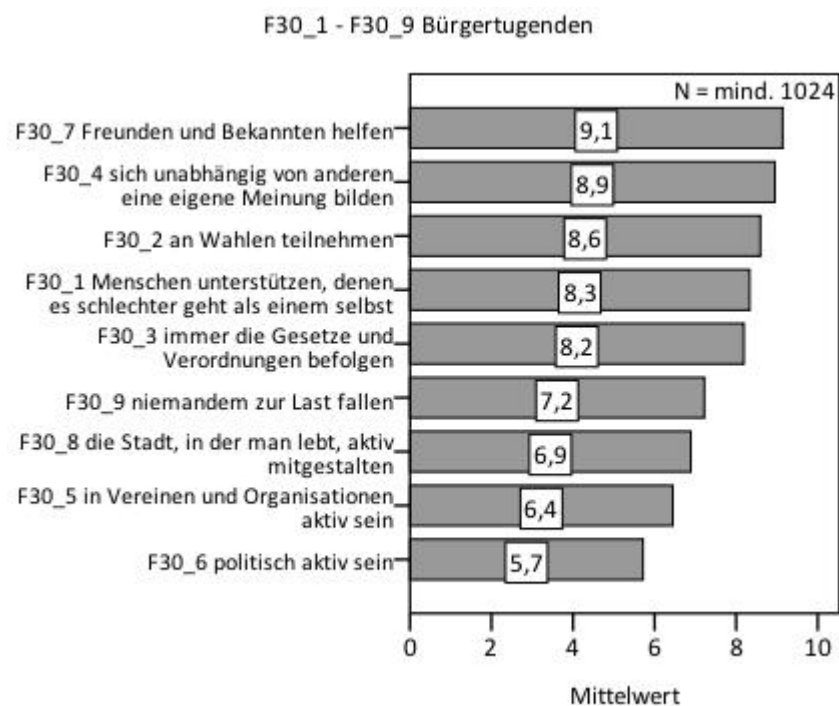
Die Zufriedenheit mit der Demokratie in Mannheim wurde mit der Frage „Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Mannheim funktioniert?“ abgedeckt. Die Frage zur Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland lautet entsprechend: „Und wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert?“

Allgemein ist festzustellen, dass die Befragten mit ihrem eigenen Leben deutlich zufriedener sind als mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland bzw. in der Stadt Mannheim. Doch sind auch diese Urteile eher positiv. Was die Leistungsbewertungen bezüglich städtischer Institutionen angeht, so liegen die mittleren Bewertungen im mittleren Bereich der Skala. Die besten Noten erhält der Oberbürgermeister, in knappem Abstand gefolgt von der Stadtverwaltung, dem Gemeinderat und zuletzt den Parteien.



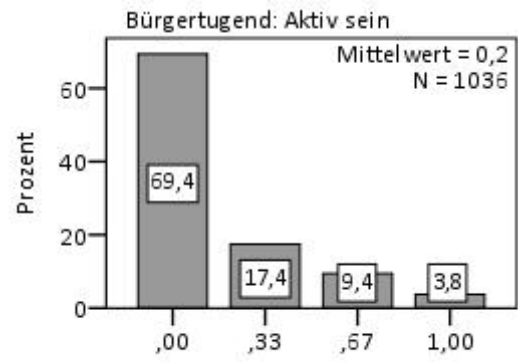
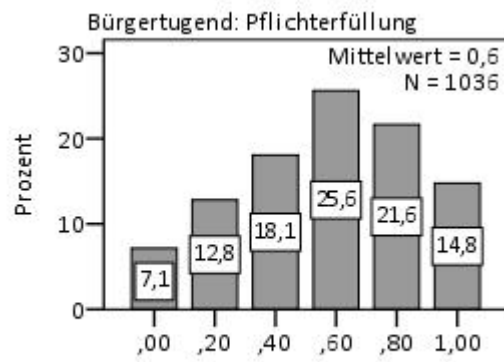
2.2 Bürgertugenden

Zur Erfassung von in der Mannheimer Gesellschaft vertretenen Bürgertugenden wurde den Befragten eine Reihe von Eigenschaften zur persönlichen Bewertung vorgelegt. Darunter finden sich 1) Menschen zu unterstützen, denen es schlechter geht als einem selbst, 2) an Wahlen teilzunehmen, 3) immer die Gesetze und Verordnungen zu befolgen, 4) sich unabhängig von anderen eine eigene Meinung zu bilden, 5) in Vereinen und Organisationen aktiv zu sein, 6) politisch aktiv zu sein, 7) Freunden und Bekannten zu helfen, 8) die Stadt, in der man lebt, aktiv mitzugestalten, und 9) niemandem zur Last zu fallen. Vor dem Hintergrund der Formulierung „Wie Sie wissen, gibt es verschiedene Meinungen darüber, was einen ‚guten Bürger‘ ausmacht“ wurden die Befragten dazu aufgefordert die verschiedenen Bürgertugenden mit Hilfe des Thermometers zu beurteilen. 0 meint in diesem Kontext, dass die entsprechende Eigenschaft „überhaupt nicht wichtig“ ist, 10, dass sie „sehr wichtig“ ist. Die Abbildung zeigt eine Spitzengruppe von Bürgertugenden, die sehr wichtig genommen werden, und eine zweite, in sich stärker differenzierte Gruppe von Bürgertugenden, die weniger ungeteilt gutgeheißen werden. Hierunter fallen verschiedene soziale und politische Aktivitäten.



Mit Hilfe einer Hauptkomponentenanalyse⁹ ergeben sich nach dem Ausschluss der Bürgertugend 1) Menschen unterstützen, denen es schlechter geht als einem selbst auf Grund der nicht eindeutigen Einordnung der Komponente zwei Dimensionen: Bürgertugenden mit Fokus auf Aktivität und Bürgertugenden mit der Betonung von Pflichterfüllung. Dabei fallen 5) in Vereinen und Organisationen aktiv sein, 6) politisch aktiv sein und 8) die Stadt, in der man lebt, aktiv mit gestalten in die Kategorie der aktivitätsbetonten Bürgertugenden. Die Eigenschaften 2) an Wahlen teilnehmen, 3) immer die Gesetze und Verordnungen befolgen, 4) sich unabhängig von anderen eine eigene Meinung bilden, 7) Freunden und Bekannten helfen, und 9) niemandem zur Last fallen bilden die Kategorie der Bürgertugenden mit Fokus auf Pflichterfüllung. Ein an Pflichterfüllung orientiertes Grundverständnis findet erheblich mehr Zustimmung unter den Befragten als ein aktivistisches Verständnis der Bürgerrolle.

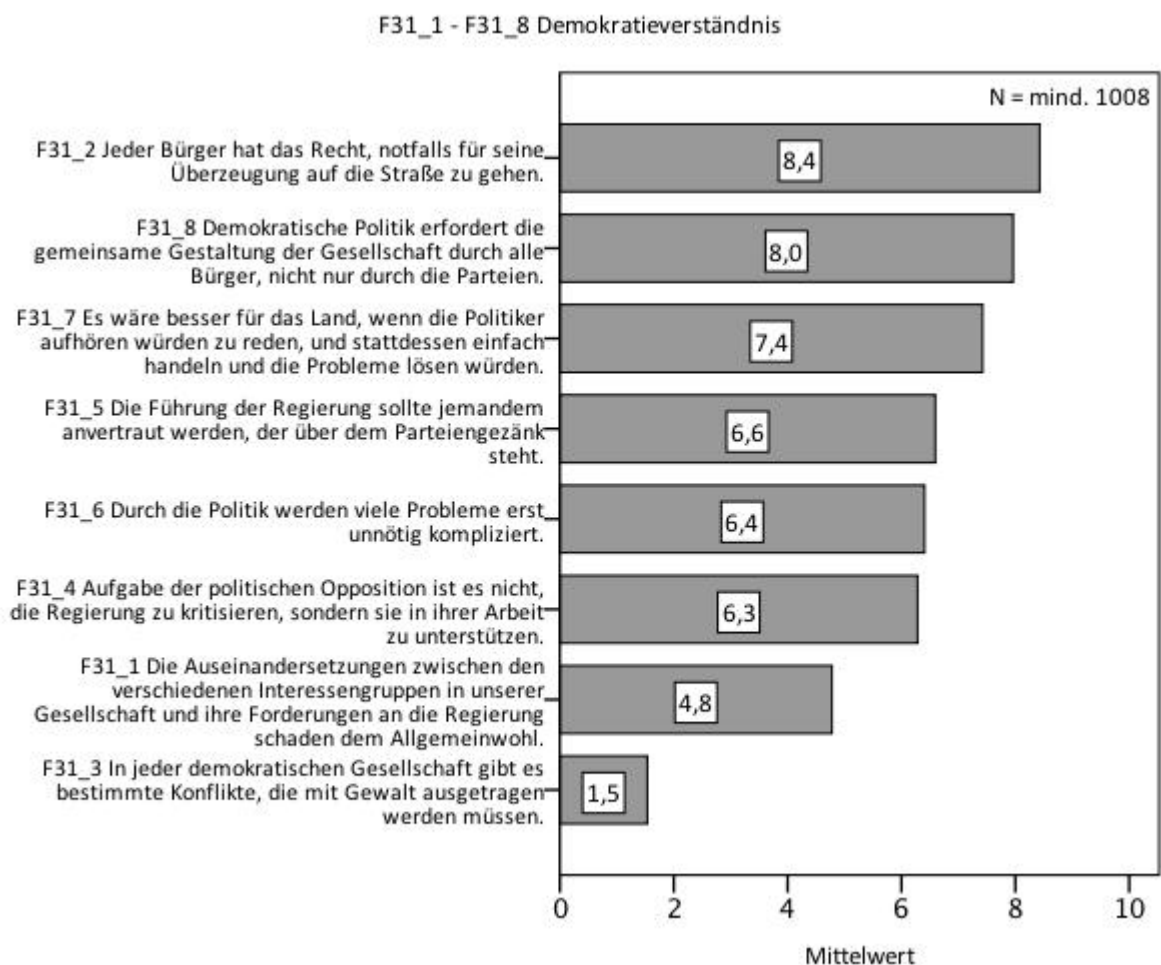
⁹ Die genauen Ergebnisse können dem deskriptiven Bericht des DAMA auf Seite 28 entnommen werden.



2.3 Demokratieverständnis

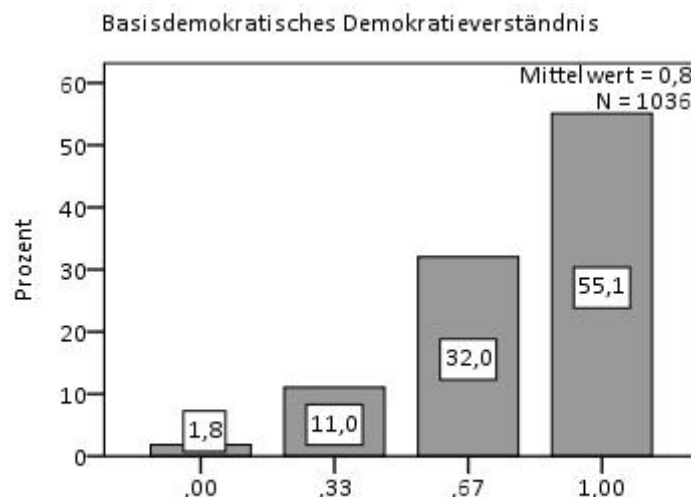
Die Beschreibung des Demokratieverständnisses der Mannheimer Befragten umschließt die Beurteilung von insgesamt acht verschiedenen Aussagen auf Basis des bereits vertrauten Thermometers. Mit der Vergabe des Wertes 0 bringen die Befragten zum Ausdruck, dass sie der Aussage überhaupt nicht zustimmen, die Vergabe des Wertes 10 hingegen reflektiert, dass sie der Aussage voll und ganz zustimmen. Dabei wurden ihnen folgende acht Aussagen zur Beurteilung vorgelegt:

- 1) Die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl.
- 2) Jeder Bürger hat das Recht notfalls für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen.
- 3) In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.
- 4) Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.
- 5) Die Führung der Regierung sollte jemandem anvertraut werden, der über dem Parteiengzänk steht.
- 6) Durch die Politik werden viele Probleme erst unnötig kompliziert.
- 7) Es wäre besser für das Land, wenn die Politiker aufhören würden zu reden, und stattdessen einfach handeln und die Probleme lösen würden.
- 8) Demokratische Politik erfordert die gemeinsame Gestaltung der Gesellschaft durch alle Bürger, nicht durch die Parteien.

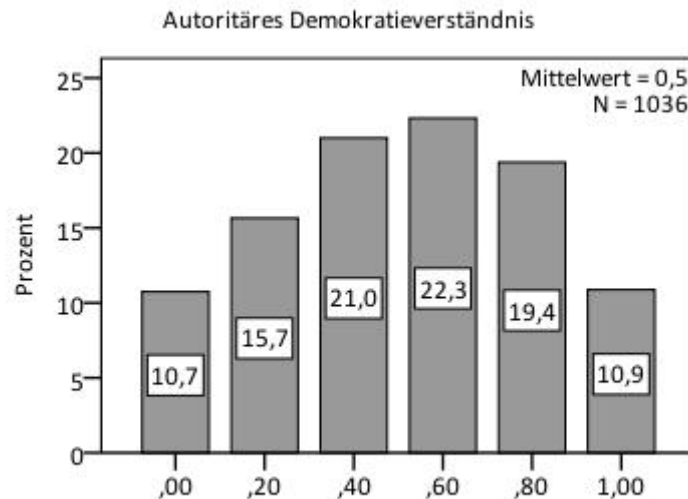


Die verschiedenen Aussagen werden in sehr unterschiedlichem Maße befürwortet. Das Demonstrationsrecht wird stark bejaht, ebenso die Vorstellung, dass demokratische Politik neben den Parteien auch aktive Bürger braucht. Aber die eher auf starke Eliten setzende Aussage, dass Politiker nicht reden, sondern handeln sollten, trifft auf fast ebenso breite Zustimmung. Deutlich weniger Zustimmung erfährt andererseits die Aussage, dass Interessenkonflikte dem Gemeinwohl schaden, fast durchgängig abgelehnt wird gewaltförmiger Konfliktaustrag.

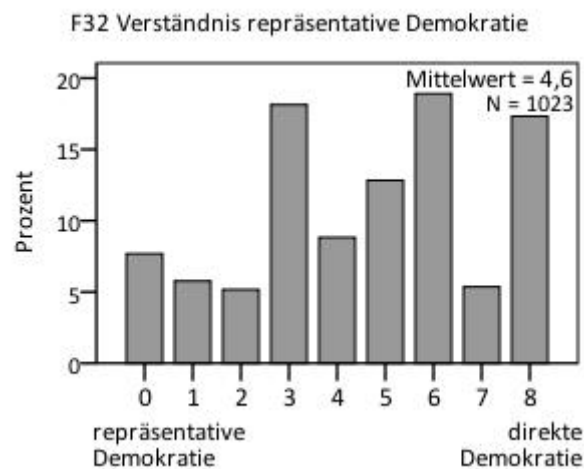
Mittels einer Hauptkomponentenanalyse untersuchten wir die Beurteilungen der acht Aussagen auf ihre Dimensionalität und konnten zwei eindeutige Kategorien identifizieren: basisdemokratische Orientierungen und autoritäre Orientierungen. Dabei fallen die Aussagen 2) jeder Bürger hat das Recht notfalls fürs eine Überzeugung auf die Straße zu gehen, 3) in jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen, und 8) demokratische Politik erfordert die gemeinsame Gestaltung der Gesellschaft durch alle Bürger, nicht nur durch die Parteien in die Kategorie des basisdemokratischen Demokratieverständnisses. Die Kategorie des autoritären Demokratieverständnisses umfasst die Aussagen 1) die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl, 4) Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen, 5) die Führung der Regierung sollte jemandem anvertraut werden, der über dem Parteiengenzänk steht, 6) durch die Politik werden viele Probleme erst unnötig kompliziert, und 7) es wäre besser für das Land, wenn die Politiker aufhören würden zu reden, und stattdessen einfach handeln und die Probleme lösen würden.¹⁰ Das basisdemokratische Demokratieverständnis wird insgesamt deutlich stärker von den Bürgern unterstützt als das autoritäre Demokratieverständnis.



¹⁰ Weiterführende Informationen zur Hauptkomponentenanalyse können im deskriptiven DAMA-Bericht auf Seite 31 gefunden werden.

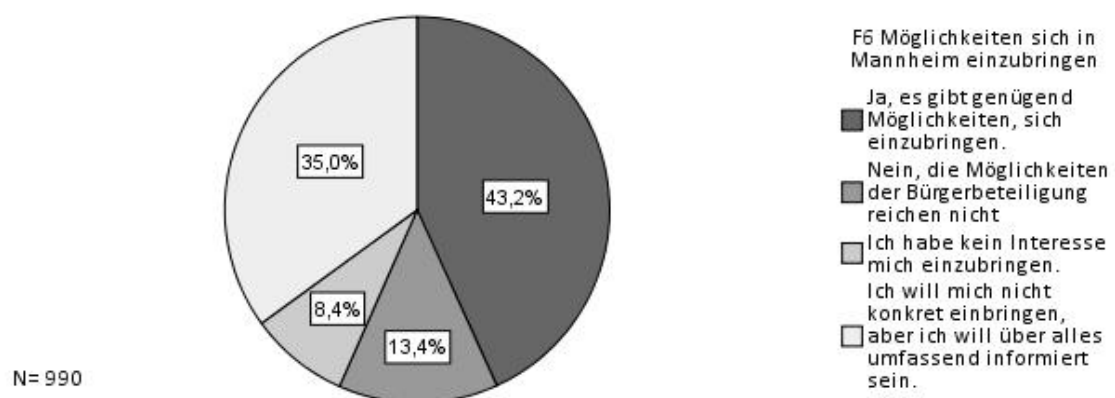


Separat zum allgemeinen Demokratieverständnis wurde zusätzlich das Verständnis mit Hinblick auf eine repräsentative im Vergleich zu direkter Demokratie abgefragt: „Man kann unterschiedlicher Auffassung darüber sein, welche Form der Demokratie die beste ist. Wie ist das bei Ihnen: Welche Form der Demokratie ist Ihrer Meinung nach die beste?“ Die Befragten wurden wieder dazu aufgefordert ihre Meinung auf einer Skala von 0 bis 10 zu äußern, wobei 0 die Meinung reflektiert, dass eine repräsentative Demokratie, in der alle Entscheidungen von gewählten Abgeordneten getroffen werden, die beste Form der Demokratie ist. Der Wert 10 wiederum bedeutet, dass eine direkte Demokratie, in der das Volk möglichst viele Entscheidungen selbst trifft, als die beste Form der Demokratie erachtet wird. Die Mehrzahl der Befragten tendiert zu einer verstärkt direkten Demokratie, den äußersten Pol wählen immerhin mehr als 15 Prozent, den Extrempol einer rein repräsentativen Demokratie jedoch nur ungefähr halb so viele.

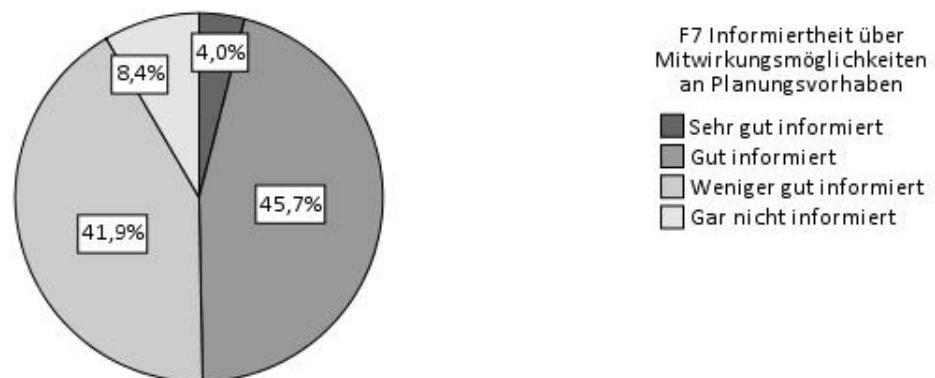


2.4 Wirksamkeit verschiedener Beteiligungsformen

Zur Beurteilung der Wirksamkeit der Bürgerbeteiligung zeigt die erste Abbildung zunächst die Verteilungen der Meinungen dazu, ob es genügend Möglichkeiten gibt, sich in Mannheim einzubringen. Auf die konkrete Frage „Eine Frage zur Bürgerbeteiligung in Mannheim: Gibt es genügend Möglichkeiten, sich einzubringen?“ konnten die Befragten zwischen den Antwortkategorien „ja, es gibt genügend Möglichkeiten, sich einzubringen“, „nein, die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung reichen nicht aus“, „ich habe kein Interesse mich einzubringen“ und „ich will mich nicht konkret einbringen, aber ich will über alles umfassend informiert sein“ wählen.



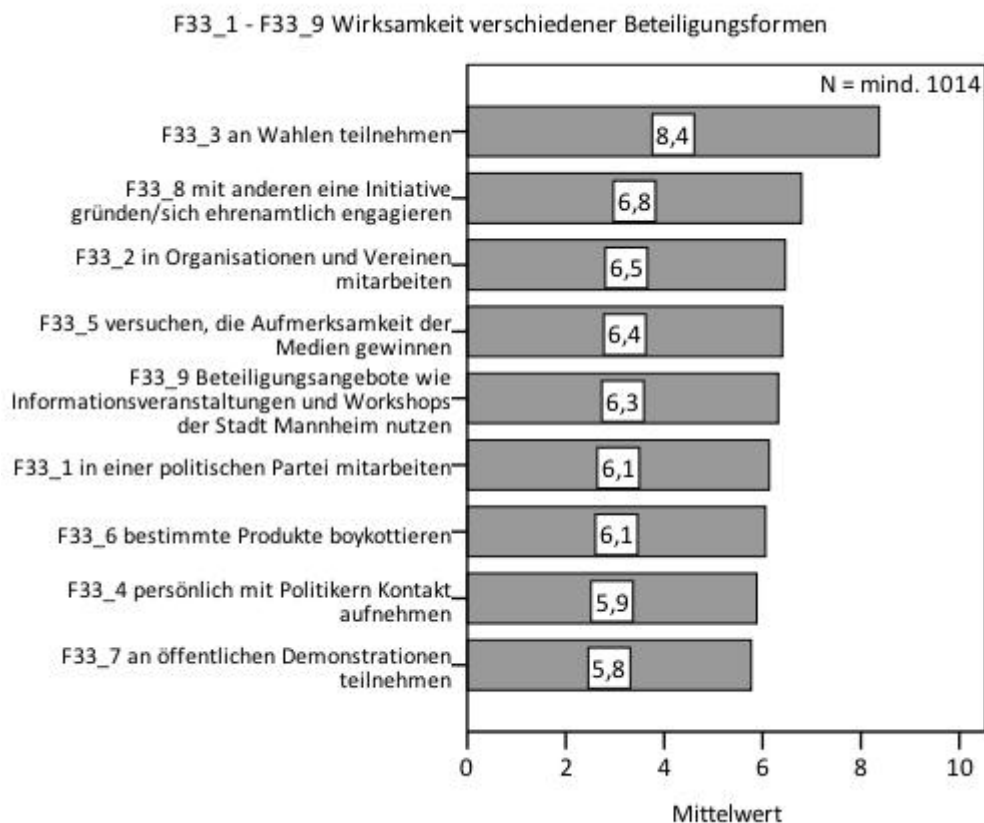
Daneben nimmt die Informiertheit über Möglichkeiten der Mitwirkung an Planungsvorhaben eine wichtige Rolle für die Bürgerbeteiligung ein. Erhoben wurde dies mit der Frage und den Antwortmöglichkeiten: „Würden Sie sagen, Sie fühlen sich über die bestehenden Möglichkeiten als Bürger an städtischen Planungsvorhaben in Mannheim mitzuwirken, alles in allem sehr gut informiert, gut informiert, weniger gut informiert oder gar nicht informiert?“



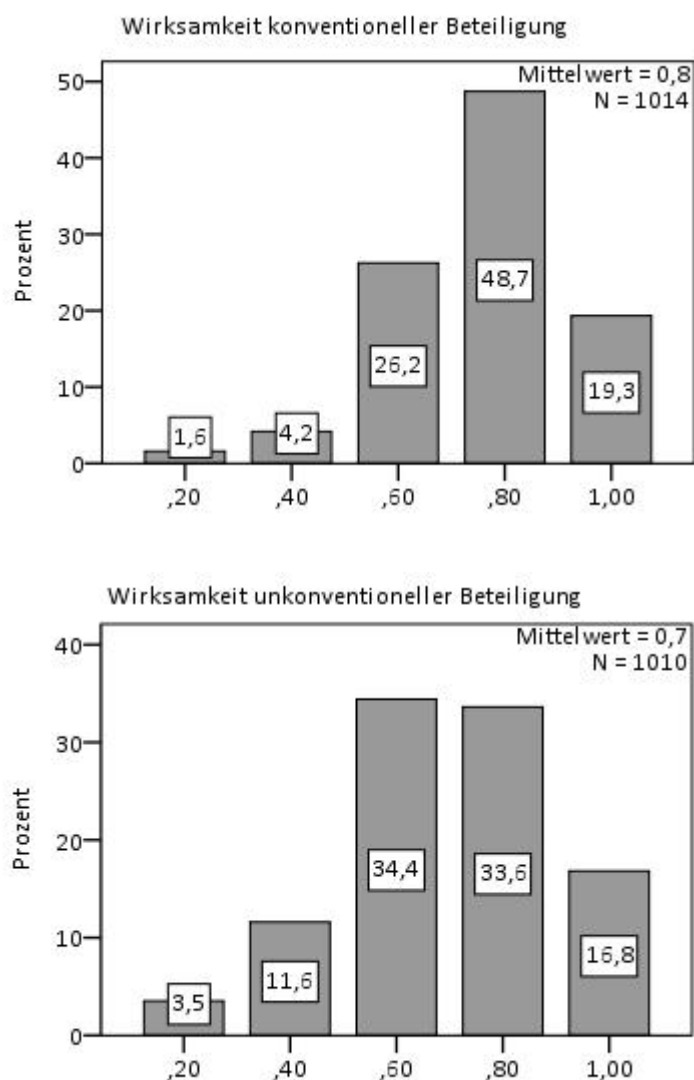
N = 1025

Zur Vervollständigung des Eindrucks über die Wirksamkeit der Bürgerbeteiligung in Mannheim, wurden die Befragten zusätzlich gebeten, die Wirksamkeit konkreter Beteiligungsformen auf einer Skala von 0 bis 10 zu beurteilen: „Es gibt verschiedene Meinungen darüber, wie man am wirksamsten Entscheidungen in der Gesellschaft beeinflussen kann. [...] Bitte sagen Sie mir, für wie wirksam Sie diese halten, um in Mannheim etwas zu beeinflussen.“ 0 verweist dabei darauf, dass die entsprechende Beteiligungsform überhaupt nicht wirksam ist um in Mannheim etwas zu bewirken, 10 bedeutet, dass sie sehr wirksam ist. Den Befragten lagen folgende konkrete Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung zur Beurteilung vor:

- 1) in einer politischen Partei mitzuarbeiten
- 2) in Organisationen und Vereinen mitzuarbeiten
- 3) an Wahlen teilzunehmen
- 4) persönlich mit Politikern Kontakt aufzunehmen
- 5) zu versuchen, die Aufmerksamkeit der Medien zu gewinnen
- 6) bestimmte Produkte zu boykottieren
- 7) an öffentlichen Demonstrationen teilzunehmen
- 8) mit anderen eine Initiative zu gründen/sich ehrenamtlich zu engagieren
- 9) Beteiligungsangebote wie Informationsveranstaltungen und Workshops der Stadt Mannheim zu nutzen



An den Befunden fällt vor allem auf, dass die Befragten alle Formen politischer Beteiligung im Schnitt als eher wirksam ansehen, mit deutlichem Abstand liegt dabei die Wahlbeteiligung an der Spitze. Die Untersuchung der Struktur der Wirksamkeitseinschätzung dieser Beteiligungsformen mittels einer Hauptkomponentenanalyse bringt zwei Dimensionen zum Vorschein. 1) In einer politischen Partei mitarbeiten, 2) in Organisationen und Vereinen mitarbeiten, 3) an Wahlen teilnehmen und 4) persönlich mit Politikern Kontakt aufnehmen können in der Kategorie Wirksamkeitseinschätzung von konventionellen Beteiligungsformen zusammengefasst werden. Die Wirksamkeitseinschätzung von unkonventionellen Beteiligungsformen umfasst 6) bestimmte Produkte boykottieren, 7) an öffentlichen Demonstrationen teilnehmen und 8) mit anderen eine Initiative gründen/sich ehrenamtlich engagieren.¹¹ Insgesamt werden konventionelle Beteiligungsformen als im Schnitt etwas wirksamer gesehen als unkonventionelle.

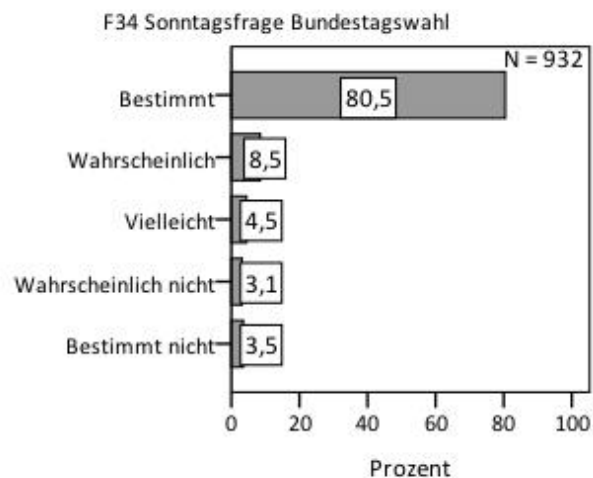


¹¹ Die genauen Ergebnisse hierzu können bei Bedarf dem deskriptiven DAMA-Bericht, Seite 35, entnommen werden.

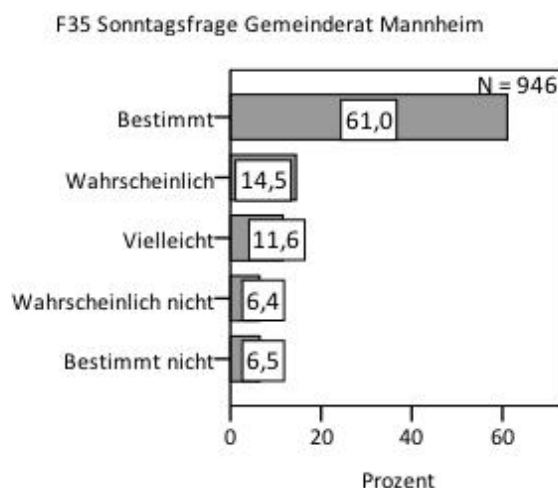
3. Soziale und politische Beteiligung

3.1 Wahlbeteiligung

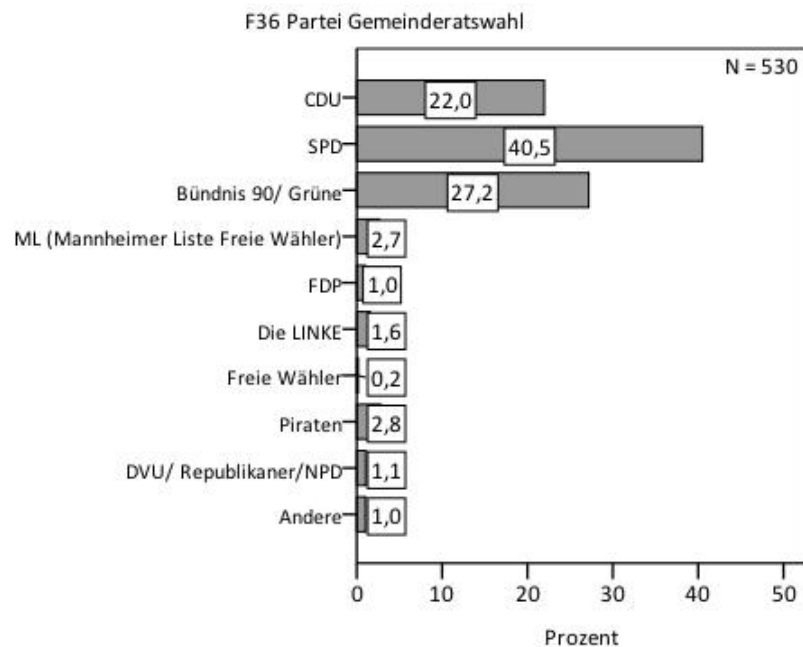
Die Erhebung der Wahlbeteiligung zur Bundestagswahl wurde mittels folgender Frage unter vorgegebenen Antwortkategorien durchgeführt: „Wenn Wahlen stattfinden, geben viele Leute ihre Stimme ab, andere nehmen aus unterschiedlichen Gründen nicht an der Wahl teil. Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden Sie da bestimmt zur Wahl gehen, wahrscheinlich zur Wahl gehen, vielleicht zur Wahl gehen, wahrscheinlich nicht oder bestimmt nicht?“



Auf gleiche Weise gestaltete sich die Befragung zur Gemeinderatswahl in Mannheim: „Und wie wäre es bei einer Gemeinderatswahl in Mannheim, würden Sie da bestimmt zur Wahl gehen, wahrscheinlich zur Wahl gehen, vielleicht zur Wahl gehen, wahrscheinlich nicht oder bestimmt zur Wahl gehen?“ Im direkten Vergleich wird sofort erkennbar, dass die Neigung der Befragten, bei Bundestagswahlen zur Wahl zu gehen, erheblich höher ist als bei Gemeinderatswahlen.



Wenn ein Befragter mindestens „vielleicht“ an der Gemeinderatswahl teilnehmen würde, so wurde er zusätzlich auch mit einer Frage zur Parteiwahl konfrontiert: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Gemeinderatswahl in Mannheim wäre?“ Für diese Frage wurden keine Antwortkategorien vorgegeben. Stattdessen hatten die Befragten die Möglichkeit die gewählte Partei aus freien Stücken zu nennen. Die SPD führt dabei mit klarem Abstand vor den Grünen und der CDU. Alle anderen Parteien folgen erst in großem Abstand und erhalten kaum Unterstützung in der Wählerschaft.



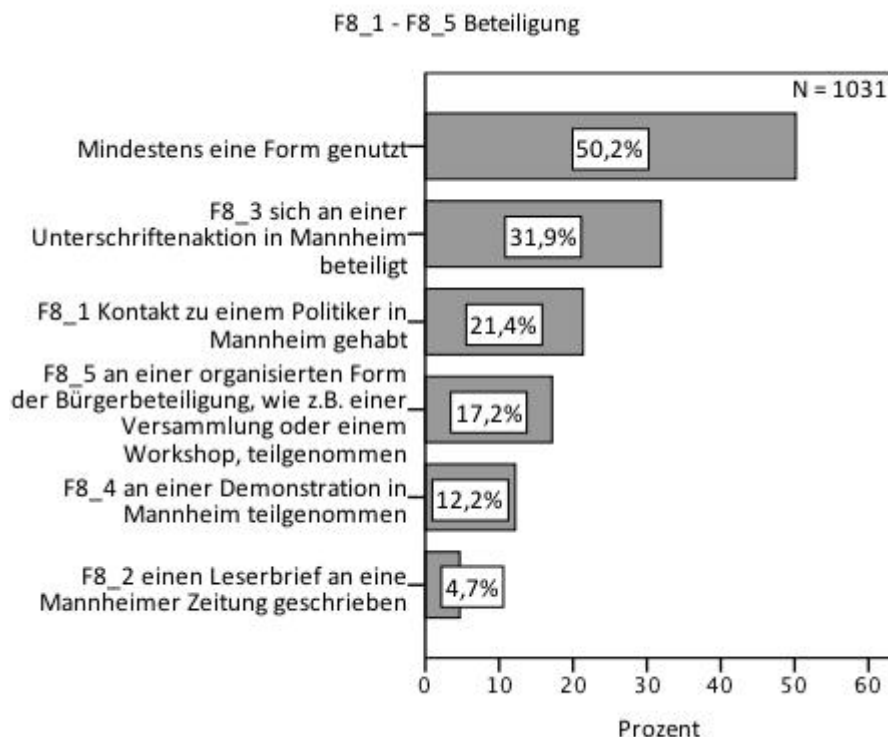
3.2 Politische Beteiligung

Zur Erfassung weiterer politischer Beteiligung neben der Wahl wurden die befragten Mannheimer mit einer Reihe Beteiligungsformen konfrontiert und sollten dazu angeben, ob sie diese in den vergangenen zwölf Monaten genutzt haben. Die Auswahl beinhaltet:

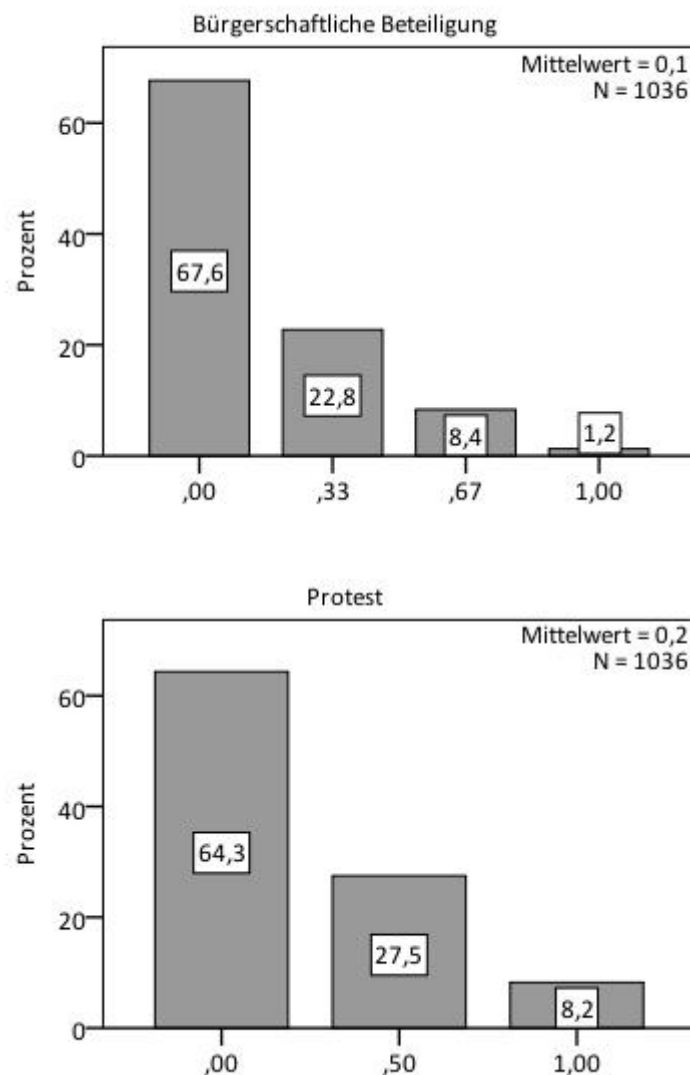
- 1) Kontakt zu einem Politiker in Mannheim gehabt
- 2) einen Leserbrief an eine Mannheimer Zeitung geschrieben
- 3) sich an einer Unterschriftenaktion beteiligt
- 4) an einer Demonstration in Mannheim teilgenommen
- 5) an einer organisierten Form der Bürgerbeteiligung, wie z. B. einer Versammlung oder einem Workshop, teilgenommen

Der Fragestellung entsprechend beschränken sich die Antwortkategorien auf „ja“ und „nein“, bzw. einer Verweigerung der Antwort. Unten stehende Abbildung erfasst den prozentualen Anteil von Personen, die die jeweilige Beteiligungsform in den letzten zwölf Monaten genutzt haben, bzw. mindestens eine Form genutzt haben.

An mindestens einer Aktivitätsform hat sich jeder zweite Befragte bereits beteiligt. Unterschriftensammlungen führen dabei deutlich vor Politikerkontakten und Versammlungen. Leserbriefe werden hingegen nur sehr selten geschrieben.



Aufbauend auf dieser Liste identifizierten wir mittels einer Hauptkomponentenanalyse zwei unterschiedliche Kategorien der politischen Beteiligung: 1) Kontakt mit einem Politiker in Mannheim gehabt, 2) einen Leserbrief an eine Mannheimer Zeitung geschrieben und 5) an einer organisierten Form der Bürgerbeteiligung, wie z. B. einer Versammlung oder einem Workshop, teilgenommen erfasst die Dimension der bürgerschaftlichen Beteiligung. Die Kategorie der Beteiligung in Form von Protest umfasst 3) sich an einer Unterschriftenaktion in Mannheim beteiligt sowie 4) an einer Demonstration in Mannheim teilgenommen.¹² Die Verteilungen sind für beide Grundtypen der Beteiligung sehr ähnlich und stark "linksschief", d. h. es dominieren stets – mit Anteilen von ca. zwei Dritteln – diejenigen Befragten, die sich im vergangenen Jahr gar nicht beteiligt haben.



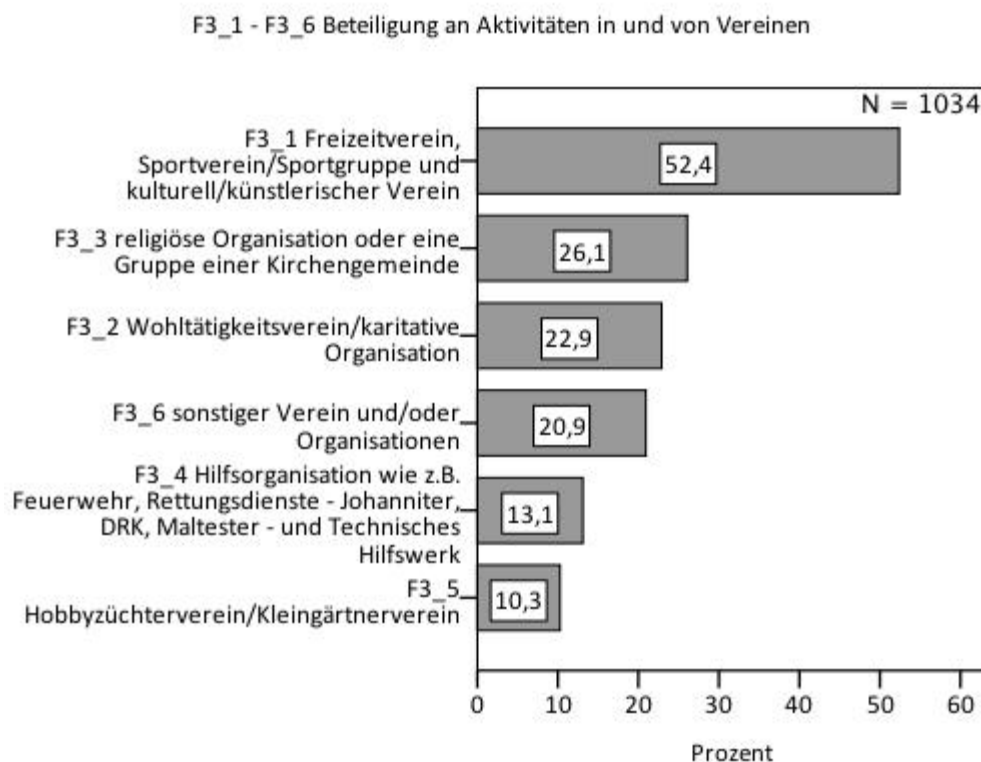
¹² Weitergehende Informationen zur Hauptkomponentenanalyse die politische Beteiligung betreffend können auch hier wenn notwendig dem deskriptiven DAMA-Bericht auf Seite 45 entnommen werden.

3.3 Beteiligung an Aktivitäten in und von Vereinen

Konfrontiert mit einer Liste verschiedener Organisationen wurden die Befragten gebeten dann mit „ja“ zu antworten, wenn sie in den vergangenen zwölf Monaten an einer Veranstaltung oder Aktivität dieser Organisationen in Mannheim teilgenommen haben. Dabei ging es lediglich um die aktive Beteiligung im Gegensatz zu der rein passiven Mitgliedschaft. Dies wurde im Rahmen der Fragestellung auch so kommuniziert. Den Befragten wurden folgende Organisationen genannt:

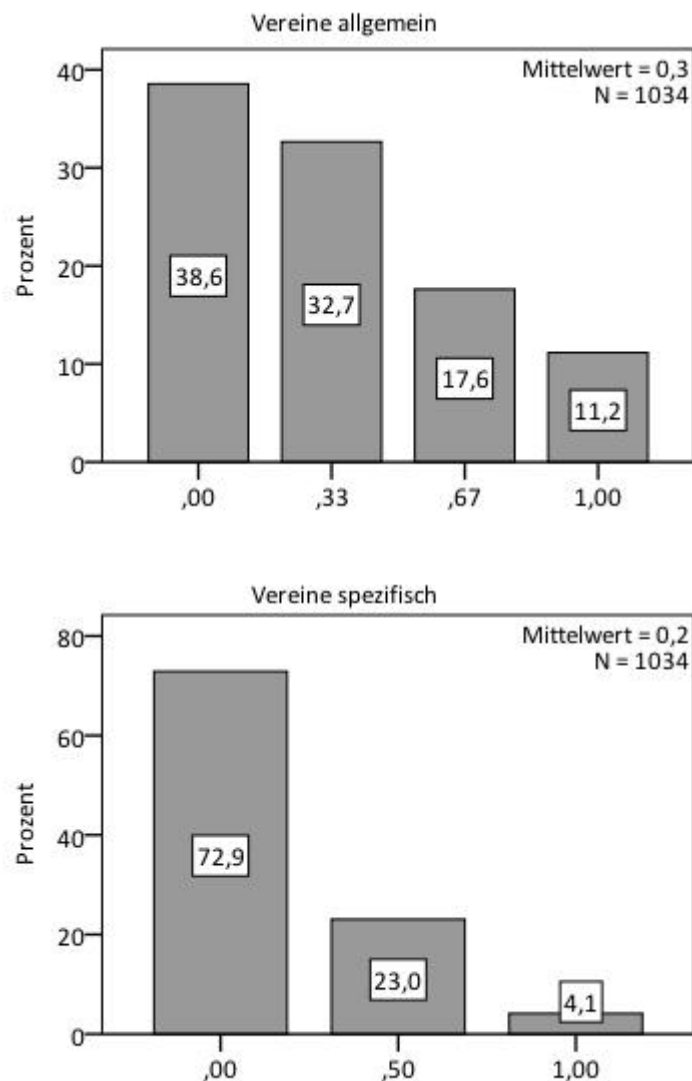
- 1) Freizeitverein, Sportverein/Sportgruppe und kulturell/künstlerischer Verein
- 2) Wohltätigkeitsverein/karitative Organisation
- 3) Religiöse Organisation oder eine Gruppe einer Kirchengemeinde¹³
- 4) Hilfsorganisation, wie z. B. Feuerwehr, Rettungsdienste – Johanniter, DRK, Malteser – und Technisches Hilfswerk
- 5) Hobbyzüchterverein/Kleingärtnerverein
- 6) Sonstiger Verein und/oder Organisation

Mit Abstand am größten ist der Anteil der Befragten, die sich an Aktivitäten in Freizeit – und ähnlichen Vereinen beteiligt haben – er liegt über der Hälfte. Es folgen – mit Anteilen, die nur weniger mehr als halb so groß sind – religiöse und karitative Organisationen. In anderen Vereinigungen sind nur sehr wenige Bürger aktiv, ihr Anteil liegt nur wenig oberhalb eines Zehntels.



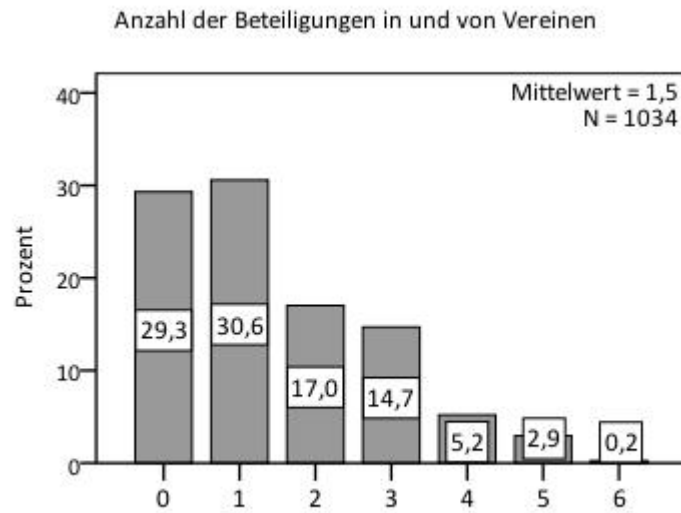
¹³ Wobei damit nicht der Gottesdienstbesuch gemeint ist.

In Anlehnung an die Hauptkomponentenanalyse¹⁴ lassen sich die verschiedenen Vereine und Organisationen in allgemeine Vereine und spezifische Vereine einteilen. Dabei fallen 1) Freizeitvereine, Sportvereine/Sportgruppen und kulturelle/künstlerische Vereine, 2) Wohltätigkeitsvereine/karitative Organisationen und 3) religiöse Organisationen oder Gruppen einer Kirchengemeinde unter die allgemeinen Vereine. Im Gegensatz dazu lassen sich 5) Hobbyzüchtervereine/Kleingärtnervereine und 6) sonstige Vereine und/oder Organisationen in die Kategorie der speziellen Vereine kategorisieren. 4) Hilfsorganisationen, wie z. B. Feuerwehr, Rettungsdienste – Johanniter, DRK, Malteser – und Technisches Hilfswerk mussten auf Grund mehrdeutiger Ladungen von der Kategorisierung ausgeschlossen werden. Am stärksten besetzt ist für beide Grundtypen von Organisationen die Kategorien der Inaktiven, aber bei der letzteren Gruppe von Vereinen ist sie fast doppelt so umfangreich (über 75 Prozent) wie bei der ersteren.



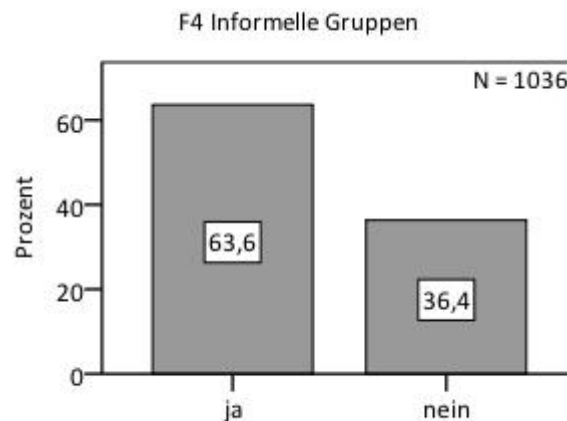
¹⁴ Für detaillierte Ergebnisse zur Hauptkomponentenanalyse siehe deskriptiver DAMA-Bericht, Seite 48.

Die folgende Abbildung stellt zusätzlich dar, in wie vielen Vereinen sich die Befragten innerhalb der letzten zwölf Monate aktiv beteiligt haben.



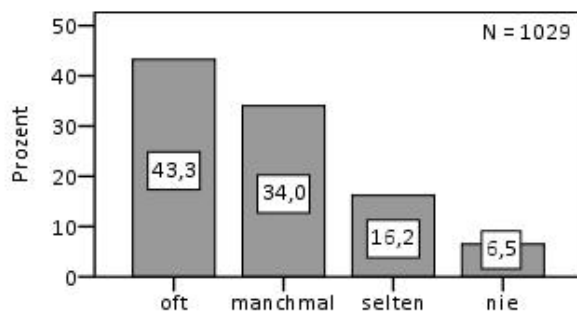
3.4 Informelle Aktivitäten im Sozialbereich

Neben den organisierten Aktivitäten im Sozialbereich werden auch informelle Aktivitäten im Sozialbereich im Fragebogen und den Interviews abgedeckt, konkret regelmäßige Kontakte mit Freunden und Nachbarn. Auf die Frage „Gehören Sie einer Gruppe von Freunden oder Bekannten in Mannheim an, die regelmäßig Kontakt hat und nicht als Verein oder Organisation organisiert ist? Damit sind regelmäßige Treffen gemeint, z. B. Stammtisch, Freundeskreise, Cliques?“ konnten Befragte mit „ja“ und „nein“ antworten.

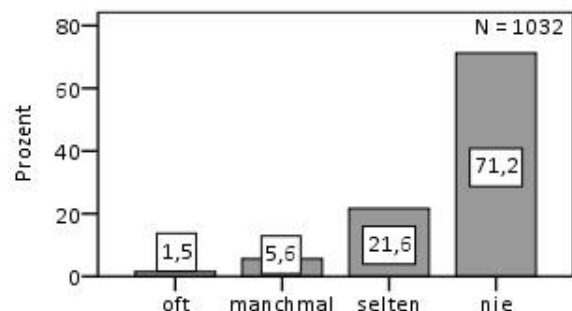


Mit Bezug auf Nachbarschaftsbeziehungen wurden die Teilnehmer der Studie gefragt, wie oft sie sich in ihrer Nachbarschaft gegenseitig helfen und wie oft sie in der Nachbarschaft streiten. In beiden Fällen konnten die Befragten zwischen den Antworten „oft“, „manchmal“, „selten“ und „nie“ wählen.

F5_2 Helfen Sie sich gegenseitig oft, manchmal, selten oder nie in der Nachbarschaft?



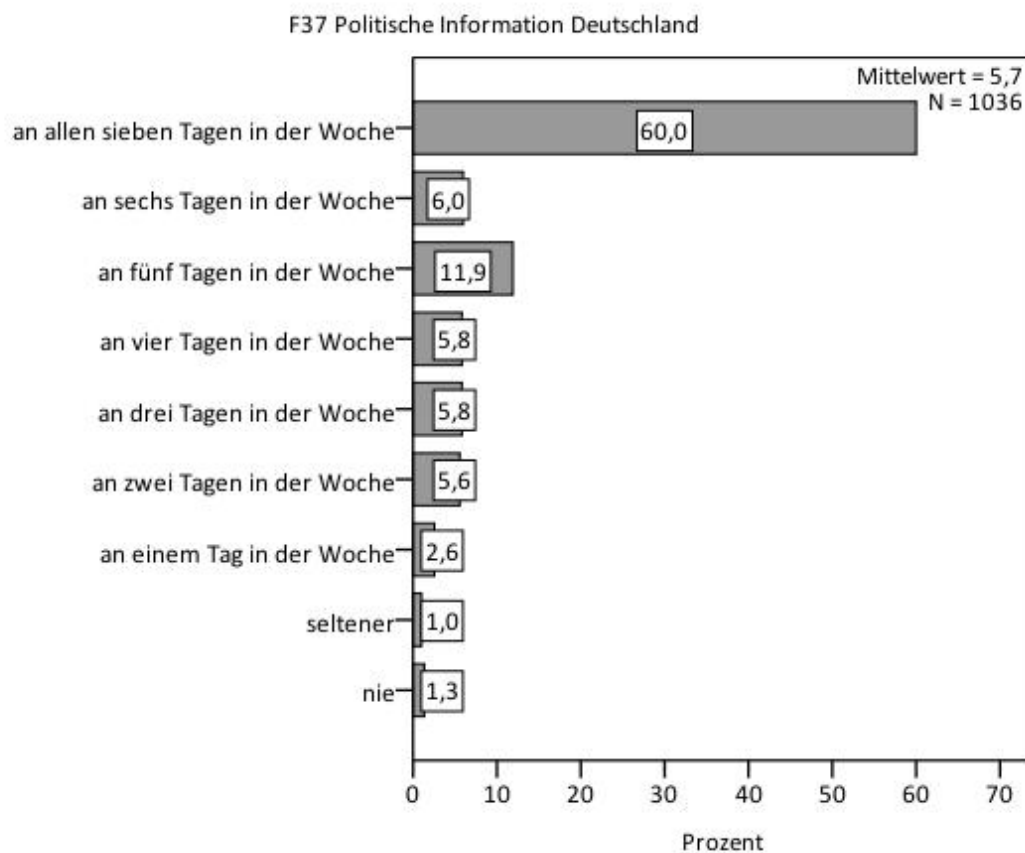
F5_3 Streiten Sie oft, manchmal, selten oder nie in der Nachbarschaft?



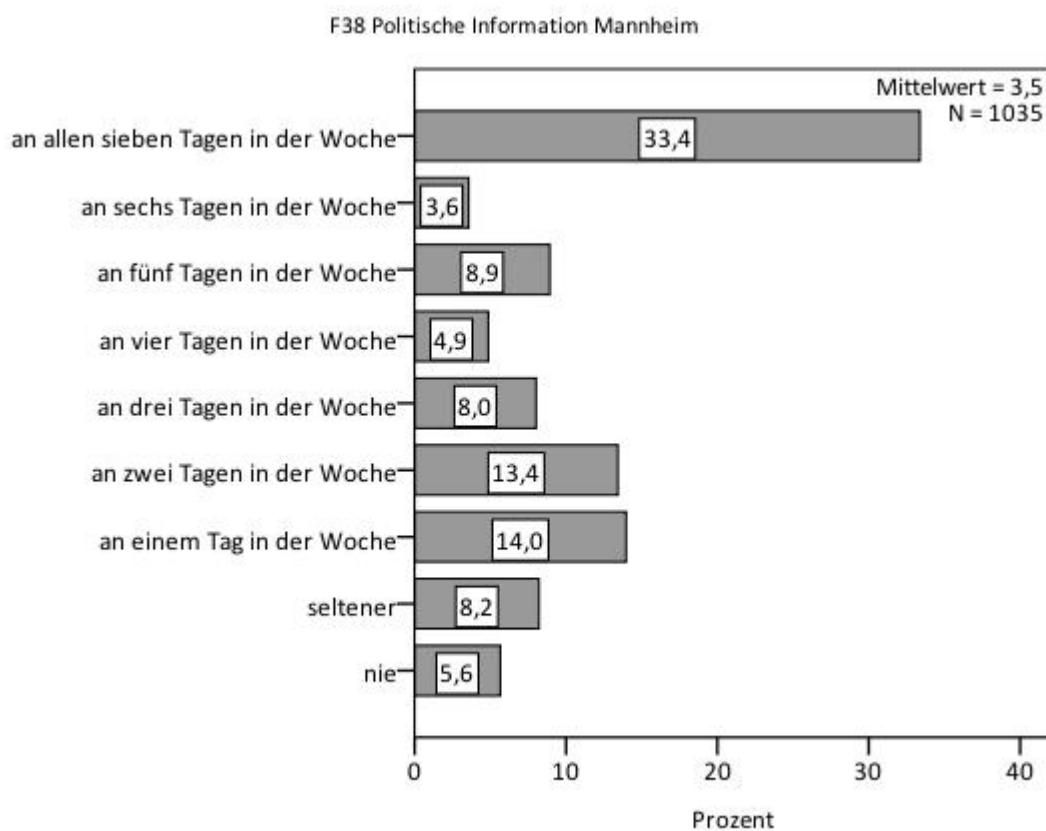
4. Information und Kommunikation

4.1 Informationsquellen zur Kommunalpolitik

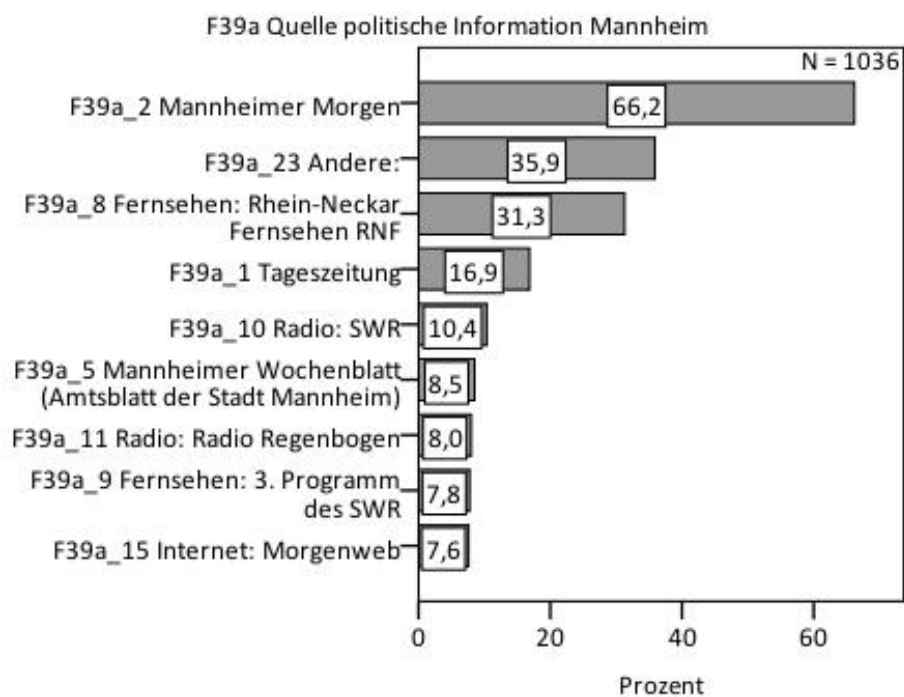
Obwohl hauptsächlich die Informationsgegebenheiten mit Bezug auf die kommunale Ebene abgedeckt werden soll, führen wir aus Gründen der Vollständigkeit und mit Hinsicht auf spätere Analysen in Teil IV des Berichts zunächst eine kurze Übersicht zur politischen Information in Deutschland und der Welt an. Dies wird mit der Frage „An wie vielen Tagen in der Woche verfolgen Sie im Allgemeinen Nachrichten über das politische Geschehen in Deutschland und der Welt?“ erhoben. Obwohl keine Antwortkategorien vorgegeben werden, erschließen sich diese automatisch.



Mit Bezug auf politische Informationen zu Mannheim ist die Frage ähnlich formuliert: „Und wie ist es speziell mit dem politischen Geschehen in Mannheim: An wie vielen Tagen in der Woche verfolgen Sie im Allgemeinen Nachrichten über das politische Geschehen in Mannheim?“ Auch hier wurden keinerlei Antwortkategorien vorgegeben. Der direkte Vergleich zeigt, dass zwar nur eine Minderheit der Bürger nachrichtenabstinent ist, dass aber Nachrichten zur Lokalpolitik deutlich seltener genutzt werden als solche zur nationalen und internationalen Politik.



Die nächste Abbildung fasst eine Auswahl von Quellen politischer Information zum politischen Geschehen in Mannheim zusammen, die mit folgender offener Frage erhoben wurde: „Woher bekommen Sie die meisten Informationen über das politische Geschehen in Mannheim?“ Dabei konnten die Befragten bis zu drei verschiedene Quellen nennen. Die folgende Abbildung zeigt den Anteil aller 1036 Befragten, die die jeweilige Quelle zum Erhalt von politischen Informationen über das politische Geschehen in Mannheim genutzt haben.

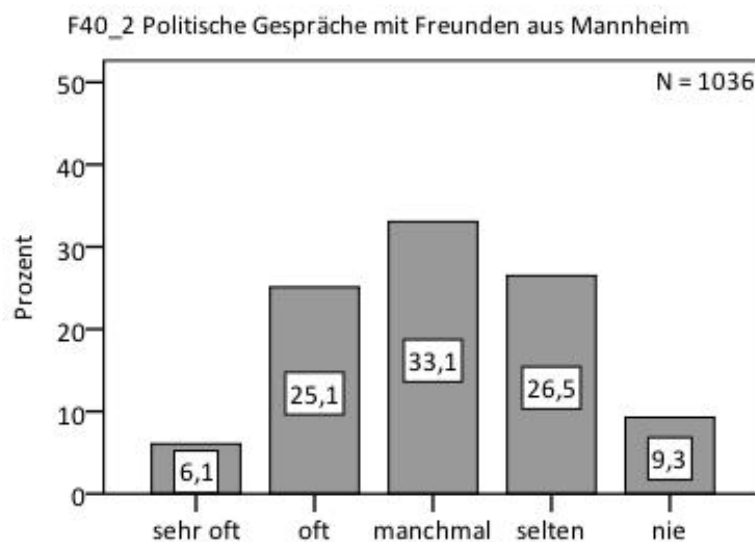
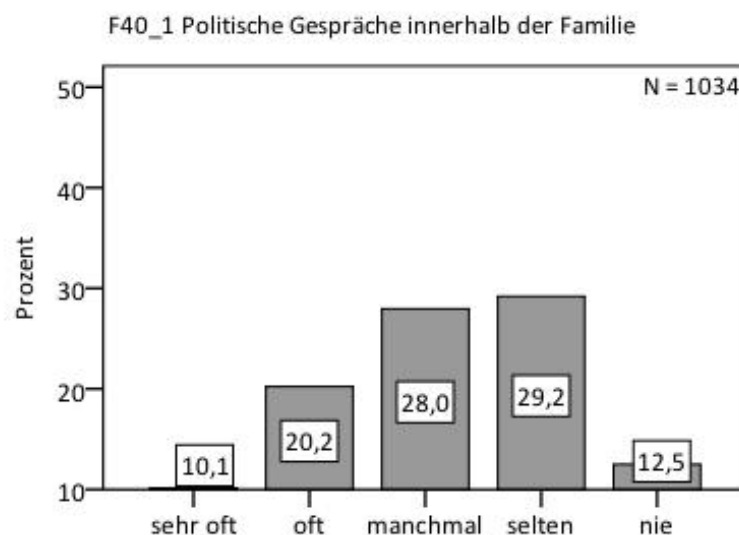


4.2 Gespräche über Kommunalpolitik

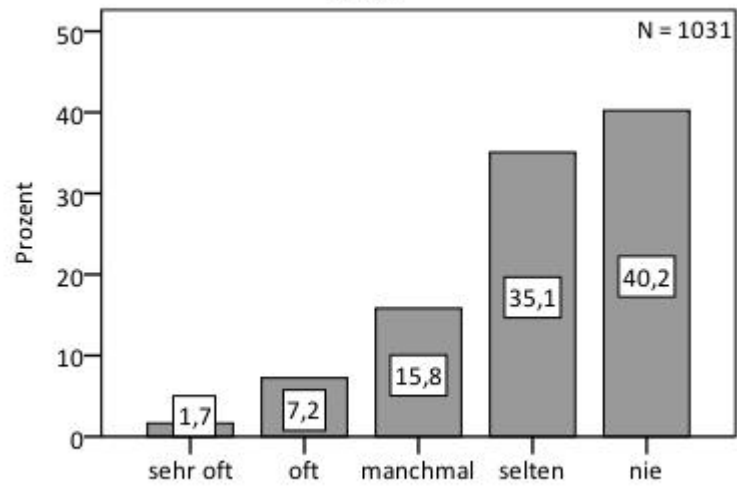
Zur Erfassung der Häufigkeit von politischen Gesprächen mit unterschiedlichen Personenkreisen wurde folgende Frage gestellt: „Was würden Sie sagen wie oft unterhalten Sie sich im Allgemeinen über das politische Geschehen in Mannheim?“ Auf die unterschiedlichen Personenkreise

- 1) innerhalb der Familie,
- 2) mit Freunden aus Mannheim,
- 3) mit Freunden, die nicht in Mannheim leben,
- 4) mit Nachbarn, Arbeitskollegen oder anderen Bekannten aus Mannheim, und
- 5) mit Bekannten, die nicht in Mannheim leben

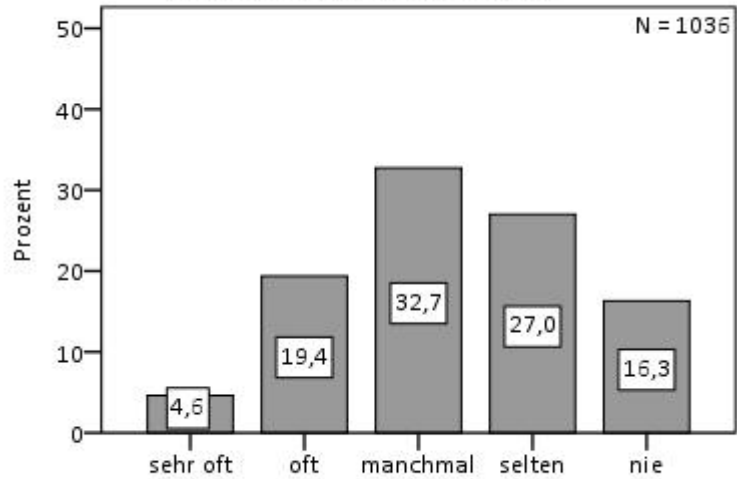
eingehend, konnten Befragte zwischen den Antwortkategorien „sehr oft“, „oft“, „manchmal“, „selten“ und „nie“ wählen. Der Wohnort der Gesprächspartner macht einen großen Unterschied, mit Personen, die nicht in der Stadt leben, sprechen die Mannheimer deutlich seltener über Kommunalpolitik als mit Miteinwohnern. Mit letzteren ist die Gesprächshäufigkeit insgesamt durchaus beachtlich, zwischen den verschiedenen Adressatengruppen – Familie, Freunde, Bekannte – gibt es keine großen Unterschiede.



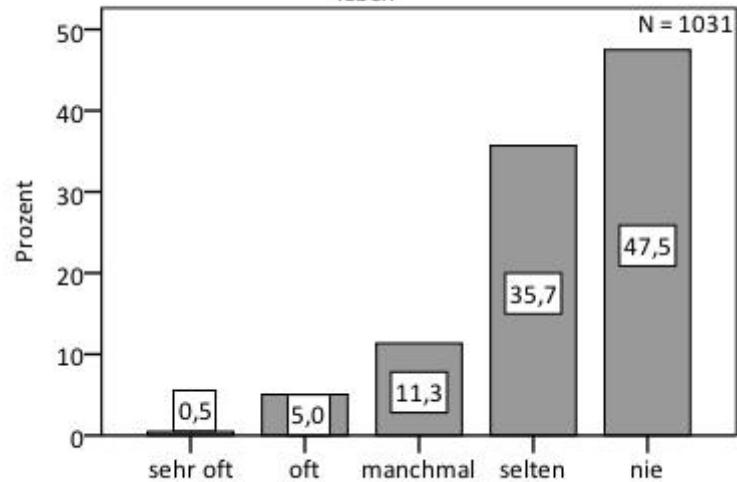
F40_3 Politische Gespräche mit Freunden, die nicht in Mannheim leben



F40_4 Politische Gespräche mit Nachbarn, Arbeitskollegen oder anderen Bekannten aus Mannheim



F40_5 Politische Gespräche mit Bekannten, die nicht in Mannheim leben



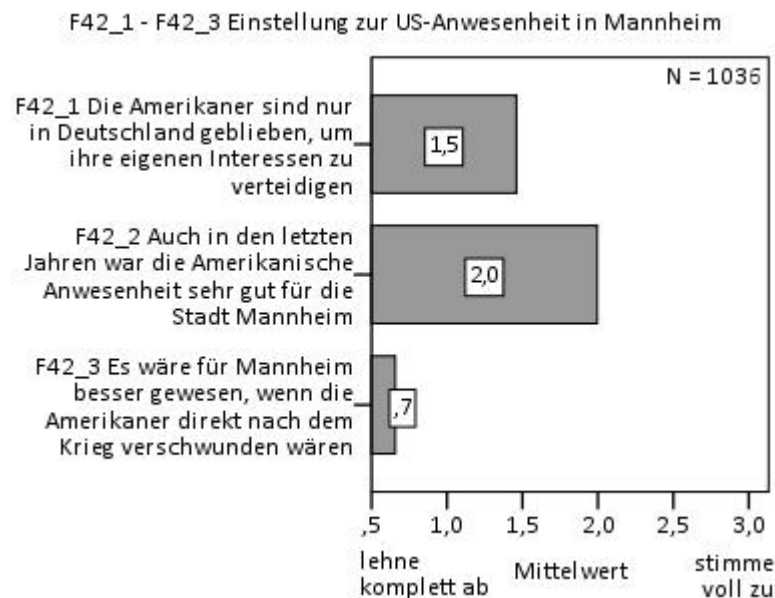
5. US-Anwesenheit in Mannheim und Konversion

5.1 Bedeutung der US-Anwesenheit für Mannheim

Nach dem Kriegsende 1945 spielten die Amerikaner eine wichtige Rolle in Mannheim. Die Befragten wurden aufgefordert ihre Einstellung zur US-Anwesenheit in Mannheim mit Hilfe der folgenden vier Aussagen zu äußern:

- 1) Die Amerikaner sind nur geblieben, um ihre eigenen Interessen zu verteidigen.
- 2) Auch in den letzten Jahren war die Amerikanische Anwesenheit sehr gut für die Stadt Mannheim.
- 3) Es wäre für Mannheim besser gewesen, wenn die Amerikaner direkt nach dem Krieg verschwunden wären.

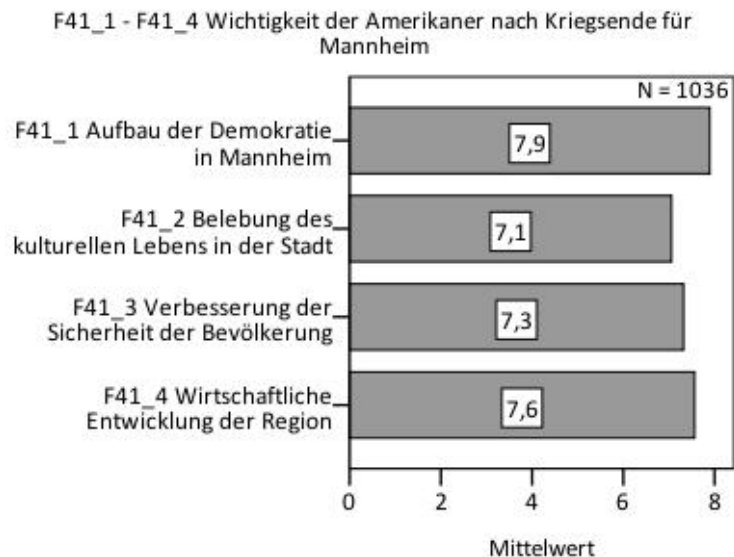
Dabei konnten sie ihre Meinung auf einer Skala von 0 bis 3 einstufen. 0 bedeutet „stimme voll zu“, 1 „stimme eher zu“, 2 „stimme eher ab“ und 3 „lehne komplett ab“.



Um ein genaueres Bild dieser Einstellung zu vermitteln, stellt die nächste Abbildung die konkrete Wichtigkeit der US-Anwesenheit für die verschiedenen Lebensbereiche

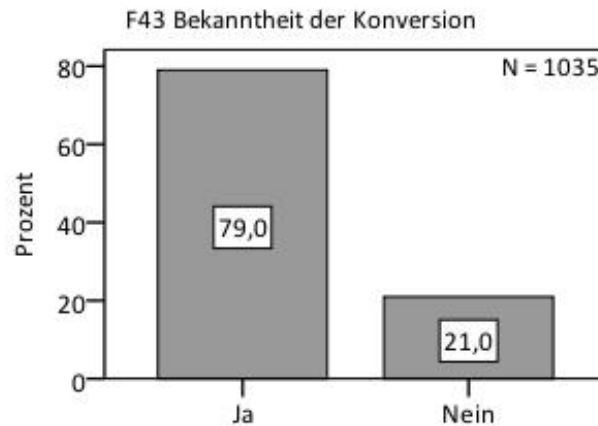
- 1) dem Aufbau der Demokratie in Mannheim,
- 2) der Belebung des kulturellen Lebens in der Stadt,
- 3) der Verbesserung der Sicherheit der Bevölkerung, und
- 4) der wirtschaftlichen Entwicklung der Region

dar. Hier konnten die Befragten die Rolle der Amerikaner jeweils mit dem Thermometer, das von 0 bis 10 reicht, einstufen. 0 bezieht sich hierbei auf die Meinung, dass die US-Amerikaner keine Rolle für die jeweiligen Lebensbereiche gespielt haben. Die Nennung des Wertes 10 hingegen bedeutet, dass die Amerikaner eine wichtige Rolle für diesen Lebensbereich gespielt haben.

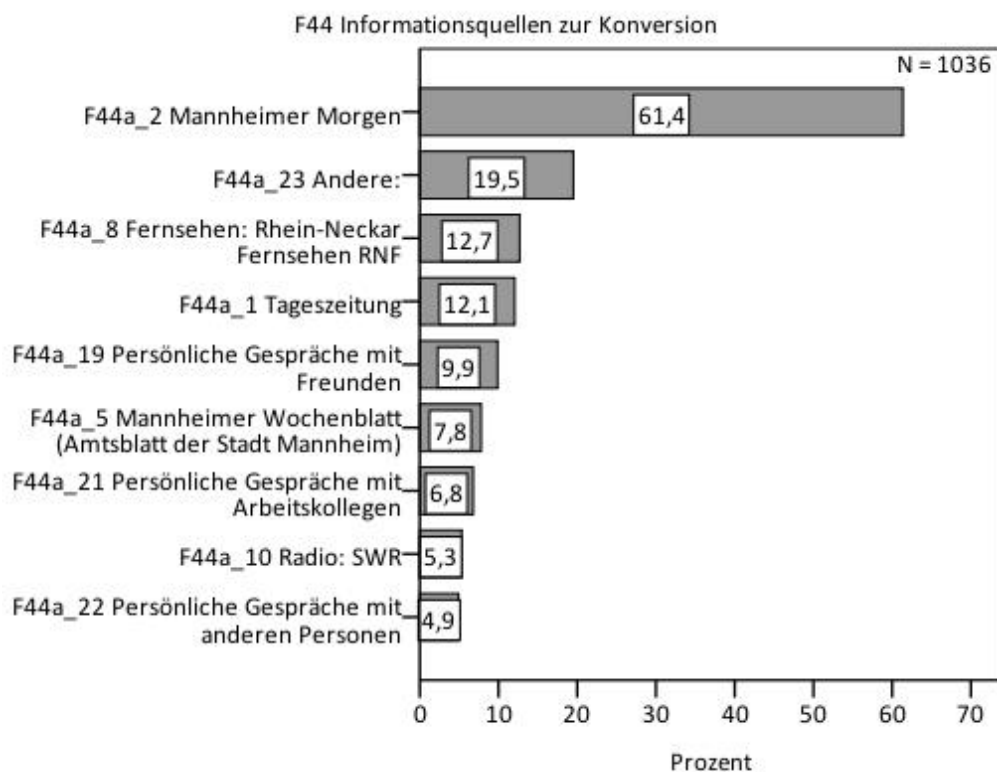


5.2 Perzeption der Konversion

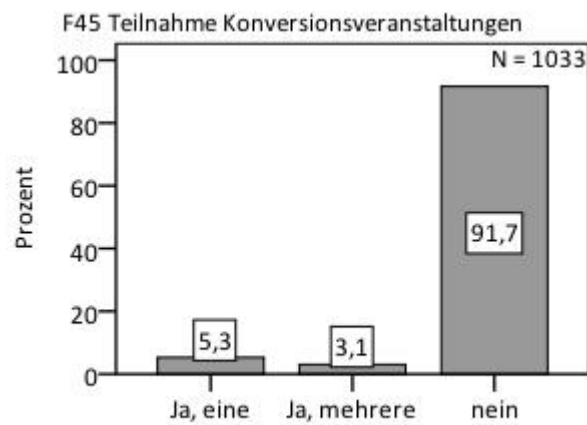
„Haben Sie schon einmal von der ‚Konversion‘ gehört, also dem Vorhaben der Stadt Mannheim, für die früher von der amerikanischen Armee genutzten Flächen eine neue Verwendung zu finden?“ Diese Frage erfasst den Bekanntheitsgrad der Konversion und konnten von den Befragten mit „ja“ oder „nein“ beantwortet werden.



Haben die Befragten die vorangehende Frage mit „ja“ beantwortet, so wurden sie zusätzlich gefragt, woher sie die Informationen über die Konversion bekommen haben. Dabei war es ihnen möglich, bis zu drei verschiedene Quellen zu nennen. Die nächste Abbildung stellt eine Auswahl von Informationsquellen dar, die von den 1036 Befragten genannt wurden.



Da es in Mannheim verschiedene Veranstaltungen zur Konversion gibt, wurde der Teil der Befragten, die mit der Konversion vertraut waren, darüber hinaus gefragt, ob sie eine oder mehrere Diskussions- oder Informationsveranstaltungen zur Konversion besucht haben. Sie konnten dabei zwischen den Antwortmöglichkeiten „ja, eine“, „ja, mehrere“ und „nein“ wählen.



Teil III: Wichtigste Ergebnisse der Fokusgruppengespräche¹⁵

1. Studiensteckbrief und Stichprobenzusammensetzung

Im Rahmen der Studie „Demokratie Audit Mannheim“ sollten die Einstellungen, Bedürfnisse und Sorgen spezieller Zielgruppen in Bezug auf das Leben in der Stadt Mannheim ausgelotet werden. Zur Klärung der Untersuchungsfragen wurden vier Fokusgruppen mit unterschiedlichen Zielgruppen durchgeführt:

Montag, 29.04.2013:

- **Gruppe 1:** Potenzielle Erstwähler bei den nächsten Wahlen, Alter 15-18 Jahre
11 Teilnehmer, 4 Frauen, 7 Männer

Alter (Jahre)	N =	(angestrebter) Schulabschluss	N =	Wohnhaft in Stadtteil	N =	In Mannheim seit (Jahre):	N =
15	2	Hauptschule	4	Feudenheim	2	seit Geburt	10
16	3	Realschule	3	Gartenstadt	2	13	1
17	3	Abitur	4	Innenstadt / Quadrate	1		
18	3			Käfertal	2		
				Neckarstadt (Ost)	2		
				Niederfeld	1		
				Rheinau	1		

- **Gruppe 2:** Junge Erwachsene, Alter 25-34 Jahre
9 Teilnehmer, 5 Frauen, 4 Männer

Alter (Jahre)	N =	Schulabschluss	N =	Wohnhaft in Stadtteil	N =	In Mannheim seit (Jahre):	N =
25	1	Hauptschule	1	Gartenstadt	1	seit Geburt	2
26	1	Realschule	4	Innenstadt / Quadrate	3	14	1
29	2	Abitur	4	Lindenhof	1	13	1
30	1			Neckarau	1	12	1
31	2			Schwetzingenstadt	1	10	1
32	1			Seckenheim	1	9	1
34	1			Waldhof	1	4	1
						2	1

¹⁵ Teil III dieses Berichtes wurde von Dr. Rolf Hackenbroch und Silke Fuhrmann von teleResearch GmbH verfasst.

Montag, 06.05.2013:

- **Gruppe 3:** Migranten mit / ohne deutsche Staatsbürgerschaft, Alter 19 - 49 Jahre
8 Teilnehmer, 3 Frauen, 5 Männer; 5 Teilnehmer aus der Türkei (2 mit deutscher Staatsbürgerschaft), je 1 Teilnehmer aus Indien, Jemen, Guinea

Alter (Jahre)	N =	Schulabschluss	N =	Wohnhaft in Stadtteil	N =	In Mannheim seit (Jahre):	N =
19	1	Hauptschule	3	Innenstadt / Quadrate	2	44	1
20	1	Realschule	2	Jungbusch	2	30	1
23	1	Abitur	3	Neckarstadt	1	33	1
30	1			Schönau	1	16	1
33	1			Rheinau	1	11	1
43	1			Wohlgelegen	1	6	1
47	1					6	1
49	1					2	1

- **Gruppe 4:** Politisch Unbeteiligte (keine Teilnahme an der letzten Kommunalwahl, keine aktive Mitgliedschaft in Vereinen), Alter 27 - 54 Jahre
10 Teilnehmer, 5 Frauen, 5 Männer

Alter (Jahre)	N =	Schulabschluss	N =	Wohnhaft in Stadtteil	N =	In Mannheim seit (Jahre):	N =
27	1	Hauptschule	3	Casterfeld	1	seit Geburt	4
32	1	Realschule	2	Friedrichsfeld	1	35	1
33	1	Abitur	5	Innenstadt / Quadrate	4	16	1
36	1			Neckarstadt (West)	1	10	1
37	1			Schwetzingenstadt	2	9	1
45	1			Vogelstang	1	7	1
47	1					4	1
49	1						
52	1						
54	1						

2. Spontane Assoziationen zu Mannheim

Die von den Teilnehmern mehrerer Gruppen spontan mit Mannheim assoziierten Gebäude, Veranstaltungen, Geschehnisse und Eigenschaften sind

- Wasserturm
- Quadrate
- Universität/Studentenstadt
- Bauprojekte in den Innenstadt-Quadraten
- Bewerbung zur Bundesgartenschau 2023
- Neubau Kunsthalle
- Maimarkt
- Veranstaltungen, Feste (Stadtfest, Weihnachtsmarkt, Dampfnudelfest)
- Multikulturell
- Mannheimer Dialekt

Seltener (in nur jeweils einer der vier Gruppen) spontan genannt wurden

- Schloss
- Luisenpark
- SAP-Arena
- Heimat/zu Hause
- Sauber
- Industriestadt
- Umfangreiches kulturelles Programm
- Engelhorn
- Viele Einkaufsmöglichkeiten
- Turnfest
- Kinder-Krippenausbau
- Konversion („was mit den American Baracks passiert“)
- Gute Infrastruktur, kurze Wege, „alles gut zu erreichen“
- zentrale Lage, verkehrstechnisch gut gelegen
- Erfindung des Automobils
- ÖPNV-Streik
- Hektik
- „Es stinkt“
- Zuwanderung/Ausländerproblematik
- „Viele Asoziale“

Die meisten spontanen Assoziationen gab es in der Gruppe der politisch Unbeteiligten.

Jugendlichen Erstwählern, jungen Erwachsenen und Migranten fiel hingegen spontan nicht ganz so viel zu Mannheim ein.

Auffällig: Nur selten werden explizit negative Dinge assoziiert.

3. Persönliche Verbundenheit zur Stadt Mannheim

Über alle vier Gruppen hinweg bekundet das Gros der Teilnehmer eine besondere Verbundenheit zur Stadt Mannheim. Für viele bedeutet Mannheim „zu Hause“ bzw. „Heimat“, man fühlt sich in der Stadt wohl – dies gilt sowohl für gebürtige Mannheimer als auch für Zugezogene bzw. Bürger mit Migrationshintergrund.

„Ich mache sechs Wochen Urlaub in der Türkei, aber nach zwei bis drei Wochen will ich schon wieder zurückkommen.“

Auch wird die attraktive geografische und verkehrstechnisch günstige Lage goutiert:

„Man hat die Vorteile einer großen Stadt, und wenn man es etwas ländlicher haben will, geht’s zum einen in Richtung Odenwald oder in die andere Richtung in die Pfalz.“

„... das Wetter ist besser, ein paar Grad sind hier immer mehr ...“

„Mannheim ist sehr zentral.“

„... man ist schnell in Frankfurt, man ist schnell in Stuttgart, um zu pendeln ...“

Zum anderen schätzt man (vor allem **junge Erwachsene** sowie **politisch Unbeteiligte**) die „Offenheit“ der Mannheimer Bevölkerung, die auch Nicht-Mannheimer aufnimmt und akzeptiert und ein Neben- und Miteinander-Leben vieler verschiedener Bevölkerungsgruppen ermöglicht.

„... hier habe ich mich direkt in der ersten Woche zu Hause gefühlt. Die Stadt nimmt einen gut auf, finde ich ...“

„... man kann hier sehr frei sein, weil hier eine sehr große Vielfalt ist, viele verschiedene Menschen ... die unsichtbaren Grenzen, die hier verlaufen, sind schon ein bisschen weiter gezogen als in München zum Beispiel ...“

Selbst für die Mehrzahl der **jugendlichen Zielgruppe** können in Bezug auf ihre Attraktivität allenfalls Großstädte wie Berlin, Hamburg oder München mit Mannheim als potenzielle zukünftige Wohnorte konkurrieren. Fast alle jugendlichen Teilnehmer sind in Mannheim geboren, gewachsene Sozialstrukturen – Familie, Freunde – lassen den Gedanken an einen Wohnortwechsel überwiegend schwer fallen. Acht der Teilnehmer geben an, bei gleichen Bedingungen (vergleichbare Arbeitsstelle) lieber in Mannheim zu bleiben als in eine andere Stadt zu ziehen.

„... ich könnte mir nicht viele andere Städte vorstellen, die mich irgendwie anziehen würden ... da kommen vielleicht drei bis vier Städte in Deutschland in Betracht, aber hier hat man halt alles ...“

4. Politik in Mannheim: Antizipierte Möglichkeiten der Partizipation

Spontan werden häufig „direkte“ Wege der persönlichen Meinungsäußerung wie Bürgerentscheide bzw. -befragungen und Unterschriftensammlungen, sowie Stadtteilinitiativen bzw. Bürgertreffs genannt, an denen einige (wenige) der Teilnehmer auch schon selbst teilgenommen haben (z.B. Unterschriftensammlung Lamey-Garten).

Weitere bekannte Möglichkeiten der Partizipation sind neben Wahlen und Parteimitgliedschaft auch Demonstrationen, Vorträge von Politikern bzw. Podiumsdiskussionen oder die Wahrnehmung von Ehrenämtern (z. B. bei der Caritas).

In der Gruppe der **Migranten** werden nur sehr wenige Möglichkeiten der Partizipation thematisiert, eine aktive Teilnahme findet hier nicht statt. Wenn in dieser Gruppe (vereinzelt) über ein persönliches Engagement nachgedacht wird, dann eher nicht im lokalen Bereich, sondern überregional (Amnesty International). Als Grund für ein Nicht-Engagement werden vor allem mangelndes Wissen bzw. fehlende Informationen über Möglichkeiten der Partizipation thematisiert.

„Ich würde gerne bei der Tafel mithelfen, aber ich komme nicht rein.“

„Die Politik interessiert mich schon, aber da fehlen die Möglichkeiten und Informationen um da was zu machen.“

So haben die Migranten mit deutscher Staatsbürgerschaft bisher auch noch nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht:

„Ich kenne mich nicht so gut mit Politik aus und hatte Angst, eine falsche Entscheidung zu treffen.“

Auch in den anderen Gruppen werden die genannten Partizipationsmöglichkeiten von den Bürgern eher selten wahrgenommen. Am häufigsten ist dies noch in der Gruppe der **jungen Erwachsenen** der Fall (acht Teilnehmer bei den letzten Kommunalwahlen, fünf Teilnehmer an Bürgerinitiativen/Bürgertreffen), seltener bei den **jugendlichen Erstwählern** (z. T. Teilnahme an Demonstrationen, Unterschriftenaktionen).

Als Grund für geringe Partizipation wird oft ein Mangel an persönlicher (und nicht unbedingt parteipolitisch gefärbter) Ansprache genannt, i. S. eines fehlenden „Anstoßes“ von außen, selbst einmal tätig zu werden sowie z. T. fehlende Informationen darüber, „was so alles in der Stadt passiert“:

„Wenn man Interesse für eine Sache hat, findet man auch die Infos, was man machen kann, aber man muss erst mal dafür interessiert werden ...“

„Ich laufe zwar auch an so Plakaten [zu Bürgertreffen] vorbei, aber es spricht mich nicht an.“

Zum Teil wird auch die Hemmschwelle als zu groß erlebt, alleine zu einer Veranstaltung (z. B. Bürgerinitiative, Podiumsdiskussion mit Politikern) zu gehen, die zwar thematisch interessant erscheint, man aber unsicher ist, „ob man sich da gut genug auskennt“ um wirklich partizipieren zu können.

„... da jetzt alleine hin zu gehen und sich da hinzusetzen, das dann zu hören und dann ist man überfordert.“

Auch hier würde eine persönliche Ansprache als hilfreich erachtet:

„... einfach locker, z. B. ein Flyer im Briefkasten, auf dem steht: ‚Keine Ahnung von Politik, aber mal Lust reinzuznuppern? Dann komm da und da hin ...‘“

Speziell in der Gruppe der **jugendlichen Erstwähler** sind einige Teilnehmer (noch) nicht in politische Themen involviert: Etliche sehen vor der Volljährigkeit keine „echte“ Möglichkeit politischer Partizipation. Somit ist das Interesse hieran bei diesen Teilnehmern auch eher gering.

„Wenn man nicht 18 ist, was soll man da dann machen?“

In der Gruppe der **politisch Unbeteiligten** wird z. T. von zurückliegenden Aktivitäten berichtet, die jedoch nicht zum Erfolg geführt haben und somit aus Enttäuschung hierüber zur Resignation beigetragen haben.

„... wenn man sich irgendwo reinhängt und man hat zwei- / dreimal was gemacht und im Endeffekt ist es doch anders geworden als man es gerne gehabt hätte, dann ist man auch ernüchtert.“

„Man weiß intuitiv heutzutage, dass man als einfacher Mann nicht so viel ändern kann und deshalb lässt man es dann.“

„Man kann als einzelne Person nicht viel bewirken und erreichen.“

Diese Erfahrungen lassen zudem die Kosten-Nutzen-Abwägung in dieser Gruppe besonders stark in den Fokus treten. Man hat überwiegend das Gefühl, dass persönliches Engagement sich nicht lohnt und auch nicht genügend gewürdigt wird.

„... wenn man jedes Mal verloren hat, fehlt so ein bisschen das Erfolgserlebnis. Dafür soll dann die teure Zeit, die Freizeit drauf gehen?“

„... irgendwie ist das auch immer so negativ behaftet, wenn man sagt, man engagiert sich ehrenamtlich ...“

Wählen zu gehen ist für einen Teil der **politisch Unbeteiligten** generell „vergebliche Liebesmüh“: Man glaubt nicht, dass man mit seiner Stimme wirklich etwas ändern kann.

„Man resigniert da, denn im Endeffekt machen sie ja doch was sie wollen.“

Andere nehmen explizit nicht an Kommunalwahlen teil, weil sie speziell über kommunalpolitische Entscheidungen enttäuscht sind und keinem Politiker bzw. keiner Partei diesbezüglich Vertrauen schenken.

„Wenn’s um Wahlen geht, sind sie alle freundlich ... wenn die Wahlen vorbei sind, ist’s wieder vorbei.“

Prinzipiell werden die Möglichkeiten zur Partizipation von den meisten Teilnehmern als durchaus ausreichend angesehen. Allerdings herrscht ein breiter Konsens darüber, die Mannheimer Bürger stärker in stadtpolitische Entscheidungen mit einzubeziehen, d. h., sie häufiger nach ihrer Meinung zu anstehenden Projekten zu fragen, vor allem dann, wenn es um Entscheidungen geht, die „ihren“ Stadtteil betreffen.

„... die neue Straßenbahnlinie in Gartenstadt: Ich weiß nicht, ob die Bürger da entscheiden konnten, aber so was könnte es ja geben.“

5. Politik in Mannheim: Interesse und Informationsbedarf

Der abstrakte Begriff „Stadtpolitik“ wird spontan häufig mit „trockener“ und „abgehobener“ Parteipolitik assoziiert, so dass hierfür (bis auf wenige Ausnahmen) ein eher geringes Interesse bekundet wird.

„Also, bei Politik denke ich persönlich nicht gleich an die Stadt, in der ich wohne, sondern eher an den Bundestag und die Personen.“

Im Gespräch stellt sich jedoch heraus, dass die Teilnehmer über alle vier Gruppen hinweg konkrete aktuelle Geschehnisse in Mannheim (z. B. Neubau der Kunsthalle, Bauvorhaben in der Innenstadt, Buga-Bewerbung, Migranten-Problematik in einigen Stadtteilen etc.) sehr wohl mit Interesse verfolgen und auch z. T. im Verwandten- und Bekanntenkreis diskutieren, allerdings werden diese Geschehnisse von den Bürgern eher nicht mit „Stadtpolitik“ im engeren Sinne assoziiert.

„Die Themen, die mich berühren, würde ich eher außerhalb der Politik anstreben zu lösen, nicht, weil Politik es nicht kann, sondern weil ich nicht auf die Idee gekommen wäre, das politisch anzustreben.“

Auch hier gilt: Was „vor der eigenen Haustüre“ stattfindet bzw. den eigenen Alltag betrifft, genießt besondere Aufmerksamkeit.

„Bei mir ist es halt so, dass nur bestimmte Themenbereiche interessant sind, wie Familie und Bildung z.B.“

Allerdings fühlen sich vor allem die **jugendlichen Erstwähler** sowie die **Migranten**, seltener auch die **jungen Erwachsenen** zu wenig über die stadtpolitischen Entscheidungen informiert. Immer wieder thematisiert werden von den Teilnehmern hier vor allem die aktuellen Großbauvorhaben, über die sich etliche der Bürger nicht ausreichend informiert fühlen.

Speziell die jungen Erwachsenen (seltener Jugendliche und Migranten) würden in diesem Zusammenhang eine direkte Ansprache von Seiten der Stadt begrüßen, z. B. eine regelmäßige Mitteilung, „was in den Stadtteilen passiert“, z. B. in Form einer Info-Broschüre oder eines Newsletters.

„... wenn man die Leute quartalsweise informiert mit so kleinen Heften, ... dass man da einfach mal so ein Heft für jeden Stadtteil ausarbeitet ... so was gibt's, der ‚Lameyer‘, aber noch so ein bisschen intensiver kann man sich da was überlegen.“

Die **Migranten** wissen auf die Frage, wie und wo sie sich über Stadtpolitik informieren würden (oder wie sie gerne informiert werden wollten), keine Antwort. Kaum einer der Teilnehmer hat konkrete Ideen, wo man ansetzen sollte, um an solche Informationen zu gelangen.

„... sich erst mal Informationen sammeln und danach mal gucken ...“

Die **Jugendlichen** wünschen sich hingegen explizit mehr Anleitung und Aufklärung über politische Zusammenhänge, z. B. auch in der Schule, von jemandem, „der es nicht so kompliziert erklärt“ (z. B. von anderen Jugendlichen), denn

„Man kann sich nur für etwas interessieren, das man auch versteht.“

Allerdings gibt knapp die Hälfte der jugendlichen Teilnehmer (N = 5) offen zu, dass ihr aktives Interesse an der Politik in Mannheim eher gering ausgeprägt ist, da neben der Schule nur wenig Zeit bleibt und man in dieser knappen Freizeit andere Prioritäten setzt.

„Ich denke, es gibt genug [anderes], was man in dem Alter zu tun hat.“

„Wenn die Schule vorbei ist, macht man eigentlich nur noch seinen Kram und ist froh, dass man sich jetzt nur mit sich ... beschäftigen kann.“

Zumindest für einen Teil der 17/18-Jährigen hingegen (die demnächst das erste Mal bundespolitisch die Möglichkeit erhalten, zu wählen) ist „Politik“ (sowohl auf Bundes- als auch auf Kommunalebene) grundsätzlich schon ein Thema, allerdings fühlen sie sich oft verunsichert:

„Es sind nun bald Wahlen, und ich denke ‚ja, klasse‘ – ich hab überhaupt keine Ahnung, was ich wählen soll, was so geht.“

Die **politisch Unbeteiligten** hingegen sind überwiegend gut über vergangene und noch ausstehende stadtpolitische Entscheidungen informiert. Allerdings dominiert hier die Ablehnung und das Missfallen bereits getroffener Entschlüsse (z. B. Neubau Kunsthalle, Bewerbung Kulturhauptstadt 2020), es resultieren Frustration und Resignation.

Kein Teilnehmer der Gruppe gibt an, sich besonders stark (und aktiv) für die Mannheimer Stadtpolitik zu interessieren. Ein Mehr an Informationen über Stadtpolitik wird von dieser Gruppe nicht gefordert.

„Man ärgert sich zu stark. Was ich schon erlebt habe, was ich schon gehört habe – da geht mir die Galle hoch. Da habe ich die Nerven nicht zu.“

6. Derzeitiges Informationsverhalten

Politisch Unbeteiligte, jugendliche Erstwähler und **junge Erwachsene** kennen und nutzen z. T. vielfältige Quellen, aus denen man Informationen über Geschehnisse in Mannheim erhalten kann. Allerdings werden die Informationen von der Mehrzahl der **Jugendlichen** und **jungen Erwachsenen** eher zufällig rezipiert als aktiv gesucht.

„... ich merk das grad‘, das meiste von der Stadt kriege ich tatsächlich über Klatsch und Tratsch mit.“

Hingegen scheinen die meisten **politisch Unbeteiligten** hierbei tendenziell gezielter vorzugehen und die genutzten Informationsquellen aktiver zur Informationssuche heranzuziehen – ein Indiz hierfür ist auch, dass in dieser Gruppe (zufällig) wahrgenommene Flyer und Infobroschüren offenbar keine wesentliche Rolle beim Informationsverhalten spielen.

In der Gruppe der **Migranten** fällt es hingegen eher schwer, potenzielle Informationsquellen zu benennen. Eine gezielte Nutzung findet auch nur vereinzelt statt.

Bekannte bzw. genutzte Informationsquellen variieren z. T. offenbar zwischen den einzelnen Gruppen: Zumindest werden einige der Quellen von einzelnen Zielgruppen nicht oder nur selten genannt.

Am häufigsten genannte/genutzte Informationsquellen (sortiert nach absteigender Häufigkeit der Nennungen):

- Mannheimer Morgen nur 1x bei Migranten;
2x bei jungen Erwachsenen
- Rhein-Neckar-Fernsehen (RNF) nicht bei Migranten
- Wochenblatt / Der Sonntag nicht bei jugendlichen Erstwählern
- Morgenweb
- Radio: v. a. Radio Regenbogen,
seltener SWR 3/Big FM/Das Ding nicht bei Migranten
- Persönliche Gespräche mit Freunden,
Verwandten, Bekannten, Kollegen, ...
(aber auch: „was man so mitkriegt, wenn sich
andere auf der Straße unterhalten“)
- Flyer/Infobroschüren (z. B. von Stadtteilinitiativen) nicht bei politisch Unbeteiligten
- www.mannheim.de

Persönliche Gespräche über das politische Geschehen in Mannheim finden vor allem bei den **jungen Erwachsenen** sowie bei den **politisch Unbeteiligten** statt. Hier diskutiert man – z. T. durchaus kontrovers – relativ weit gestreut: im Verwandten-, Freundes- und Bekanntenkreis, unter Kollegen etc. Themen sind z. B. Großbauprojekte, Kunsthalle, Obdachlose, also Themen, „die gerade akut sind“, die einen selbst betreffen bzw. über die man sich ärgert.

„... mit den Baustellen da überall in den Quadraten ... dann rege ich mich schon bei meinen Freundinnen darüber auf ... aber auch nur, wenn's akut ist.“

„Die Migration und die Kunsthalle, das sind immer so die beiden Themen bei mir im Freundeskreis.“

Speziell in der Gruppe der **jungen Erwachsenen** wird aber nicht nur kritisch über stadtpolitische Themen diskutiert, man erwähnt „auch schnell mal die positiven Aspekte“:

„... da gibt es das und das Projekt, habt ihr schon davon gehört? Oder: Die wollen da was Neues bauen ... das ist dann oft eher positiv behaftet, wenn dieses Gespräch beginnt“.

In den Familien der **jugendlichen Erstwähler** wird zwar vielfach durchaus über Politik (auch Stadtpolitik) diskutiert, allerdings nur in Ausnahmefällen unter Einbeziehung der Jugendlichen:

„Weiß ich jetzt nicht [um was es da geht], auf jeden Fall reden meine Oma und mein Opa da oft drüber [über Politik]. Man bleibt immer einfach nur da, hört zu, da rein, da raus ...“

„Die [Eltern] reden und ich sitze dabei.“

Mit Freunden und Bekannten sprechen die Jugendlichen in diesem Zusammenhang nur selten und auch nur über solche Themen, „die einen direkt betreffen“, z. B. Diskussionen mit ausländischen Mitschülern über ihre Situation hier in Mannheim oder über Demonstrationen.

„Auf meiner Schule sind sehr, sehr viele Ausländer, ... da unterhalte ich mich auch mit meinen Klassenkameraden über Punkte wie Integration.“

„Aber wenn es dann so was wie Demos gab, dann wird darüber gesprochen. ... Wer war da, wozu, was ist dabei rausgekommen, ...“

In der Gruppe der **Migranten** redet man nur „wenig über Mannheim“, und wenn doch, dann i. d. R., weil man sich akut über etwas ärgert (z. B. als ungerecht empfundene Behandlung durch Behörden). Konkrete, wiederkehrende Themen werden in diesem Zusammenhang allerdings nicht thematisiert.

„Manchmal, wenn man mit der Familie z. B. mal in den Herzogenriedpark geht, erzählt man über sowas ...“

„Wenn man darüber spricht, ärgert man sich [über irgendetwas].“

7. Wahrnehmung und Zufriedenheit mit der Demokratie in Mannheim

Das Funktionieren der Demokratie in Mannheim wird von den **jungen Erwachsenen** am optimistischsten eingeschätzt. Sie attestieren der Stadt überwiegend ein positives politisches Image, basierend auf ihrer Wahrnehmung eines „guten Miteinanders“ der Bürger unterschiedlichster Herkunft. Nach Ansicht der Mehrheit dieser Gruppe geht in der Stadt „alles in geordneten Bahnen“, „alles funktioniert gut“.

Nur vereinzelt werden in der Gruppe Defizite bzgl. des partizipatorischen Charakters der Demokratie in Mannheim wahrgenommen:

Zum einen die mangelhafte Mitbestimmungsmöglichkeit der Bürger bei Großprojekten,

„... es sei denn, ich trete einer Partei bei“,

zum anderen eine relativ unpolitische Haltung der (verhältnismäßig großen) Bevölkerungsgruppen „Studenten“ und „Immigranten“.

„... es ist eine Studentenstadt, ... es gibt aber auch einen hohen Immigrantenanteil und dass es von [diesen Bevölkerungsteilen her] relativ unpolitisch ist. ... das ist keine Demokratie. ...[die] gibt es dann, wenn man sich informiert, wenn man versucht, mitzubestimmen ...“

Auch die drei anderen Zielgruppen denken überwiegend, dass Demokratie in Mannheim funktioniert. Allerdings machen sie diese Einschätzung eher an der Tatsache fest, dass sie bisher noch nichts Gegenteiliges wahrgenommen haben (dass „Demokratie nun einmal die Staatsform Deutschlands ist“ und „dass es Wahlen gibt, das Hauptmerkmal der Demokratie“), als dass sie explizit positive Beispiele für ein gutes Funktionieren der Demokratie speziell in Mannheim benennen könnten.

Alle vier Gruppen betonen auch in diesem Zusammenhang noch einmal die potenzielle Verbesserungswürdigkeit der unmittelbaren Einbeziehung der Bürger in stadtpolitische Groß-Entscheidungen (z.B. Bauvorhaben Q6/Q7, Kunsthalle, Hauptpost) per Bürgerentscheid.

„Und da fragt kein Mensch nach, ‚was haltet ihr davon?‘ oder ‚habt ihr vielleicht auch Ideen?‘ ... Ich finde es nur einfach schade, dass das so unter den Tisch fällt.“

„Man müsste die Bürger mehr beteiligen. So bei wichtigen Fragen, ob sie eine Bundesgartenschau wollen oder diese Kunsthalle ... das wird dann meistens von oben entschieden und du kannst es abnicken.“

Jedoch kommt auch die Skepsis zum Ausdruck, ob solche Bürgerentscheide dann wirklich stets respektiert und umgesetzt werden würden.

„... meine Eltern waren auch bei diesem Bürgerentscheid [gegen die Straßenbahn] ... man hat mitbekommen, dass das [Bauvorhaben] eigentlich niemand will, und jetzt wird sie halt doch gebaut. Da erfährt man halt, dass es meistens nicht so abläuft, wie man sich das vorstellt.“

Vor allem die **jungen Erwachsenen** wünschen sich an dieser Stelle nochmals explizit, besser, offensichtlicher und offensiver über das Geschehen in der Stadt Mannheim und über ihre Möglichkeiten der Partizipation informiert zu werden.

„... es geht um das Bewusst-Machen ... mir war nicht bewusst, dass ich hier so viele Gestaltungsmöglichkeiten habe ... für mich ist das nicht so sichtbar, dass ich mich an eine Bürgerinitiative wenden kann.“

Auffällig ist, dass die Gruppe der **Migranten** das Thema von einer anderen Warte aus beurteilt: Mit der Demokratie an sich hat man hier „keine schlechten Erfahrungen gemacht“, allerdings erfährt man als (zumindest von der Herkunft) Nicht-Deutscher im Alltag oft Vorurteile und Diskriminierung, was das gesamte schulische, berufliche und auch private Leben beeinflusst.

„Wir haben schon Gleichberechtigung überall, aber manchmal funktioniert die Gleichberechtigung nicht. Es heißt nur so. Zum Beispiel bei den Berufschancen für die Kinder von Migranten.“

Die Probleme der anderen drei Gruppen (i. S. von Mitspracherecht bei Großentscheidungen) werden zwar auch von dieser Gruppe gesehen und empfunden, werden aber nicht als persönliche Kern-Probleme in Bezug auf das Leben in Mannheim angesehen.

8. Konversionsprozess der Stadt Mannheim

In der Gruppe der **Migranten** ist Konversion kein Thema: Weder ist der Begriff bekannt, noch ist das Thema (Umnutzung der ehemals von der US-Armee genutzten Flächen) von besonderem persönlichen Interesse. Einige der Teilnehmer haben noch gar nichts darüber gehört.

Hat man etwas über das Thema gehört, so berichten einige Teilnehmer vom Hörensagen, dass es „um die Umwandlung [der Gebäude] in Schulen oder Wohnungen“ ging. Auch wurde kurz thematisiert, ob nicht Unterkünfte für Flüchtlinge dort gebaut werden könnten. Insgesamt aber gab es nur sehr geringes Interesse am Thema Konversion.

„Das ist noch weit, weit weg bis da was passiert, was soll ich mir da jetzt drüber Gedanken machen“.

Auch von den **jugendlichen Erstwählern** kennt niemand den Begriff „Konversion“. Allerdings ist das Thema immerhin acht der elf Teilnehmer geläufig und wird prinzipiell als eher interessant eingestuft, wenn auch das Interesse passiver Art ist.

„Es ist einfach interessant zu wissen, was dabei ‘rauskommt, wer macht was, wer zieht da ein?“

Kernthema in der Diskussion ist vor allem die Frage, von welchen Bevölkerungsgruppen das Gelände in Zukunft genutzt wird: Eher von Familien, von Rentnern, Asylanten, Studenten oder Jugendlichen? Auch die Bundesgartenschau wird kurz in Zusammenhang mit der Konversion angesprochen.

Informationen zum Thema Konversion erhält man durch die Familie (Eltern), aber auch aus Zeitungen oder Plakaten an Kasernengebäuden.

„In der Grenadierstraße ist ja so ein altes Gelände, da hab ich mal was gelesen. Da war mal so ein riesiger Banner und da war dann was aufgezeichnet von einer Projektplanung.“

Genau erinnert man sich jedoch nicht mehr, denn man bekommt solche Informationen eher zufällig mit:

„Ich weiß nicht mehr wo ich das gehört habe, ich hab’s einfach mitgekriegt.“

Prinzipiell sind jedoch alle Teilnehmer an weiterführenden Informationen zum Thema interessiert.

Bei **jungen Erwachsenen** und **politisch Unbeteiligten** ist der Begriff „Konversion“ zumindest jeweils einer Minderheit bekannt (je ca. 2 Personen), allerdings sind alle Teilnehmer dieser beiden Gruppen bereits mehr oder weniger gut über das Thema informiert.

Vor allem die **politisch Unbeteiligten** zeigen diesbezüglich ein eher aktives Interesse an den Geschehnissen und Entscheidungsfindungsprozessen bzgl. der zukünftigen Nutzung der Flächen (z. B. Besuch des Turley-Festes), das Thema wird z. T. auch im Freundes- und Bekanntenkreis diskutiert.

In diesem Zusammenhang thematisiert werden hier vor allem die potenzielle Umwandlung in Wohnraum und Büros sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen. Teilweise weiß man auch um Versammlungen und Ausschreibungen zur Konversion, besucht wurden solche Versammlungen selbst allerdings noch nicht. Auch die Bundesgartenschau wird in Zusammenhang mit der Umwandlung der Flächen angesprochen.

Kritisch diskutiert wird die Frage, ob die anstehenden Renovierungen nicht (zu) viel Geld kosten werden.

Das Interesse am Thema „Konversion“ ist jedoch gepaart mit einer teilweise tiefgreifenden Skepsis hinsichtlich der Fähigkeit der Stadt Mannheim, die richtigen Entscheidungen zu treffen und diese auch umzusetzen. So befürchten einige Teilnehmer der Gruppe, diese Aufgabe sei „ein zu großer Happen für Mannheim“. Hier zeigt sich das teilweise tiefsitzende Misstrauen gegenüber der Politik, die von ‚denen da oben‘ gemacht wird.

„Das wird wieder so eine typische Beamten-/Politikerlösung. Da reden sich monatelang, jahrelang Leute die Köpfe heiß, die keine Ahnung von dem Thema haben.“

„Das beste Beispiel war der Baumaschinenhersteller Vögele, ein Riesenunternehmen für Mannheim. Die Mannheimer Stadtverwaltung hat es nicht geschafft innerhalb von drei oder fünf Jahren dem die doppelte Fläche zu besorgen. Und jetzt die Idioten, die das versaubeutelt haben glauben, sie könnten eine Konversion hinkriegen? Finger weg.“

Das Interesse **der jungen Erwachsenen** bezüglich der Konversion ist nur in Einzelfällen persönlicher und aktiver Art (Suche nach einem Eigenheim), ansonsten gehört die Konversion für diese Zielgruppe eher zu den „Randthemen“. Trotzdem ist ein prinzipielles Interesse vorhanden. Vor allem wird auch gesehen, dass das Thema für die Stadt Mannheim eine große Bedeutung hat:

„Ich finde es richtungsweisend für Mannheim ... Siedelt man dort Industrie an, wird Mannheim vielleicht noch mehr gepusht. Macht man Studentenwohnheime dahin, wird's vielleicht noch mehr eine Studentenstadt, macht man Sozialbauten dort hin, wird's vielleicht ein Randbezirk oder zieht man Leute aus der Innenstadt raus.“

Von den Themen her weiß man häufig um die ganze Bandbreite an Möglichkeiten der Konversion (inkl. Filmstudios und universitäre Nutzung), fühlt sich jedoch insgesamt zu wenig informiert.

„Also das hätte man irgendwie mehr kommunizieren müssen.“

„Ich hätte auf jeden Fall gerne mehr Informationen dazu gehabt. Jetzt ist es zu spät, aber wir haben davon nichts mitbekommen.“

„Dass man da so relativ schwer an die Informationen rankam, als Pro-Aktiver, als [Wohnungs-] Suchender ist schon eigentlich schade.“

Wie schon zuvor, fordern die jungen Erwachsenen auch bezüglich dieses Themas insgesamt eine aktivere Informationspolitik der Stadt durch das Stadtmarketing. Verschiedene Vorschläge werden hierzu unterbreitet:

- Informationstag am Wasserturm oder Paradeplatz
- Informationsstände am Samstag als Shoppingtag, z. B. auf den Kapuzinerplanken
- Infos an einem ‚Mannheim-Tag‘ wie z. B. Nachtwandel im Jungbusch
- Werbung mit Prominenten
- Bürgerinformationsstände
- Ausliegende Informationen
- Wurfsendungen

9. Vertrauen in Arbeit und Politik der Stadt Mannheim

Das klarste „ja“ in Punkto Vertrauen kommt aus der Gruppe der **jungen Erwachsenen**. Alle Teilnehmer bekunden explizit ihr Vertrauen gegenüber der Politik der Stadt Mannheim. Hier werden keine konkreten negativ-Erfahrungen berichtet, man fühlt sich selbst wohl und erkennt keine schwerwiegenden Defizite.

„Ich finde es von Jahr zu Jahr positiver, hier zu wohnen.“

„Ich erlebe die Mannheimer zum Großteil als glücklich.“

„Bei mir ist es das Wohlfühlen. Mich stört momentan nichts.“

Allenfalls eine größere Transparenz von stadtpolitischen Entscheidungen und deren Konsequenzen wären aus Sicht der Teilnehmer wünschenswert und könnten das Vertrauen in die Politik der Stadt noch weiter erhöhen.

„... was das Vertrauen erhöhen würde, ist immer Transparenz. ... Kosten z. B. für größere Projekte [offenlegen] ... und unabhängiger[e Berichterstattung].“

Auch die **jugendlichen Erstwähler** bekunden eher Vertrauen in Arbeit und Politik der Stadt Mannheim. Die Gründe liegen auch hier vor allem in fehlenden Negativerfahrungen,

„... bin bisher nicht enttäuscht worden ...“

sowie in einem „Grundvertrauen“ in die Arbeit der Verantwortlichen:

„Ich habe Vertrauen in die Vernunft der Menschen.“

„Ich hoffe, sie wissen, was sie machen.“

Wird vereinzelt Skepsis geäußert, dann, weil die Stadt sich aus Sicht der Jugendlichen in der Vergangenheit doch den einen oder anderen „Patzer“ geleistet hat.

„... dieses Outdoor Symphonic am Wasserturm ... was am Anfang groß aufgezogen war ... am Schluss war es doch eher ein Flop.“

„Für manche unnötigen Sachen geben sie Geld aus und für wichtige wieder nicht.“

Es überwiegt jedoch eine optimistische Einstellung bzgl. des Vertrauens gegenüber der Stadtpolitik.

Die **politisch Unbeteiligten** sind hinsichtlich des Vertrauens eher zwiegespalten: Angesichts erlebter bzw. empfundener Missstände und Enttäuschungen in der Vergangenheit und Gegenwart kann man der Stadtpolitik kein volles Vertrauen mehr entgegenbringen, Resignation macht sich breit. „Den Politikern“ wird ein genereller Mangel an Weitsichtigkeit, Realitätsnähe und Ehrlichkeit attestiert („Vetternwirtschaft“), z. T. auch mangelnde Verantwortung für die Konsequenzen ihrer Entscheidungen und mangelnde Kontinuität.

„Jeder Bürgermeister hat sich hier in der Stadt ein Denkmal gebaut.“

„Kulturhauptstadt 2020 – ich weiß nicht, wie viele Millionen da wieder verbraten werden, allein für die Bewerbung. Meinen Sie, Mannheim wird die Kulturhauptstadt von ganz Europa? ... im Leben nicht ...“

„Man weiß, dass sich nichts ändert, egal, wie man sich [bei Wahlen] entscheidet.“

„... dieses Gefühl von diesem Bäumchen-wechsel-dich: Hat der eine Sch... gebaut, wird er durch den anderen ersetzt. ... wenn man das Gefühl hat, man hat da jemand, der für was zuständig ist, und auf einmal ist er schon wieder weg.“

Aber: Mannheim ist auch „nicht ganz schlecht“, es werden auch positive Errungenschaften der Vergangenheit honoriert (z. B. Familienpass). Insofern wird von vielen die stärkere Einbeziehung der Bürger in Entscheidungsprozesse als adäquate Maßnahme angesehen, verlorenes Vertrauen wieder aufzubauen.

„Es macht jede Stadt Fehler, aber sie müssten dann wirklich uns ein bisschen mehr mit einbeziehen.“

Schwer fällt eine Beurteilung des persönlichen Vertrauens auch der Gruppe der **Migranten**: Hier gibt es keine klare Einstellung zum Thema „Vertrauen“, da man sich mit der Gesamtproblematik noch nicht wirklich auseinandergesetzt hat.

„Ich hab jetzt eher nicht so viel mit Politik zu tun, also kann ich auch nicht sagen, ob ich Vertrauen habe oder nicht.“

Es sind somit eher einzelne Aspekte z. B. sozialer Ungerechtigkeit oder der Verteilung von Budgets, die das Vertrauen in die Stadtpolitik bei einigen Teilnehmern schmälern.

„Man sollte eher Geld an Jugendhäuser spenden, anstatt für die Kunsthalle Bilder anzukaufen.“

10. Benachteiligte bzw. begünstigte Gesellschaftsgruppen

Alle vier Zielgruppen nehmen benachteiligte Gruppen in Mannheim wahr. Vor allem sozial Schwache (Arbeitslose, Obdachlose, Harz-4-Empfänger), Ausländer bzw. Migranten sowie Behinderte werden in diesem Zusammenhang genannt, von der Zielgruppe der Migranten zusätzlich Kinder und Jugendliche. Als besonders begünstigt werden vor allem wohlhabende Bürger Mannheims angesehen.

Allerdings wird die Ungleichbehandlung dieser Gruppen nicht unbedingt als Mannheim-spezifisch angesehen:

„Das gibt es in anderen Städten aber auch.“

Als Hauptprobleme für die Entwicklung der Stadt Mannheim werden zum einen die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich gesehen, zum anderen die Problematik des massiven Zuzugs von Migranten aus Osteuropa (v. a. Bulgarien und Rumänien) und dem daraus entstehenden sozialen Sprengstoff in den betroffenen Stadtteilen (Jungbusch, Neckarstadt West).

Bei den **jugendlichen Erstwählern** wird besonders über die Obdachlosen als benachteiligte Gruppe gesprochen.

„Ich finde ja immer, die [Verantwortlichen in der Politik] sagen sie seien so sozial und tun alles und dies und das, aber man sieht dann doch immer wieder irgendwelche Leute auf der Straße, die kein Geld haben, die einfach Betteln müssen und das finde ich nur schade.“

Bei der Frage nach Gruppen in Mannheim, die von der Politik begünstigt sind, wird diskutiert, inwieweit nicht-Türken eine bevorzugte Gruppe darstellen. Zum einen, weil es Überlegungen gibt, Türkischen Sprachunterricht an Schulen und Kindergärten einzuführen, zum anderen, weil vermutet wird, dass viele der Türken, die nach Deutschland kommen, von Hartz IV leben.

„Ich finde es ziemlich krass wenn jemand nach Deutschland kommt und na klar, dann kriegen Sie erst mal ihr Hartz IV, dann kriegen sie noch zwanzig Kinder und leben dann eigentlich davon. Ja und der deutsche Steuerzahler darf's dann büßen.“

Bei den **jungen Erwachsenen** werden verschiedene Gruppen benannt, die von der Politik mehr Unterstützung brauchen:

- **Studenten:**
„Was den Wohnungsmarkt angeht“
- **Analphabeten und Gruppen, die die Sprache nicht beherrschen:**
„Das ist für solche Leute schwer irgendwo hinzugehen und das auch zuzugeben und zu sagen: Ich brauche Hilfe.“
- **Arbeitslose:**
„Was mir generell auch hier in Mannheim auffällt, dass z. B. solche Projekte für junge Arbeitslose unter 25 qualitativ himmelschreiend schlecht sind. Da muss einiges gemacht werden.“
- **Migranten:**
„Migranten, die einen osteuropäischen Hintergrund haben. Ich glaube man hat den Fokus auch mit Recht zu sehr auf Migranten mit türkischen Hintergrund gelegt, aber die anderen Gruppen darf man auch nicht unterschätzen.“

„Der Arbeitsstrich im Jungbusch, wo dann für 2 oder 3 Euro die Leute aus Osteuropa arbeiten gehen müssen.“

- **Behinderte:**

„Also z. B. musste ich bei einer Übung einem Studenten eine Absage erteilen, weil er den Raum einfach nicht erreichen konnte.“

„... auch bei der alten OEG. Da kann man ja auch nicht einsteigen [mit Rollstuhl].“

Die Frage nach begünstigten Gruppen wird hingegen eher verneinend beantwortet. Hier können direkt auf Mannheim bezogen keine Gruppen benannt werden.

„Ich merke das nicht. Wenn dann wird's gut versteckt“

„Stichwort Reichensteuer, Steuerhinterziehung ... aber jetzt direkt auf Mannheim bezogen kommunalpolitisch gesehen nicht.“

In der Gruppe der **Migranten** wird – nach der Nennung von Behinderten – vor allem über Jugendliche als von der Politik benachteiligte Gruppe geredet. Der Haupttenor ist dabei, dass die Kinder heutzutage oft sich selbst überlassen werden und daher mehr Geld in Jugendhäuser investiert werden sollte.

„Also wenn ich Bürgermeister von Mannheim wäre würde ich selber das Geld an die Jugendhäuser spenden.“

„Und erst einmal alle Casinos schließen.“

„Und Alkohol- und Zigarettensteuer erhöhen.“

Dabei wird das Thema durchaus differenziert diskutiert und auch die Verantwortlichkeit von Schule und Elternhaus gesehen:

„Also ich finde nicht nur die Erziehung spielt eine Rolle, sondern auch die Schule. Die geht bis 13 Uhr und ich finde es sollte mehr Ganztagschulen geben, weil oft beide Elternteile bei der Arbeit sind und die Jugendlichen sind dann daheim alleine“.

Insgesamt jedoch wird die Wichtigkeit von finanzieller Hilfe für Jugendeinrichtungen an verschiedenen Stellen der Diskussion betont:

„Kennen Sie das Jugendhaus im Erlenhof? Also ich hab mal mit dem Chef von dem Jugendhaus hier geredet und ich fragte ihn: 'Warum läuft das hier nicht so wie früher?' Und er hat gemeint: 'Wir kriegen kein Geld mehr, nix'...“

Auch die eigene (noch nach Jahren bzw. Jahrzehnten bestehende) Benachteiligung als Nicht-Deutsche wird thematisiert:

„Also meine Eltern sind schon vor 50 Jahren hergekommen und das ist jetzt die vierte Generation. Und hat sich was geändert im Großen und Ganzen? Nein! „Integriert euch, integriert euch“ heißt es. Als meine Eltern gekommen sind hieß es nicht „integriert euch“, da haben sie gesagt „Da ist die Arbeit!“. Aber was für eine Arbeit! Das was die Deutschen nicht machen wollten haben sie bekommen, weil sie kein Deutsch konnten und sich nicht wehren konnten.“

Bezüglich begünstigter Gesellschaftsgruppen werden vor allem die von einigen Teilnehmern erlebten Beispiele sozialer Ungerechtigkeit thematisiert:

„Meine Freundin lebt von Hartz IV. Ihr geht es besser als mir. Warum? Sie hat 3 Kinder, sind also insgesamt zu fünft, sie arbeiten alle nicht und kriegen 1700 €. Mein Mann kriegt 1500 und wir sind zu viert! Wie kommt das bitte?“

Bei den **politisch Unbeteiligten** konzentriert sich die Diskussion über von der Politik benachteiligte Gruppen auf drei Aspekte:

- Benachteiligung der Außenbezirke bzgl. standortnaher Versorgung
- Fehlende Spielplätze
- Migrant*innenproblematik

Bzgl. der Benachteiligung der Außenbezirke wird vor allem die teilweise schlechte Standortversorgung bemängelt und eine intensivere Auseinandersetzung hiermit seitens der Stadt eingefordert:

„Die Außenbezirke. ... Meine Schwester wohnt in Friedrichsfeld. Und als da der Schlecker zugemacht hat war sie aufgeschmissen...“

Das Thema Spielplätze wiederum wird als Problem der gesamten Stadt gesehen:

„Aber ich sehe dass in den Quadraten, dass die Kinder eigentlich gar keine Möglichkeit haben zu spielen. Kinderspielplatz, Bolzplatz. Sowas gibt's da alles gar nicht. ... Ja und dann stehen die Kinder da bei mir auf der Straße und spielen Fußball. Da stehen die Autos, da fahren die Autos.“

„Ja, Sand auswechseln zum Beispiel. Das kostet die Stadt Mannheim einen Haufen Geld und dann sagen sie, da schaffen wir die Spielplätze ab.“

Die Migrant*innenproblematik wird hingegen v. a. am Phänomen der massiv aus Osteuropa (insbesondere Rumänien, Bulgarien) einwandernden Personengruppen festgemacht. In diesem Zusammenhang wird auch die Ghettoisierung einzelner Stadtteile als besonders problematisch thematisiert.

„Die, die hier her kommen, kommen nur, weil sie an die Fleischtöpfe wollen, das ist der einzige Grund warum sie herkommen. Weil bei denen zu Hause Armut herrscht.“

„Die können hier viel besser leben, als bei denen daheim und deshalb werden immer mehr und immer mehr kommen. Und die machen den ganzen Jungbusch, das Innenleben, was sauber war, was aufgeblüht war, machen sie kaputt. Der Rest [der Bewohner des Stadtteils] zieht dann nämlich weg, denn der hat die Schnauze voll.“

*„Die haben den Stadtteil jahrelang saniert und die [Migrant*innen] machen das innerhalb von 2 Jahren kaputt.“*

11. Charakteristika der vier verschiedenen Fokusgruppen

11.1 Jugendliche Erstwähler

Fast sämtlich hier geboren, weist diese Gruppe eine sehr tiefe Verwurzelung und somit auch Verbundenheit mit der Stadt Mannheim auf. Trotzdem sind das generelle Interesse und die Partizipation an Stadtpolitik bei der Mehrzahl der Teilnehmer eher gering ausgeprägt. Informationen hierzu bekommen die Jugendlichen oft „eher am Rande“ mit (durch Gespräche der Eltern, ein Blick in die Zeitung, ...).

Als Gründe hierfür werden zum einen Zeitmangel, zum anderen aber auch fehlendes Wissen über Möglichkeiten der Partizipation sowie fehlende persönliche Ansprache und Information über Stadtpolitik in „verständlichen Worten“ und auf Augenhöhe angesehen.

Z. T. starkes Interesse wird hingegen solchen Themen und Problematiken entgegengebracht, die entweder im eigenen Stadtteil „vor der Haustür“ passieren, oder die ganz konkret das persönliche tägliche Leben tangieren - in dieser Gruppe vor allem die Migrantenproblematik, d. h., Probleme mit „Ausländern“ an der Schule, im Verein, ...

Gesteigert werden könnte ihr Interesse an Stadtpolitik aus Sicht der Jugendlichen nicht nur durch mehr persönliche Ansprache und Information auf Augenhöhe, sondern auch durch mehr Mitspracherecht und -möglichkeiten bei „großen“ stadtpolitischen Entscheidungen.

Mit der aktuellen Stadtpolitik Mannheims ist man im Großen und Ganzen zufrieden und äußert diesbezüglich auch weitgehend Vertrauen – begründet vor allem mit fehlenden Negativerfahrungen sowie einer eher geringen Informationsbasis.

11.2 Junge Erwachsene

Obwohl zum überwiegenden Teil nicht in Mannheim geboren, ist die empfundene Verbundenheit der Teilnehmer mit der Stadt groß, genauso wie das prinzipielle Interesse an stadtpolitischen Entscheidungen. Partizipation am politischen Leben findet hier am stärksten statt, auch derzeit Nicht-Aktive sind prinzipiell dem gegenüber aufgeschlossen. Stadtpolitik ist hier auch durchaus ein Thema im Freundes- und Bekanntenkreis.

Allerdings fühlt sich auch diese Gruppe nicht ausreichend über Stadtpolitik und Partizipationsmöglichkeiten informiert, eine regelmäßige, direkte, offensive Ansprache von Seiten der Stadt wird gewünscht. Derzeit werden von der Mehrzahl der Teilnehmer Informationen diesbezüglich eher zufällig rezipiert als aktiv gesucht.

Das Funktionieren der Demokratie in Mannheim wird (basierend auf persönlichen positiven Erfahrungen und Beobachtungen) von dieser Gruppe am optimistischsten eingeschätzt, auch bringt sie der politischen Arbeit der Stadt das meiste Vertrauen entgegen.

Der Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung bei stadtpolitischen Entscheidungen ist allerdings auch in dieser Gruppe groß.

11.3 Migranten

Auch wenn keiner der Teilnehmer in Mannheim geboren ist und nur zwei die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, wird die Stadt trotzdem von den meisten als „Heimat“ oder „zu Hause“ betrachtet und eine enge Verbundenheit empfunden.

Trotzdem sind in dieser Gruppe nur sehr wenige Möglichkeiten der Partizipation bekannt, eine aktive Teilnahme am stadtpolitischen Geschehen findet hier nicht statt. Auch ist das generelle Interesse an diesbezüglichen Entscheidungen nicht sonderlich hoch, man wüsste auch gar nicht, woher genau man Informationen über solche Themen erhalten sollte.

Der Blickwinkel der Migranten auf stadtpolitische Fragen ist ein spezieller: So erfährt man als (zumindest von der Herkunft) Nicht-Deutscher im täglichen Leben oft Vorurteile und Diskriminierung, dies beeinflusst das gesamte schulische, berufliche und private Leben. Diese persönliche Problematik steht bei den Migranten im Vordergrund und lässt andere stadtpolitische Themen in den Hintergrund des Interesses rücken.

So fällt den Migranten auch eine Beurteilung des Funktionierens der Demokratie oder des persönlichen Vertrauens in die Politik der Stadt schwer. Allenfalls werden Defizite in Bezug auf Gleichberechtigung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen bzw. zum Teil soziale Ungerechtigkeiten wahrgenommen und als verbesserungswürdig thematisiert.

11.4 Politisch Unbeteiligte

Die politisch Unbeteiligten sind die „Wutbürger“ der Studie. Auch sie fühlen sich der Stadt Mannheim stark verbunden und sind gut über die stadtpolitischen Geschehnisse informiert. Allerdings engagieren sie sich nicht (mehr), wenn es um stadtpolitische Entscheidungen geht.

Einige der Teilnehmer berichten von einem solchen Engagement in der Vergangenheit, jedoch auch von einem jeweils enttäuschenden Ausgang dieses Engagements. Alle kritisieren aktuelle und zurückliegende stadtpolitische Entscheidungen zum Teil sehr heftig; Kompetenz und Glaubwürdigkeit von Politikern werden negativ beurteilt. Hierüber wird auch im Bekanntenkreis (der oft diese negativen Einstellungen teilt) diskutiert.

Darüber hinaus fühlten sich die politisch Unbeteiligten als Bürger nicht gefragt, nicht ernstgenommen und zu wenig in Entscheidungsprozesse integriert. Es resultieren Frustration und Resignation, man erkennt keinen Sinn in persönlichem Engagement, da keine wirksamen persönlichen Einflussmöglichkeiten wahrgenommen werden („die Politiker machen sowieso, was sie wollen“).

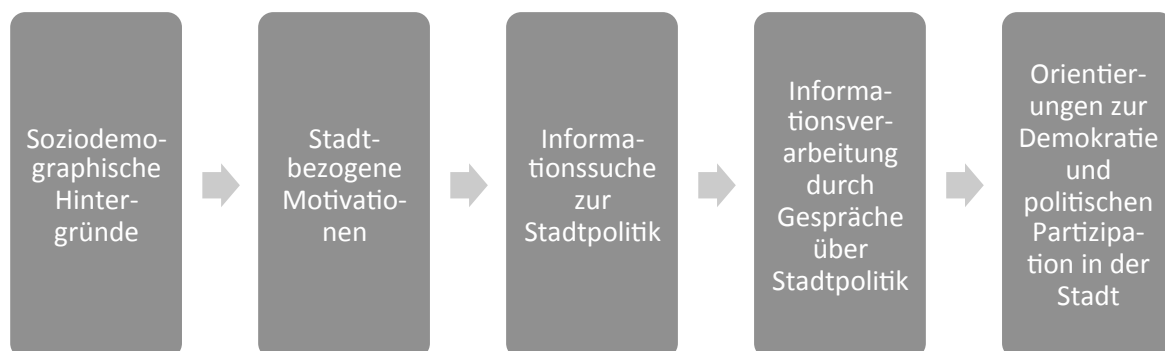
Dementsprechend ist das Vertrauen in Arbeit und Politik der Stadt Mannheim in dieser Gruppe z. T. stark geschmälert. Einzig eine zukünftige stärkere Einbeziehung der Bürger in Entscheidungsprozesse wird von den politisch Unbeteiligten als adäquate Maßnahme angesehen, verlorenes Vertrauen wieder aufzubauen.

Teil IV: Demokratie in Mannheim

1. Die stadtpolitische Involvierung der Bürger Mannheims

1.1 Überblick

Schon im antiken Athen vor zweieinhalb Jahrtausenden betonten Theoretiker der Politik, dass eine Demokratie nur dann ihren Namen verdient, wenn die Bürger an der politischen Gestaltung ihres Gemeinwesens Anteil nehmen. Das nachfolgende Kapitel 2. wendet sich vor diesem Hintergrund der aktiven Partizipation der Bürger an der Mannheimer Politik zu, indem es analysiert, wie es kommt, dass manche Bürger darauf verzichten, von ihrem Grundrecht auf politische Betätigung Gebrauch zu machen. Das vorliegende Kapitel 1. stellt eine Vorstufe des aktiven politischen Handelns ins Zentrum – die mentale Beteiligung am politischen Geschehen, die in der Politikwissenschaft als "politische Involvierung" der Bürger bezeichnet wird. Es geht hierbei um Faktoren wie die Motivation, das politische Geschehen in der Stadt zu verfolgen; die Intensität, mit der dies geschieht; die Informationsquellen, derer sich die Bürger bedienen, um sich politisch auf dem Laufenden zu halten; und schließlich die Anschlusskommunikation im persönlichen Umfeld, welche durch diese Informationen ausgelöst wird und sie verarbeitet. Zudem interessiert uns, wie all diese Faktoren mit den Einstellungen der Bürger zur Demokratie in Mannheim, aber auch darüber hinaus, sowie mit ihren Orientierungen zur aktiven sozialen und politischen Beteiligung zusammenhängen.



Wir lassen uns dabei von einem heuristischen Modell leiten, das in der vorangehenden Abbildung wiedergegeben ist. Es geht von einer Stufenlogik aus, bei der die Suche der Bürger nach Informationen zum städtischen politischen Geschehen im Zentrum steht. Wir nehmen an, dass diese vor allem von der Motivation, das städtische Geschehen zu verfolgen, geprägt wird, die wir ihrerseits auf strukturelle Hintergründe zurückführen. Die Motivation geht der tatsächlichen Informationssuche voraus und begründet diese. Wir gehen des Weiteren davon aus, dass die politischen Informationen, welche sich die Bürger aus unterschiedlichen Quellen verschaffen, Anschlusskommunikation in Form politischer Gespräche in ihren persönlichen Netzwerken auslösen. Die letzte Stufe unseres heuristischen Modells bilden Orientierungen zur Demokratie und zur politischen Beteiligung. Wir werden für einen breiten Kranz solcher Orientierungen untersuchen, wie sie mit allen in der dargestellten Schrittfolge vorgelagerten Faktoren zusammenhängen. Wir verbinden damit jedoch nicht zwingend die Annahme, dass diese Orientierungen eine Folge dieser Faktoren sind. Auch eine umgekehrte Verursachung ist denkbar und die Möglichkeit von Wechselwirkungen erscheint ebenfalls nicht unplausibel. Dieser letzte Schritt unserer Analyse beansprucht also lediglich, Aufschluss über Zusammenhänge zwischen Grundorientierungen zu Demokratie und Beteiligung in der Kommune auf der einen Seite und strukturellen Faktoren, kommunalpolitischen Motivationen sowie Informations- und Kommunikationsverhalten auf der anderen Seite zu geben. Ein zweifelsfreier Nachweis von Verursachungsketten kann mit den vorliegenden Daten, die auf einer

zeitlichen Momentaufnahme basieren, nicht geleistet werden; das ist nur mit Daten möglich, welche langfristige Zeitverläufe nachvollziehbar machen.

1.2 Wie informieren sich die Mannheimer Bürger über die Politik ihrer Stadt?

Wir beginnen unsere Analyse mit einem Blick auf die Intensität, mit der die Befragten das aktuelle politische Geschehen verfolgen. Ein gebräuchliches Maß hierfür ist die Häufigkeit in einer durchschnittlichen Woche, mit der politische Nachrichten zur Kenntnis genommen werden. Um einen Vergleichsmaßstab zu erhalten, haben wir getrennt nach der Mannheimer Kommunalpolitik und der nationalen und internationalen Politik gefragt. Tabelle 1.1 zeigt, wie diese beiden Fragen beantwortet wurden. Man könnte spekulieren, dass Bürger die Politik, die unmittelbar vor ihrer Haustür stattfindet und ihre persönlichen Lebensverhältnisse spürbar prägt, stärker beachten als die "große Politik", die in Berlin und anderen Hauptstädten der Welt gemacht wird, doch das Gegenteil ist der Fall. Nur einer unter 50 Mannheimern beachtet die nationale und internationale Politik überhaupt nicht, der Anteil derjenigen, welche die Kommunalpolitik ignorieren, liegt sechs Mal höher. Umgekehrt geben 60 Prozent der Befragten an, dass sie jeden Tag nationales und internationales politisches Geschehen verfolgen, doch gilt dasselbe für die lokale Politik Mannheims nur wenig mehr als halb so häufig. Dementsprechend variiert die durchschnittliche Zuwendungsintensität stark – sie liegt bei lediglich 3,8 Tagen im Schnitt pro Woche für die Kommunalpolitik im Vergleich zu 5,7 Tagen für die nationale und internationale Politik. Nicht nur insgesamt, sondern auch auf der Ebene der einzelnen Befragten findet man eine Priorisierung der nationalen und internationalen gegenüber der lokalen Politik. Zwar machen 44,4 Prozent aller Befragten keinen Unterschied zwischen den politischen Ebenen und beachten sie gleich häufig. Dem stehen jedoch 48,5 Prozent gegenüber, die Nachrichten zum überregionalen Geschehen im Schnitt häufiger nutzen als solche zur Kommunalpolitik. Nur etwas mehr als vier Prozent wenden sich hingegen mit größerer Häufigkeit der lokalen Politik zu.

Tabelle 1.1: Verfolgen von Nachrichten über politisches Geschehen (in Prozent)

	Deutschland und die Welt	Mannheim
Seltener als 1 Tag pro Woche oder nie	2,3	13,9
1 Tag	2,6	14,0
2 Tage	5,6	13,4
3 Tage	5,8	8,0
4 Tage	5,8	4,9
5 Tage	11,9	8,9
6 Tage	6,0	3,6
7 Tage	60,0	33,4
Gesamt	100,0	100,0
N	1036	1035

Trotz der unterschiedlichen Verteilungen sind die beiden Formen politischer Informationszuwendung nicht voneinander unabhängig. Wenn wir wissen, dass jemand Politik auf einer der Ebenen der Politik intensiv verfolgt, können wir davon ausgehen, dass er auch der anderen Ebene erhöhte Aufmerksamkeit zukommen lässt. Das zeigt sich in Form einer starken positiven Korrelation ($r = 0,51$, $p < 0,001$). Aus diesen Informationen lässt sich als Gesamtschau eine Klassifikation des Informationsverhaltens der Mannheimer Bürger ableiten. Wir unterscheiden hierfür bezüglich beider Ebenen der Politik Personen, die sich an jedem Wochentag hierüber informieren, von solchen, die

das mit geringerer Regelmäßigkeit oder überhaupt nicht tun. Die Kreuzklassifikation beider Dimensionen ergibt eine Typologie der politischen Informationssuche (Tabelle 1.2). Demnach verfolgt etwas weniger als ein Drittel unserer Befragten (ca. 31 Prozent) das politische Geschehen sowohl auf nationaler und internationaler wie lokaler Ebene jeden Tag (Typ IV: generell starke Informationszuwendung). Etwas größer ist der Anteil von Typ I, der aus denjenigen Personen besteht, die beiden Politikebenen geringere Aufmerksamkeit entgegenbringen (38 Prozent). Fast 29 Prozent umfasst hingegen Typ II – die Kategorie derjenigen, die zwar täglich die Politik auf nationaler und internationaler Ebene verfolgen, nicht aber auf der lokalen Ebene. Der umgekehrte Fall, dass Personen die kommunale Politik sehr intensiv verfolgen, nicht aber die nationale und internationale Politik (Typ III), kommt demgegenüber kaum vor (2 Prozent).

Tabelle 1.2: Nutzung politischer Nachrichten: eine Typologie (in Prozent)

Nachrichten zum lokalen politischen Geschehen	Nachrichten zum nationalen und internationalen politischen Geschehen	
	Geringere Nutzung	Tägliche Nutzung
Geringere Nutzung	37,9 (Typ I)	28,7 (Typ II)
Tägliche Nutzung	2,0 (Typ III)	31,3 (Typ IV)

N = 1034

Im nächsten Schritt interessieren uns die Quellen, aus denen die Mannheimer Bürger Informationen zur Stadtpolitik beziehen. Wir haben den Befragungspersonen die Möglichkeit gegeben, mehrere Quellen anzugeben, die für sie bedeutsam sind. Die meisten (38 Prozent) nannten eine Quelle, 31 Prozent nannten zwei, 23 Prozent sogar noch mehr Quellen. Der Anteil jener, die sich aus mehr als einer Quelle informieren, ist somit recht hoch, aber die Zahl derjenigen, die lediglich auf einem Wege Informationen erhalten und deren Meinungsbild somit nicht auf einer pluralistischen Grundlage beruht, ist ebenfalls beachtlich. Die Zahl der genutzten Informationsquellen ist positiv mit der Intensität verknüpft, mit der insgesamt Informationen über die Kommunalpolitik zur Kenntnis genommen werden ($r = 0,29$, $p < 0,001$). Wer häufig Nachrichten zur Politik der Stadt Mannheim verfolgt, nutzt dafür in der Regel auch mehr als eine Quelle. Tabelle 1.3 kann entnommen werden, welche Quellen genannt wurden und wie hoch die Anteile der Befragten waren, welche diese jeweils angegeben haben.

Tabelle 1.3: Informationsquellen zum politischen Geschehen in Mannheim (in Prozent)

PRESSE	
Eine Lokalzeitung	64,1
Mehrere Lokalzeitungen	10,0
- davon: "Mannheimer Morgen" ausdrücklich genannt	66,2
"Mannheimer Wochenblatt" (Amtsblatt)	8,5
Anzeigenblatt	1,6
"Meier"	0,6
FERNSEHEN	
Rhein-Neckar Fernsehen (RNF)	31,3
SWR	7,8
HÖRFUNK	
SWR	10,4
Privatsender	9,5
INTERNET	
Morgenweb	7,6
Webauftritt der Stadt Mannheim	5,5
PLAKATE^a	
	1,4
PERSÖNLICHE KONTAKTE ZU INSTITUTIONEN UND ORGANISATIONEN^a	
Politiker, Gemeinderat, Bezirksbeiräte, Mitarbeiter der Stadt, Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Veranstaltungen, Kirche	0,8
Schule	1,7
PERSÖNLICHE GESPRÄCHE IM PRIVATEN RAUM	
Unspezifisch, in Familie, mit Freunden, Nachbarn oder am Arbeitsplatz	7,9

a Auf offene Frage genannt, kein Precode.

Wie nicht anders zu erwarten, ist die Presse in der Stadt Mannheim die mit großem Abstand wichtigste Informationsquelle zur lokalen Politik. Insgesamt drei von vier Befragten nannten eine Lokalzeitung, einige davon sogar mehrere. Ausdrücklich den „Mannheimer Morgen“ erwähnten zwei von drei Teilnehmern unserer Erhebung. Das Amtsblatt der Stadt Mannheim, der „Mannheimer Anzeiger“, spielt demgegenüber eine weitaus geringere Rolle als kommunalpolitisches Informationsmedium – der Anteil der Nennungen liegt unter zehn Prozent. Die für lokales Geschehen zweitwichtigste Mediengattung ist das Fernsehen, wobei das „Rhein-Neckar Fernsehen“ mit fast einem Drittel der Nennungen dominiert. Keine andere Informationsquelle besitzt eine Reichweite, welche diesen Angeboten nahekommt. Auch das Internet mit seinen diversen neuen Möglichkeiten, sich über Stadtpolitik zu informieren, spielt für die meisten Bürger keine bedeutsame Rolle. Zur Frage, ob sich das in Zukunft ändern wird, kann nur spekuliert werden. Für diese Erwartung spricht, dass das Internet von immer mehr Bürgern in den Alltag integriert wird und auch sein Angebot ständig erweitert. Dem steht gegenüber, dass die meisten „Onliner“ dort eher Bedürfnisse im Freizeit- und Konsumbereich befriedigen als politische Informationsinteressen. Als „pull-Medium“ erfordert das Internet ein erhebliches Maß an Eigeninitiative und gezielter Informationssuche, während bei der Lokalzeitung und insbesondere beim Fernsehen auch Unterhaltungsbedürfnisse zur

Geltung kommen dürften, so dass politische Information gleichsam als Nebenprodukt erworben werden kann.

Politische Gespräche im privaten Umfeld wurden zwar nur selten als eine der bedeutsamen Informationsquellen angegeben. Allerdings können diese sehr wichtig sein, wenn es um die gedankliche Verarbeitung von Informationen geht, die man aus anderen Quellen erhalten hat. Unsere Gesprächspartner können uns dabei helfen einzuschätzen, was die Informationen, die uns im Alltag erreichen, eigentlich bedeuten, was ihre Implikationen sind und wie sie infolgedessen zu bewerten sind. Die Häufigkeit, mit der Bürger über kommunalpolitische Ereignisse und Sachverhalte sprechen, ist zudem ein Gradmesser für das Ausmaß, in dem diese von den Bürgern der Stadt beachtet und in ihrem alltäglichen Leben wahrgenommen wird. Wir haben deswegen gefragt, wie häufig sich die Teilnehmer unserer Erhebung über das politische Geschehen in Mannheim unterhalten. Dabei haben wir verschiedene soziale Zirkel unterschieden, in denen sich diese im Alltag bewegen: die Familie als unmittelbare Primärumwelt, Freunde, d. h. Personen, mit denen uns positive Gefühle verbinden und die uns typischerweise auch sehr ähnlich sind, sowie Bekannte wie Nachbarn oder Arbeitskollegen, mit denen wir zwar im Alltag interagieren – oft auch ohne dies aktiv anzustreben –, mit denen uns jedoch in der Regel keine emotionalen Beziehungen verbinden. Zudem haben wir danach unterschieden, ob die Gesprächspartner in der Stadt selbst leben oder nicht. Tabelle 1.4 zeigt, wie häufig die Mannheimer innerhalb dieser Beziehungstypen über Kommunalpolitik sprechen.

Tabelle 1.4: Häufigkeit von Gesprächen über politisches Geschehen in Mannheim (in Prozent)

	Familie	Freunde aus Mannheim	Bekannte aus Mannheim	Freunde nicht aus Mannheim	Bekannte nicht aus Mannheim
nie	12,5	9,3	16,3	40,2	47,5
selten	29,1	26,5	27,0	35,1	35,7
manchmal	27,9	33,1	32,7	15,8	11,3
oft	20,2	25,1	19,4	7,2	5,0
sehr oft	10,1	6,1	4,6	1,7	0,5
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
N	1034	1036	1036	1031	1031

Die Ergebnisse lassen ein klares Muster erkennen: Über die Kommunalpolitik Mannheims spricht man zumeist auch nur mit Personen, die in der Stadt leben. Bei Unterhaltungen mit Freunden und Bekannten von außerhalb der Stadt kommt dieses Thema eher selten zur Sprache. Rund die Hälfte der Befragten gab an, das nie zu tun. Innerhalb der Familie, aber auch mit Freunden und Bekannten, die in Mannheim leben, spielt die kommunale Politik jedoch eine durchaus beachtliche Rolle. Weniger als 20 Prozent sprechen darüber nie, allerdings sind die Anteile derjenigen, die das sehr oft tun, ähnlich gering. "Manchmal" ist die Modelkategorie, in der die meisten Befragten zu finden sind. Wir erkennen für Gespräche mit Personen, die in Mannheim leben, und solchen, die außerhalb wohnen, jeweils sehr ähnliche Muster – was das Gesprächsverhalten strukturiert, ist demnach in erster Linie der Wohnort. Die Beziehungstypen unterscheiden sich hingegen nur wenig. Am häufigsten sind Gespräche in Familien und Freundeskreisen, d. h. engen Primärbeziehungen. In Sekundärbeziehungen, d. h. mit Personen, die wir zwar kennen, zu denen wir aber keine starken Bindungen haben, sind sie etwas seltener. Eine dimensionale Analyse zeigt aber, dass die Gesprächshäufigkeiten untereinander stark korreliert sind. Wer sich oft mit Familienmitgliedern über

Mannheimer Politik unterhält, tut dies mit erhöhter Häufigkeit auch im Freundes- und im Bekanntenkreis. Gespräche mit Freunden und Bekannten von außerhalb der Stadt gehorchen einem etwas anderen Muster, ähneln sich jedoch untereinander ebenfalls sehr stark.

Auf dieser Grundlage bietet es sich an, einen Teil der Differenzierungen für die weiteren Analysen fallen zu lassen und durch geeignete Indexbildung nur noch zwischen Gesprächen mit Familienmitgliedern sowie Freunden und Bekannten aus Mannheim auf der einen Seite und mit Freunden und Bekannten, die nicht in der Stadt wohnen, andererseits zu unterscheiden. Diese beiden allgemeinen Maße der lokalpolitischen Gesprächsintensität sind sowohl untereinander ($r = 0,47$, $p < 0,001$) als auch mit der Häufigkeit und Breite kommunalpolitischer Informationszuwendung positiv korreliert (Verfolgen lokalpolitischer Nachrichten: $r = 0,43$, $p < 0,001$; Zahl genutzter Informationsquellen: $r = 0,22$, $p < 0,001$, für Gespräche innerhalb Mannheims; etwas geringere Zusammenhänge für Gespräche mit Personen von außerhalb der Stadt).

1.3 Welche Mannheimer Bürger informieren sich über die Politik ihrer Stadt?

Wir haben im Abschnitt 1.2 gesehen, dass die kommunale Politik bei den Mannheimer Bürgern unterschiedlich intensive Zuwendung erfährt, die in vielen Fällen geringer ist als jene, die sich auf die Bundes- und internationale Politik richtet. Wer sich häufig über die Politik der Stadt informiert, wendet sich auch eher pluralen Quellen zu und setzt sich zudem mit den erhaltenen Informationen öfter im Gespräch auseinander. Der nachfolgende Abschnitt versucht zu ermitteln, wovon es abhängt, wie intensiv sich Mannheimer Bürger mit der Politik ihrer Stadt beschäftigen. Wir konzentrieren uns dabei auf die Wirksamkeit soziodemographischer sowie motivationaler Merkmale.

Bezüglich soziodemographischer Hintergründe prüfen wir in simultaner Analyse die folgenden Fragen:

- Variiert die Intensität, mit der sich Personen über lokale Politik informieren und darüber kommunizieren, nach dem Geschlecht und dem Lebensalter?
- Verändert sie sich in Abhängigkeit von der persönlichen Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen, angezeigt durch ein höheres Niveau formaler Bildung und die (selbst zugeschriebene) Zugehörigkeit zu einer höheren Sozialschicht?
- Spielt soziale Integration eine Rolle – in Form des Zusammenlebens mit Anderen in Mehrpersonenhaushalten, der Integration ins Erwerbsleben durch eine Berufstätigkeit, der Teilnahme am kirchlichen Leben durch regelmäßigen Besuch von Gottesdiensten oder langjährigen Wohnens im selben Stadtbezirk?
- Unterscheiden sich Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit von Personen mit Migrationshintergrund, die nicht eingebürgert sind?

Neben der Bedeutsamkeit soziodemographischer Strukturmerkmalen testen wir auch, ob verschiedene grundlegende Einstellungen einen Unterschied dafür machen, ob jemand die Stadtpolitik mehr oder weniger intensiv verfolgt.

- Erzeugt neben strukturellen Aspekten sozialer Integration auch eine psychische Bindung an die Kommune eine Motivation, sich politischer Information über die Bedingungen des Zusammenlebens in der Gemeinde verstärkt zuzuwenden?
- Führt die spezifisch politische Motivation eines ausgeprägten Interesses an Kommunalpolitik zu verstärkter Beachtung der Kommunalpolitik?

Tabelle 1.5 zeigt die Reaktionen der Befragten auf die Frage, wie sehr sie sich einerseits Deutschland und andererseits der Stadt Mannheim verbunden fühlen. Die Verteilungen der Antworten sind

praktisch identisch und insgesamt sehr positiv. Für jedes der beiden Bewertungsobjekte wählen über 70 Prozent der Befragten eine der drei besten Einstufungen (8, 9 oder 10) auf einer insgesamt von 0 bis 10 reichenden Skala. Beide Urteile sind auch sehr hoch miteinander korreliert ($r = 0,44$, $p < 0,001$).

Tabelle 1.5: Verbundenheit mit Deutschland und Mannheim (in Prozent)

	Deutschland	Mannheim
0 Überhaupt nicht verbunden	0,0	0,2
1	0,6	0,0
2	0,7	1,8
3	1,2	2,2
4	1,1	2,4
5	9,9	7,2
6	3,9	6,4
7	11,1	9,0
8	27,6	23,0
9	10,3	13,6
10 Sehr stark verbunden	33,7	34,3
Gesamt	100,0	100,0
Mittelwert	9,1	9,1
N	1031	1029

Tabelle 1.6: Interesse an Politik allgemein und speziell an Kommunalpolitik in Mannheim (in Prozent)

	Allgemein	Mannheim
überhaupt nicht interessiert	5,1	9,1
wenig interessiert	32,2	38,7
ziemlich interessiert	38,5	33,0
sehr interessiert	24,2	19,2
Gesamt	100,0	100,0
N	1031	1033

Tabelle 1.6 zeigt das Interesse der Befragten an Mannheimer Kommunalpolitik im Vergleich zum Interesse an Politik allgemein. Lediglich fünf Prozent der Befragten interessieren sich gar nicht für Politik; spezifisch auf die Kommunalpolitik bezogen ist das Desinteresse etwas höher (9 Prozent), doch ist der Unterschied nicht groß. Analoges gilt für sehr starkes Interesse (24 im Vergleich zu 19 Prozent). Gleichwohl ist der Unterschied statistisch signifikant (Mittelwerte 1,6 im Vergleich zu 1,8). Beide Erscheinungsformen des politischen Interesses sind auch hoch korreliert ($r = 0,61$, $p < 0,001$), d. h. allgemeines geht im Regelfall einher mit spezifisch kommunalpolitischem Interesse. Knapp zwei von drei Befragten interessieren sich gleich stark für kommunale und allgemeine Politik, bei knapp 11 Prozent überwiegt das Interesse an der Kommunalpolitik, bei 25 Prozent übersteigt das allgemeine Politikinteresse hingegen das spezielle kommunalpolitische Interesse.

Nachfolgend prüfen wir zunächst, inwieweit die Verbundenheit mit der Stadt Mannheim und das Interesse an der Mannheimer Kommunalpolitik mit den soziodemographischen Merkmalen verknüpft sind, die wir später gemeinsam mit diesen Einstellungen analysieren werden, um die

Hintergründe des Informations- und Kommunikationsverhaltens bezüglich der Mannheimer lokalen Politik aufzuklären. Diese beiden Orientierungen sind zwar statistisch signifikant, aber nur schwach positiv miteinander korreliert ($r = 0,13$). Sie erfassen demnach unterschiedliche Einstellungen zur Stadt Mannheim – eine, die allgemeinerer Natur ist, und eine mit spezifisch politischer Akzentuierung. Die Befunde der multiplen Regressionsanalyse finden sich in Tabelle 1.7. Beide Orientierungen sind bei Älteren stärker ausgeprägt als bei Jüngeren und beide sind zudem – unabhängig vom Lebensalter – auch umso prägnanter, je größer der Teil des Lebens ist, den ein Befragter schon als Einwohner im selben Stadtbezirk verbracht hat. In geringerem Maße wirken sich die Zugehörigkeit zu einer höheren Sozialschicht und ein höheres Bildungsniveau, die eine bessere Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen signalisieren, aber auch Aspekte sozialer Integration wie das Leben in einem Mehrpersonenhaushalt und häufigere Gottesdienstbesuche zumindest für das Interesse an der Kommunalpolitik förderlich aus. Bemerkenswert ist zudem ein deutlicher Effekt der deutschen Staatsangehörigkeit: sie ist stärkerem Interesse an der Stadtpolitik zuträglich.

Tabelle 1.7: Soziodemographische Hintergründe des Interesses an Kommunalpolitik in Mannheim und der Verbundenheit mit Mannheim (OLS-Regressionen; B)

	Interesse an Politik in Mannheim	Verbundenheit mit Mannheim
(Konstante)	-0,105	0,567***
Mann	0,016	-0,002
Alter	0,402***	0,097**
Bildung	0,121***	-0,001
Schüler	0,045	-0,065
Schicht	0,104*	0,040
Mehrpersonenhaushalt	0,047*	-0,006
Erwerbstätig	0,035	0,017
Kirchgangshäufigkeit	0,056**	0,019
Wohndauer	0,129***	0,273***
Deutsche Staatsangehörigkeit	0,214***	-0,032
Adj. R^2	0,16	0,18
N	987	987

*** $p < .001$, ** $p < .01$, * $p < .05$; alle Variablen auf Wertebereich 0 – 1 normalisiert.

Im nächsten Schritt geht es nun darum zu prüfen, wie das Interesse an der lokalen Politik und die Verbundenheit mit der Stadt Mannheim sich darauf auswirken, wie Bürger mit den Informationsmöglichkeiten umgehen, über die sie etwas über Kommunalpolitik erfahren können. Wir haben gesehen, dass diese beiden Orientierungen deutlich mit soziodemographischen Merkmalen der Bürger verknüpft sind: Bestimmte Personen interessieren sich stärker für die Mannheimer Kommunalpolitik als andere und fühlen sich ihrer Stadt enger verbunden als andere. Gleichwohl werden wir in den nachfolgenden Analysen denselben Satz soziodemographischer Merkmale zusätzlich berücksichtigen, um der Möglichkeit Rechnung zu tragen, dass diese nicht nur vermittelt über das kommunalpolitische Interesse und die Verbundenheit mit der Stadt, sondern auch direkt das Informationsverhalten beeinflussen. Tabelle 1.8 zeigt die Ergebnisse dieser Analyse.

Insbesondere die Intensität des Verfolgens stadtbezogener Informationen lässt sich durch die einbezogenen Faktoren sehr gut erklären. Je größer das Interesse an der Stadtpolitik, desto häufiger informieren sich Bürger über diese und desto mehr Quellen nehmen sie hierfür in Anspruch. Die Verbundenheit mit der Stadt beeinflusst hingegen nur die Nutzungsintensität, nicht die Breite. Im

Kontrast hierzu ist das Lebensalter nur für die Pluralität der genutzten Informationsquellen wichtig – Ältere nutzen vielfältigere Quellen, um sich über die Stadtpolitik auf dem Laufenden zu halten; die Nutzungsintensität hängt jedoch nicht mit dem Lebensalter zusammen (bzw. nur indirekt, da ja das politische Interesse und die Verbundenheit mit der Stadt mit ihr verknüpft sind). Die Häufigkeit, mit der das städtische Geschehen verfolgt wird, wird zudem positiv beeinflusst von der sozialen Schichtzugehörigkeit und mehreren Aspekten sozialer Integration (Haushaltsgröße, Kirchengangshäufigkeit, Wohndauer). Berufstätige Personen tendieren hingegen dazu, eine breitere Palette von Informationsquellen zu nutzen. Migranten verfolgen die Stadtpolitik deutlich weniger als Deutsche, für die Zahl der hierbei genutzten Quellen ist die Staatsangehörigkeit jedoch unerheblich.

Tabelle 1.8: Soziodemographische Hintergründe, stadtbezogene Motivationen und Nutzung kommunalpolitischer Nachrichten (OLS-Regressionen; B)

	Häufigkeit der Nutzung von Nachrichten	Zahl der genutzten Informationsquellen
(Konstante)	-0,307***	0,173**
Interesse an Mannheimer Kommunalpolitik	0,362***	0,099***
Verbundenheit mit Mannheim	0,151**	0,043
Mann	-0,009	0,015
Alter	0,697	0,155***
Bildung	-0,060	-0,049
Schüler	-0,039	-0,099*
Schicht	0,148**	0,052
Mehrpersonenhaushalt	0,081***	0,021
Erwerbstätig	-0,028	0,033*
Kirchengangshäufigkeit	0,058**	-0,020
Wohndauer	0,081*	0,019
Deutsche Staatsangehörigkeit	0,092*	,010
Adj. R ²	0,41	0,07
N	984	970

*** p < .001, ** p < .01, * p < .05; alle Variablen auf Wertebereich 0 – 1 normalisiert.

Wie wir im vorangegangenen Abschnitt gesehen haben, ist die Nutzung von Nachrichten zum lokalen politischen Geschehen hoch mit der Nutzung nationaler und internationaler Nachrichten korreliert – wer Informationen über eine Ebene des politischen Systems sucht, tendiert dazu, sich auch Informationen über die anderen Ebenen mit erhöhter Wahrscheinlichkeit zuzuwenden. Das bedeutet, dass der in Tabelle 1.8 analysierte Indikator der kommunalpolitischen Informationszuwendung zum Teil auch eine allgemeine Neigung ausdrückt, generell politische Nachrichten zu nutzen, unabhängig von der Ebene des politischen Systems, auf welche sich diese beziehen. Um die Intensität besser zu verstehen, mit der Personen speziell das lokale politische Geschehen verfolgen, nehmen wir daher im Folgenden eine Auswertung vor, welche diesen Umstand in Rechnung stellt. Wir verwenden hierfür die in Abschnitt 1.2 entwickelte, auf einer Differenzierung zwischen täglicher und weniger häufiger Nachrichtenutzung auf der lokalen bzw. der nationalen und internationalen Ebene basierende Typologie. Wir untersuchen, welche Faktoren dafür verantwortlich sind, dass Personen sowohl lokale Nachrichten als auch nationale und internationale Nachrichten oder sogar nur lokale Nachrichten sehr intensiv verfolgen (kombinierte Typen III und IV) oder aber alle Arten von Nachrichten insgesamt seltener zur Kenntnis nehmen (Typ I). Dadurch erhalten wir Aufschluss über

Hintergründe des Unterschieds zwischen Personen, die alle Arten von Nachrichten intensiv rezipieren, und solchen, die insgesamt weniger nachrichtenaffin sind. Gleichzeitig prüfen wir aber auch, wie sich jene Personen, die stadtpolitischer Information in ihrem Informationsverhalten sehr hohen Stellenwert geben, von solchen unterscheiden, die zwar sehr intensiv nationale und internationale Nachrichten verfolgen, nicht aber Nachrichten zum kommunalen Geschehen (Typ II). Hierdurch wird erkennbar, welche besonderen Eigenheiten dasjenige Teilpublikum des allgemeinen Nachrichtenpublikums auszeichnen, das Informationen zum lokalen Geschehen einen sehr hohen Stellenwert einräumt.

Die Ergebnisse dieser Analyse finden sich in Tabelle 1.9. Zwei Faktoren erweisen sich bei beiden Vergleichen als hoch bedeutsam – das Interesse an der Stadtpolitik sowie das Lebensalter. Wer das lokale politische Geschehen intensiv verfolgt, ist typischerweise weitaus interessierter an der kommunalen Politik als diejenigen, die sich allen Arten von Nachrichten weniger intensiv zuwenden, aber auch deutlich interessierter an der Politik vor Ort als diejenigen, die zwar nationale und internationale, aber nicht die Lokalnachrichten intensiv verfolgen. Der Altersunterschied zwischen den insgesamt weniger und den insgesamt stark nachrichtenaffinen Personen ist enorm, Personen der Typen III und IV sind im Schnitt weitaus älter als diejenigen vom Typ I. Interessanter ist, dass sie zwar weniger dramatisch, aber doch ebenfalls deutlich älter sind als diejenigen, die lediglich nationale und internationale Politik täglich verfolgen. Neben einem genuinen Interesse an der lokalen Politik begünstigt also auch ein deutlich erhöhtes Lebensalter die Neigung, lokalpolitisches Geschehen intensiv zu verfolgen. Da, wie wir oben gesehen haben, das kommunalpolitische Interesse bei Älteren ausgeprägter ist als bei Jüngeren, begünstigt ein höheres Alter sowohl indirekt – vermittelt durch das Interesse an Lokalpolitik – als auch direkt – d. h. unabhängig vom lokalpolitischen Interesse – eine starke Nutzung von Nachrichten über die örtliche Politik. Auch Personen, die einen Großteil ihres Lebens in Mannheim verbracht haben, sowie solche, die öfter zur Kirche gehen, neigen zu intensiver Nutzung von Informationsquellen zur kommunalen Politik – soziale Integration wirkt also ebenfalls begünstigend. Bemerkenswert ist zudem ein statistisch hoch bedeutsamer Bildungseffekt: das Intensivpublikum der lokalen Nachrichten ist einerseits stadtpolitisch interessierter, in der Stadt alteingesessen und älter, andererseits aber auch weniger gebildet als das ausschließliche Intensivpublikum nationaler und internationaler Nachrichten. Etwas spekulativ kann man mutmaßen, dass ein höheres Bildungsniveau Bürger von der Politik vor Ort entfremdet. Gründe hierfür könnten darin liegen, dass solche Personen vorwiegend zu überregionalen Qualitätszeitungen statt örtlichen Tageszeitungen greifen, um sich über politisches Geschehen auf dem Laufenden halten, und dass sie sich aufgrund beruflicher wie privater Mobilität in Handlungskreisen bewegen, die über den örtlichen Nahbereich hinausweisen, und deswegen eine kosmopolitischere Grundorientierung aufweisen.

Tabelle 1.9: Soziodemographische Hintergründe, stadtbezogene Motivationen und Nutzung kommunalpolitischer im Vergleich zu nationalen und internationalen Nachrichten (multinomiale logistische Regression; exp(B))

Nachrichtennutzungs-Typen III und IV im Vergleich zu:	Typ I	Typ II
Interesse Mannheimer Kommunalpolitik	9,002***	3,490***
Verbundenheit mit Mannheim	2,689	2,077
Mann	1,085	1,026
Alter	634,426***	19,048***
Bildung	1,243	0,327***
Schüler	1,005	0,860
Schicht	2,408	2,163
Mehrpersonenhaushalt	1,664*	1,182
Erwerbstätig	0,574*	0,878
Kirchgangshäufigkeit	1,057	1,412*
Wohndauer in der Stadt	1,339	2,018*
Deutsche Staatsangehörigkeit	1,881	1,455
Nagelkerke R ²		0,38
N		981

*** p < .001, ** p < .01, * p < .05; alle Variablen auf Wertebereich 0 – 1 normalisiert.

Tabelle 1.10 zeigt, welche Faktoren dazu führen, dass Bürger ganz bestimmte Quellen (für Medien teilweise Gattungen, teilweise zusätzlich darin inkludierte spezifische Einzelmedien) nutzen, um sich lokalpolitisch zu informieren. Auffällig ist an diesen Befunden zunächst, dass zwei Merkmale keinerlei Zusammenhänge mit der Nutzung bestimmter Informationsquellen erkennen lassen: das Geschlecht und die Verbundenheit mit der Stadt. Insgesamt am besten lässt sich die Nutzung von Lokalzeitungen erklären; hier sehen wir sehr viele starke Zusammenhänge, was darauf hindeutet, dass die Nutzung dieses Medium – trotz ihrer Breite – in starkem Maße von bestimmten Merkmalen abhängt. Drei Faktoren ragen bezüglich ihrer Bedeutung heraus: das kommunalpolitische Interesse, das Lebensalter und die Schichtzugehörigkeit. Lokale Tageszeitungen werden bevorzugt gelesen von stark interessierten Personen, von Älteren und von Bürgern mit höherem Sozialstatus. Aspekte sozialer Integration wie die Kirchgangshäufigkeit und das Leben in einem Mehrpersonenhaushalt begünstigen ebenfalls den Griff zur Lokalzeitung. Wenn man speziell den "Mannheimer Morgen" betrachtet, finden sich weitgehend ähnliche Muster, teilweise in verstärktem, teilweise aber auch abgeschwächtem Maße. Etwas weniger stark treten das Lebensalter und das Interesse an Kommunalpolitik als Hintergründe der Zeitungsrezeption in Erscheinung. Im Vergleich zum Zeitungslesen allgemein mehr oder weniger deutlich wichtiger sind speziell für den "MM" hingegen die Wohndauer im Bezirk und die deutsche Staatsangehörigkeit sowie die soziale Schichtzugehörigkeit.

Im Gegensatz zu dieser klaren Strukturierung ist die Nutzung des Amtsblatts der Stadt Mannheim "Mannheimer Wochenblatt" nicht nur eher selten, sondern auch kaum konturiert. Mit den meisten der von uns betrachteten Prädiktoren hängt sie nicht zusammen, lediglich ein einziger statistisch bedeutsamer Zusammenhang tritt zutage: das "Mannheimer Wochenblatt" stellt sich sehr deutlich dar als ein Informationsmedium, aus dem eher geringer gebildete Bürger Informationen zum städtischen Geschehen beziehen.

Tabelle 1.10: Soziodemographische Hintergründe, stadtbezogene Motivationen und Nutzung ausgewählter Informationsquellen zum politischen Geschehen in Mannheim (logistische Regressionen; exp(B))

	Lokal- zeitung	"Mannheimer Morgen"	"Mannheimer Wochenblatt"	Fernsehen
Interesse an Mannheimer Kommunalpolitik	4,268***	3,715***	2,200	1,317
Verbundenheit mit Mannheim	1,189	0,682	0,574	1,486
Mann	1,351	1,225	1,041	,909
Alter	17,418***	8,442***	4,003	4,221**
Bildung	1,612	1,450	0,327***	0,447**
Schüler	0,668	0,596	0,582	0,767
Schicht	3,275***	4,154***	0,935	0,535
Mehrpersonenhaushalt	1,991***	1,784***	1,002	1,361
Erwerbstätig	0,979	1,333	1,192	1,120
Kirchgangshäufigkeit	1,780***	1,582**	0,823	0,910
Wohndauer	1,759	2,509**	0,936	2,224**
Deutsche Staatsangehörigkeit	1,726	1,871*	0,741	1,039
(Konstante)	0,034***	0,037***	0,309	0,168**
Nagelkerke R ²	0,23	0,20	0,04	0,10
N	986	986	986	986

	"RNF"	Radio	Internet	Persönliche Gespräche
Interesse an Mannheimer Kommunalpolitik	1,045	2,200*	2,805**	1,359
Verbundenheit mit Mannheim	1,880	0,574	1,160	1,484
Mann	0,919	1,041	1,434	0,984
Alter	1,900	4,003*	0,218*	0,603
Bildung	0,447**	0,327**	2,395*	1,229
Schüler	0,587	0,582	1,567	0,000
Schicht	0,456*	0,935	2,821*	2,381
Mehrpersonenhaushalt	1,346	1,002	0,794	0,799
Erwerbstätig	1,204	1,192	1,722*	1,018
Kirchgangshäufigkeit	0,906	0,823	0,901	0,570*
Wohndauer	2,175**	0,936	1,433	0,723
Deutsche Staatsangehörigkeit	1,222	0,741	0,613	0,631
(Konstante)	0,178*	0,309	0,035***	0,117*
Nagelkerke R ²	0,08	0,07	0,10	0,05
N	986	986	986	986

*** p < .001, ** p < .01, * p < .05; alle Variablen auf Wertebereich 0 – 1 normalisiert.

Hinsichtlich seiner Reichweite spielt das Fernsehen wie oben gezeigt eine durchaus beachtliche Rolle als lokalpolitisches Informationsmedium. Seine Attraktivität wächst – ähnlich der Tagespresse – mit dem Lebensalter, gefolgt von der Wohndauer im Stadtbezirk. Gleichzeitig erweist es sich jedoch auch als bevorzugte Quelle geringer Gebildeter. Sehr auffällig ist zudem, dass das Interesse an Lokalpolitik für die Nutzung des Fernsehens als Quelle lokalpolitischer Information keine Rolle spielt (dasselbe gilt

auch für das "Mannheimer Wochenblatt"). Die gesonderte Betrachtung des "RNF" erbringt teilweise dieselben Zusammenhänge wie für das Fernsehen insgesamt, das auch die SWR-Angebote einschließt. Allerdings gibt es keinen Alterseffekt. Das deutet auf eine Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Fernsehanbietern hin: Der deutlich stärkere Alterseffekt für das Fernsehen insgesamt muss mit der Nutzung des SWR-Fernsehens zusammenhängen. Beim "RNF" fällt zudem auf, dass es gehäuft von Personen von geringerem Sozialstatus genutzt wird, um sich lokalpolitisch zu informieren.

Der Hörfunk wird, ebenso wie die meisten anderen Informationsquellen, deutlich häufiger von Älteren genutzt, um sich lokalpolitisch zu informieren, aber anders als beim Fernsehen spielt hier auch das lokalpolitische Interesse eine sehr förderliche Rolle. Dem Fernsehen ähnlich ist jedoch, dass auch das Radio eher als Informationsmedium geringer gebildeter Personen fungiert. Das Internet wird, wie wir gesehen haben, ebenfalls eher selten genutzt, um sich über kommunale Politik zu informieren. Tabelle 1.10 zeigt, dass seine Nutzung durchaus klar strukturiert ist. Zu den förderlichen Merkmalen gehören – wenig verwunderlich angesichts dessen, dass es aktive Informationssuche erfordert – ein ausgeprägtes kommunalpolitisches Interesse und ein gehobenes Bildungsniveau. Zugleich erweist es sich als bevorzugte Informationsquelle jüngerer Bürger und solcher mit höherer Schichtzugehörigkeit. Sozioökonomische Ressourcen befördern also seine Nutzung. Berufstätige informieren sich eher online als Personen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Das könnte auf politische Informationsnutzung am Arbeitsplatz hindeuten. Politische Gespräche erweisen sich als weitgehend egalitär genutzter Weg, Informationen über die Politik der Stadt zu erhalten. Abgesehen von einem negativen Zusammenhang mit der Kirchengangshäufigkeit sehen wir keine statistisch bedeutsamen Effekte. Bemerkenswerterweise sind auch Gespräche über Kommunalpolitik, darin der Fernsehnutzung und dem Lesen des "Mannheimer Wochenblattes" ähnlich, nicht vom Ausmaß des Interesses an der lokalen Politik abhängig.

Insgesamt deuten diese Befunde auf ein gewisses Maß an funktionaler Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Quellen lokalpolitischer Information hin. Kein einziges Merkmal wirkt bezüglich aller Informationsquellen gleichermaßen förderlich oder dämpfend. Besonders bemerkenswert erscheint, dass einige unabhängig vom kommunalpolitischen Interesse genutzt werden, darunter insbesondere das Fernsehen und persönliche Gespräche. Beachtenswert ist zudem, dass einige Informationsquellen eher für höher gebildete und statushöhere Personen attraktiv scheinen, andere jedoch eher für statusniedrigere Personen mit geringerer Bildung. Viele Informationsquellen erweisen sich zum Teil sehr deutlich als Domäne älterer Bürger, aber hervorzuheben ist, dass das nicht für alle Quellen gilt. Gerade das Internet erweist sich als bevorzugtes Informationsmedium jüngerer Bürger. Durch große Neutralität in dem Sinne, dass sie völlig unabhängig von fast allen betrachteten Merkmalen stattfinden, zeichnen sich persönliche Gespräche aus. Allerdings wurden sie gleichfalls nur selten als wichtige Informationsquelle genannt.

Tabelle 1.11: Soziodemographische Hintergründe, stadtbezogene Motivationen, Nutzung kommunalpolitischer Nachrichten und Häufigkeit von Gesprächen über Kommunalpolitik (OLS-Regressionen; B)

	Gespräche mit Personen aus Mannheim	Gespräche mit Personen nicht aus Mannheim
(Konstante)	0,093**	0,110*
Verfolgen kommunalpolitischer Nachrichten	0,156***	0,107***
Zahl der kommunalpolitischen Informationsquellen	0,070**	0,044
Interesse an Mannheimer Kommunalpolitik	0,234***	0,166***
Verbundenheit mit Mannheim	0,029	0,013
Mann	0,012	-0,018
Alter	0,022	-0,066
Bildung	0,038	0,022
Schüler	0,018	0,015
Schicht	0,035	-0,002
Mehrpersonenhaushalt	0,055***	0,005
Erwerbstätig	0,036**	0,026
Kirchgangshäufigkeit	-0,013	0,003
Wohndauer	0,056**	-0,017
Deutsche Staatsangehörigkeit	-0,060**	-0,053
Adj. R ²	0,30	0,10
N	964	963

*** p < .001, ** p < .01, * p < .05; alle Variablen auf Wertebereich 0 – 1 normalisiert.

Tabelle 1.11 zeigt die Ergebnisse einer Analyse der Hintergründe politischer Gespräche über die Mannheimer Stadtpolitik. Politische Unterhaltungen tragen oft den Charakter von Anschlusskommunikation, ihr Auslöser und Gegenstand sind zumeist Informationen, die Personen aus anderen Quellen erhalten haben. Diese werden im Gespräch mit Personen aus dem unmittelbaren Lebensumfeld erörtert und dadurch einem "sozialen Realitätstest" unterworfen, der Individuen hilft, ihre Bedeutung zu erschließen. Sie stellen daher einen wichtigen Filter für Informationen dar, welche den Bürgern von unpersönlichen Quellen wie den Massenmedien angeboten werden. Sie fungieren gleichsam als soziale Instanz der Informationsverarbeitung. Dementsprechend wächst die Neigung der Befragten, sowohl mit Personen aus der Stadt als auch solchen von außerhalb über die lokale Politik Mannheims zu sprechen, mit der Häufigkeit, mit der Nachrichten zu diesem Thema verfolgt werden. Unabhängig davon begünstigt auch eine höhere Zahl genutzter Informationsquellen lokalpolitische Unterhaltungen, aber nur mit Personen aus Mannheim.

Zusätzlich berücksichtigen auch diese Modelle alle zuvor schon betrachteten Erklärungsfaktoren, um zu sehen, ob sie zusätzlich zu ihrer Bedeutung für die Häufigkeit und Breite der kommunalpolitischen Informationssuche auch eigenständige Effekte auf die politische Gesprächshäufigkeit besitzen (Tabelle 1.11). Unabhängig von der Informationszuwendung und sogar in stärkerem Maße als diese wirkt sich beispielsweise auch das Interesse an Kommunalpolitik auf die Gesprächshäufigkeit aus, und zwar sowohl innerhalb wie außerhalb der Stadt. Zudem werden kommunalpolitische Gespräche mit Personen, die in Mannheim wohnen, durch soziale Integration begünstigt. Solche Gespräche werden häufiger von Personen geführt, die mit Anderen zusammenwohnen, die erwerbstätig sind und die schon länger im selben Bezirk wohnen. Sozioökonomische Ressourcen scheinen sich

hingegen weder förderlich noch hinderlich auf die Neigung auszuwirken, sich mit Personen aus dem sozialen Umfeld über die Politik der Stadt auszutauschen. Ein weiterer markanter Zusammenhang betrifft die Staatsangehörigkeit: politische Gespräche mit Personen aus der Stadt werden von Deutschen öfter geführt als von Migranten.

1.4 Kommunalpolitische Involvierung und Orientierungen zur städtischen Demokratie

Nachfolgend werden wir nun untersuchen, wie alle bislang betrachteten Merkmalsklassen zusammen auf eine Reihe von grundlegenden politischen Orientierungen der Befragten einwirken. Wir betrachten vier Kategorien solcher Orientierungen:

- Urteile über das Funktionieren der Demokratie in der Stadt Mannheim,
- Einstellungen zur Demokratie allgemein,
- Überzeugungen zur eigenen Rolle als Bürger und
- Orientierungen zur aktiven Beteiligung am sozialen und politischen Leben in der Stadt und darüber hinaus.

Die nachfolgenden Analysen stützen sich auf einen breiten Kranz von Instrumenten zur Messung politischer Grundeinstellungen und Verhaltensdispositionen. Ihre Verteilungen bzw. Mittelwerte sind in Abschnitt I. dieses Berichtes ausgewiesen und werden deswegen hier nicht noch einmal wiedergegeben. Zumeist basieren die nachfolgend dargestellten Analysen nicht direkt auf den ursprünglichen Fragen, sondern auf aus diesen abgeleiteten zusammenfassenden Indices, welche die latente Dimensionalität dieser Orientierungen abbilden. Für alle untersuchten Orientierungen wird geprüft, ob und inwieweit sie sich auf die bislang analysierten Faktoren zurückführen lassen, d. h. soziodemographische Merkmale, stadtbezogene Motivationen (Interesse an der Kommunalpolitik und Verbundenheit mit der Stadt), die Häufigkeit und Breite der Nutzung lokalpolitischer Informationen sowie die Intensität von Gesprächen über dieses Thema mit anderen in der Stadt wohnhaften Personen. (Gespräche mit Personen von außerhalb der Stadt, die sich in unseren bisherigen Analysen eher als Minderheitenphänomen dargestellt haben, werden aus Vereinfachungsgründen nicht weiter berücksichtigt.) Alle dieser potenziell erklärungskräftigen Größen werden jeweils gleichzeitig analysiert, so dass auch den Zusammenhängen, in denen sie – wie oben gezeigt – untereinander stehen, Rechnung getragen wird.

Wir beginnen mit einer Analyse der Hintergründe positiver und negativer Urteile der Befragten zur Demokratie in Mannheim insgesamt sowie bezüglich wichtiger Teilaspekte. Wir möchten zunächst wissen, wovon es abhängt, wie gut sich Mannheimer Bürger über die bei städtischen Planungen bestehenden Mitwirkungsmöglichkeiten informiert fühlen. Die in der ersten Spalte von Tabelle 1.12 ausgewiesenen Ergebnisse belegen, dass Nachrichten zum politischen Geschehen in der Stadt zu einem besseren Informationsstand beitragen. Diejenigen, die sie oft verfolgen, fühlt sich in der Regel besser informiert als diejenigen, die das nicht tun: ein nur scheinbar selbstverständlicher Befund, denn es könnte ja durchaus sein, dass sich auch Bürger, die sich intensiv um Informationen bemühen, nicht ausreichend informiert fühlen – dann nämlich, wenn es keine ausreichend informativen Informationsquellen gibt. Das scheint jedoch nicht der Fall zu sein – wer Zeit und Energie investiert, um sich zu informieren, fühlt sich im Gefolge auch besser informiert. Unabhängig davon fühlen sich auch ältere Bürger und solche, die häufig zur Kirche gehen und insoweit besser sozial integriert sind, besser informiert, andererseits und unabhängig davon aber auch jene, die einen geringeren Teil ihres Lebens in der Stadt verbracht haben. Den stärksten Effekt übt jedoch die Verbundenheit mit der Stadt aus. Wer sich mit seiner Stadt identifiziert, fühlt sich auch besser über die bestehenden Mitwirkungsmöglichkeiten informiert.

Tabelle 1.12 gibt des Weiteren Aufschluss über die Hintergründe größerer oder geringerer Zufriedenheit mit der Demokratie in der Stadt Mannheim, einerseits allgemein, andererseits speziell unter den Aspekten der Bewertung der Leistungen (Performanz) der städtischen politischen und administrativen Institutionen (OB, Gemeinderat, Stadtverwaltung, städtische Parteien, Bezirksbeiräte) sowie des Vertrauens, das diesen entgegengebracht wird (selbe Institutionen außer Bezirksbeiräten). Zum Vergleich zeigt die Tabelle auch Ergebnisse analoger Analysen für das Vertrauen in zentrale Institutionen der Bundespolitik (Bundesregierung, Bundestag, Parteien auf Bundesebene) sowie in Institutionen des Rechtsstaates (Polizei, Gerichte). Für alle diese Orientierungen erweist sich die Verbundenheit mit der Stadt als besonders förderlich. Wie Tabelle 1.12 belegt, fallen alle hier untersuchten Orientierungen bei Personen, die sich ihrer Stadt verbunden fühlen, erheblich positiver aus als bei anderen. Das ist insgesamt der klarste Befund dieser Analyse.

Daneben hängt jede der untersuchten Orientierungen auch mit anderen Faktoren zusammen, doch fügt sich das weniger eindeutig zu einem klaren Muster. Das Interesse an der Mannheimer Kommunalpolitik führt beispielsweise zu mehr Zufriedenheit mit den Leistungen der städtischen Institutionen und mehr Vertrauen in diese sowie in die Institutionen der nationalen Politik. Aber mit den anderen Einstellungen zur Demokratie hängt es nicht zusammen. Wer häufig Nachrichten zur Stadtpolitik beachtet und hierfür eine größere Zahl von Quellen benutzt, ist ebenfalls mit den städtischen Leistungen zufriedener. Interessanterweise sind ältere Bürger weniger zufrieden mit der Performanz der städtischen Institutionen als jüngere.

Die Zufriedenheit mit der Demokratie in Mannheim, aber auch das Vertrauen sowohl in die Mannheimer als auch die nationalen und rechtsstaatlichen Institutionen wird hingegen befördert durch eine höhere Schichtzugehörigkeit. Wie es scheint, sind die materiell weniger gut gestellten Bürger der Stadt weniger zufrieden mit ihrer Demokratie und weniger vertrauensvoll gegenüber ihren Institutionen als die sozioökonomisch eher privilegierten Gruppen. Darauf deuten auch die positiven Zusammenhänge aller drei Dimensionen des Institutionenvertrauens mit dem Bildungsniveau hin. Bemerkenswert ist aber zudem, dass bezüglich dieser Urteile zur städtischen Demokratie bei alteingesessenen Mannheimern eher geringere Werte zu finden sind – der Zusammenhang mit der Wohndauer ist negativ. Auffällig ist schließlich auch – das sei nur am Rande vermerkt, weil es nicht direkt die Politik der Stadt betrifft –, dass Migranten geringeres Vertrauen in die Institutionen der deutschen Bundespolitik zum Ausdruck bringen.

Tabelle 1.12: Soziodemographische Hintergründe, stadtbezogene Motivationen, Nutzung kommunalpolitischer Nachrichten, Häufigkeit von Gesprächen über Kommunalpolitik und Einstellungen zur Demokratie in Mannheim (OLS-Regressionen; B)

	Informiertheit über Mitwirkungsmöglichkeiten in Mannheim	Zufriedenheit mit Demokratie in Mannheim	Zufriedenheit mit Performanz der Stadt Mannheim
(Konstante)	0,315***	0,527***	0,062
Gespräche mit Personen aus Mannheim	-0,012	-0,035	0,011
Verfolgen von Nachrichten	0,096***	0,010	0,088*
Zahl der Informationsquellen	0,023	0,038	0,144*
Interesse Mannheimer Kommunalpolitik	0,006	0,035	0,161**
Verbundenheit mit Mannheim	0,130**	0,199***	0,412***
Mann	0,008	0,011	0,022
Alter	0,122*	-0,050	-0,218**
Bildung	0,024	0,010	0,039
Schüler	0,057	0,075	0,069
Schicht	-0,007	0,107***	0,111
Mehrpersonenhaushalt	-0,020	-0,017	0,012
Erwerbstätig	-0,013	-0,025	-0,050
Kirchgangshäufigkeit	0,048**	0,012	0,045
Wohndauer	-0,053*	-0,074***	-0,078
Deutsche Staatsangehörigkeit	-0,035	-0,025	-0,061
Adj. R ²	0,08	0,07	0,10
N	958	953	964

*** p < .001, ** p < .01, * p < .05; alle Variablen auf Wertebereich 0 – 1 normalisiert.

Tabelle 1.12 (Fortsetzung): Soziodemographische Hintergründe, stadtbezogene Motivationen, Nutzung kommunalpolitischer Nachrichten, Häufigkeit von Gesprächen über Kommunalpolitik und Einstellungen zur Demokratie in Mannheim (OLS-Regressionen; B)

	Vertrauen in Institutionen der Stadt Mannheim	Vertrauen in nationale politische Institutionen	Vertrauen in rechtsstaatliche Institutionen
(Konstante)	0,094	0,055	0,355***
Gespräche mit Personen aus Mannheim	-0,096	-0,042	-0,027
Verfolgen von Nachrichten	0,065	-0,003	0,056
Zahl der Informationsquellen	0,071	-0,068	-0,010
Interesse Mannheimer Kommunalpolitik	0,127**	0,113*	0,089
Verbundenheit mit Mannheim	0,468***	0,337***	0,201**
Mann	0,004	0,017	0,027
Alter	-0,016	0,128	0,049
Bildung	0,102**	0,156***	0,188***
Schüler	0,227**	0,278**	0,236**
Schicht	0,137**	0,186**	0,183**
Mehrpersonenhaushalt	0,001	-0,028	-0,001
Erwerbstätig	-0,020	-0,071*	-0,017
Kirchgangshäufigkeit	0,041	0,060*	0,001
Wohndauer	-0,125**	-0,189***	-0,118**
Deutsche Staatsangehörigkeit	-0,103	-0,139**	-0,012
Adj. R ²	0,08	0,09	0,07
N	964	964	964

Die dimensionale Analyse zum allgemeinen Verständnis der Demokratie hat zwei latente Grundorientierungen ermittelt, die nachfolgend analysiert werden. Wer der von uns als "autoritär" gekennzeichneten Grundorientierung anhängt, hat vergleichsweise wenig Sympathie für die politischen Debatten und den Streit, die sich aus den Konflikten der Interessengruppen in der pluralen Gesellschaft ergeben, und wünscht sich starke Eliten, welche sachorientiert und entschlossen das "Richtige" tun. Die "basisdemokratische" Orientierung sieht die demokratische Politik eher als Sache der Bürger, die von diesen gemeinschaftlich und ohne gewaltsame Auseinandersetzungen angegangen werden sollte. Wie hängen diese Grundorientierungen von den Faktoren ab, die wir hier als mögliche Hintergründe politischer Grundorientierungen betrachten? Tabelle 1.13 zeigt die Ergebnisse dieser Analyse.

Ein eher "autoritäres" Verständnis von Demokratie findet sich etwas häufiger bei Frauen als bei Männern, bei geringer Gebildeten eher als bei höher Gebildeten und bei lange im Bezirk Ansässigen eher als bei Zugezogenen. Im Unterschied dazu tendieren höher Gebildete eher zu einem "basisdemokratischen" Verständnis. Insbesondere findet man solche Orientierungen auch eher bei deutschen Staatsbürgern als bei Migranten. Aber auch die kommunalpolitische Involvierung macht

einen Unterschied: wer sich häufig mit Mannheimern über die Kommunalpolitik austauscht und sich stark für diese interessiert, tendiert eher zu einem "basisdemokratischen" Politikverständnis.

In der dritten Spalte von Tabelle 1.13 sehen wir, wie sich dieselben Faktoren auf die Neigung von Personen auswirken, eher eine repräsentative Demokratie (negative Effekte) oder aber eher eine direkte Demokratie (positive Effekte) zu präferieren. Eher für ein repräsentatives Demokratiemodell treten demnach Personen ein, die sich stark für Mannheimer Stadtpolitik interessieren, aber auch Männer sowie, davon unabhängig, Befragte mit höherem sozioökonomischem Status, d.h. solche, die höher gebildet sind und einer höheren sozialen Schicht angehören. Wer hingegen häufig und vielfältig Nachrichten zum kommunalen Geschehen verfolgt und schon lange in Mannheim wohnt, tendiert eher dazu, mehr direktdemokratische Mitsprache zu bevorzugen.

Tabelle 1.13: Soziodemographische Hintergründe, stadtbezogene Motivationen, Nutzung kommunalpolitischer Nachrichten, Häufigkeit von Gesprächen über Kommunalpolitik und allgemeine Einstellungen zur Demokratie (OLS-Regressionen; B)

	Demokratie- verständnis autoritär	Demokratie- verständnis basisdemokratisch	Repräsentative vs. direkte Demokratie
(Konstante)	0,500***	0,601***	0,858***
Gespräche mit Personen aus Mannheim	0,093	0,105**	0,042
Verfolgen von Nachrichten	0,055	-0,006	0,060*
Zahl der Informationsquellen	0,041	0,027	0,084*
Interesse Mannheimer Kommunalpolitik	-0,030	0,068*	-0,122***
Verbundenheit mit Mannheim	-0,026	0,016	-0,081
Mann	-0,047*	-0,013	-0,066***
Alter	0,041	-0,007	-0,063
Bildung	-0,187***	0,079**	-0,160***
Schüler	-0,207**	-0,035	-0,137
Schicht	-0,053	-0,017	-0,127*
Mehrpersonenhaushalt	-0,004	-0,002	-0,036
Erwerbstätig	0,014	0,009	0,002
Kirchgangshäufigkeit	-0,008	-0,024	-0,002
Wohndauer in der Stadt	0,083*	-0,026	0,080**
Deutsche Staatsangehörigkeit	0,047	0,146***	0,028
Adj. R ²	0,08	0,08	0,11
N	964	964	956

*** p < .001, ** p < .01, * p < .05; alle Variablen auf Wertebereich 0 – 1 normalisiert.

Unsere Voranalysen haben ergeben, dass es zwei Grunddimensionen gibt, die den Vorstellungen der Mannheimer Bürger im Hinblick darauf zugrunde liegen, was einen "guten" Bürger ausmacht. Die eine Orientierung sieht den Bürger eher als politisch wie sozial engagierten aktiven Gestalter seines Gemeinwesens ("aktivitätsbetonte" Bürgerrolle), die andere hingegen als jemanden, für den Gesetzestreue eine große Bedeutung hat und der sich zwar gegenüber Personen aus seinem engen Umfeld hilfsbereit zeigt, aber gleichzeitig bemüht ist, selbst niemandem zur Last zu fallen ("pflichtbetonte" Bürgerrolle). Tabelle 1.14 ist zu entnehmen, was hinter diesen beiden Orientierungen steht. Wie stark jemand dem "Pflicht"-Verständnis anhängt, lässt sich durch unser Modell etwas besser erklären als die Intensität des "aktivitätsbetonten" Verständnisses.

Überraschenderweise sind beide Orientierungen stärker ausgeprägt bei Personen, die sich häufig über lokale Politik unterhalten, sich stark für Kommunalpolitik interessieren und sich mit ihrer Stadt verbunden fühlen. Letzterer Zusammenhang ist allerdings bezüglich der "Pflicht"-Orientierung deutlich stärker ausgeprägt. Diese tritt zudem bei Frauen eher auf als bei Männern und bei Singles eher als bei Personen, die mit anderen zusammenleben.

Tabelle 1.14: Soziodemographische Hintergründe, stadtbezogene Motivationen, Nutzung kommunalpolitischer Nachrichten, Häufigkeit von Gesprächen über Kommunalpolitik und Verständnis der Bürgerrolle (OLS-Regressionen; B)

	Aktivitätsbetontes Verständnis der Bürgerrolle	Pflichtbetontes Verständnis der Bürgerrolle
(Konstante)	0,013	0,350***
Gespräche mit Personen aus Mannheim	0,163***	0,131**
Verfolgen von Nachrichten	0,016	0,021
Zahl der Informationsquellen	0,035	0,016
Interesse Mannheimer Kommunalpolitik	0,157***	0,107**
Verbundenheit mit Mannheim	0,148**	0,226***
Mann	-0,006	-0,074***
Alter	0,031	0,095
Bildung	-0,088	-0,039
Schüler	-0,031	-0,029
Schicht	-0,039	-0,024
Mehrpersonenhaushalt	-0,014	0,020
Erwerbstätig	-0,013	-0,050*
Kirchgangshäufigkeit	0,007	-0,025
Wohndauer in der Stadt	-0,053	-0,056
Deutsche Staatsangehörigkeit	-0,055	0,009
Adj. R ²	0,10	0,12
N	964	964

*** p < .001, ** p < .01, * p < .05; alle Variablen auf Wertebereich 0 – 1 normalisiert.

Unsere letzten Analysen gelten nun schließlich dem Bürger als aktiv Handelndem – oder eben nicht Handelndem (Tabelle 1.15). Zwei Aspekte kommunalpolitischer Involvierung wirken sich unabhängig voneinander durchgängig vorteilhaft auf alle analysierten Orientierungen zur sozialen und politischen Beteiligung aus: politische Gespräche und das Interesse an der lokalen Politik. Wer sich häufiger mit Personen aus seinem lokalen Umfeld über die Politik der Stadt unterhält und wer diese eher interessant findet, ist auf allen Dimensionen der Beteiligung aktiver. Diese Zusammenhänge sind universell zu finden und stets recht kräftig ausgeprägt, alle anderen betrachteten Faktoren wirken sehr viel selektiver. Deswegen müssen die verschiedenen untersuchten Orientierungen separat inspiert werden.

Wir betrachten zunächst die soziale Beteiligung in Gestalt des aktiven Engagements unserer Befragten in Vereinen, wobei wir auf Basis einer dimensional Analyse differenzieren in Vereine mit eher allgemeiner Zwecksetzung (Freizeit-, Sport- und kulturelle Vereine sowie Wohltätigkeits- und religiöse Organisationen) und solche, die sich eher an spezifischen Freizeitinteressen orientieren (Kleingärtner- und sonstige Vereine). Die aktive Beteiligung am Vereinsleben bezüglich der

erstgenannten Gruppe von Organisationen lässt sich mit den von uns betrachteten Faktoren sehr gut erklären, während das für die spezifischeren Freizeitvereine nicht der Fall ist. Für beide Formen des Vereinsengagements ist ein stärkeres Interesse an der Mannheimer kommunalen Politik wichtig sowie häufige Gespräche über diese. Kleingärtner- u.a. Vereine sind zudem attraktiver für Berufstätige, doch weitere Zusammenhänge werden für diese Art von Organisationen nicht erkennbar. Das verstärkte Engagement in allgemeiner orientierten Vereinen ist erheblich deutlicher strukturiert. Es wird befördert durch Verbundenheit mit der Gemeinde, aber auch die Zugehörigkeit zu einer gehobenen Sozialschicht und eine hohe Kirchengangshäufigkeit. Gleichzeitig findet man es bei Frauen häufiger als bei Männern.

Als Form politischer Partizipation betrachten wir zunächst die Neigung, sich an Gemeinderatswahlen zu beteiligen. Diese hängt ebenfalls stark mit den von uns untersuchten Hintergründen zusammen. Personen, die sich oft und vielfältig kommunalpolitischen Informationsquellen zuwenden, an der Stadtpolitik stark interessiert sind und oft über diese sprechen sowie eine hohe Verbundenheit zu ihrer Gemeinde empfinden, gehen eher zur Wahl als andere. Beteiligungsförderlich sind auch eine höhere Bildung sowie soziale Integration in Gestalt häufigen Kirchgangs. Zwar besitzen Bürger anderer EU-Ländern bei Kommunalwahlen das Wahlrecht, aber da das für Migranten anderer Nationalitäten nicht gilt, kann nicht verwundern, dass deutsche Staatsbürger insgesamt eine deutlich erhöhte Neigung zur Wahlteilnahme bekunden.

Insgesamt können wir auf Grundlage einer dimensional Analyse bezüglich der politischen Beteiligung unserer Befragten zwischen zwei Grunddimensionen unterscheiden, die durch Formen der bürgerschaftlichen Partizipation, wie sie für die repräsentative Demokratie typisch sind (Leserbriefe schreiben, Politiker kontaktieren, an Versammlungen teilnehmen), und expressive Formen der protestförmigen Partizipation gekennzeichnet sind (Demonstrationen, Unterschriftensammlungen). Im Hinblick auf die Urteile der Befragten über die Wirksamkeit verschiedener Möglichkeiten des politischen Engagements ergibt sich eine ähnliche Differenzierung. Sie trennt bürgerschaftliche Partizipationsformen wie die Mitarbeit in einer Partei oder anderen Organisationen, die Teilnahme an Wahlen sowie Politikerkontakte von Formen des Protests wie Produktboykotten, Demonstrationen und der gemeinsamen Arbeit in Initiativen. Tabelle 1.15 zeigt, dass die eigene Beteiligung, aber auch die Wirksamkeitsurteile bezüglich bürgerschaftlicher Partizipationsformen enger mit dem von uns betrachteten Satz von Prädiktoren zusammenhängen als die entsprechenden Orientierungen zur Beteiligung an Protesthandlungen. Die Befunde sind recht komplex. Am klarsten sind die Zusammenhänge mit dem kommunalpolitischen Interesse und der Häufigkeit politischer Unterhaltungen, die für beide Dimensionen politischer Beteiligung sowohl die Neigung zur eigenen Anwendung als auch die Wirksamkeitseinschätzung erhöhen.

Wer sich mit der Stadt Mannheim stark verbunden fühlt, tendiert zu einer höheren Wirksamkeitszuschreibung für bürgerschaftliche Beteiligungsformen, aber erhöhter eigener Anwendungsneigung eher für Formen des Protests. Erwerbstätige halten bürgerschaftliche Beteiligungsformen für etwas weniger wirksam, wenden sie aber trotzdem eher an als Personen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Auch wer mit anderen Personen im selben Haushalt wohnt, partizipiert eher in dieser Weise. Dasselbe gilt für die Zugehörigkeit zu einer höheren sozialen Schicht. Eigene Beteiligung an solchen Aktivitäten ist eher bei jüngeren Befragten festzustellen. Bemerkenswert ist schließlich, dass Frauen allgemein dazu tendieren, alle Formen politischer Beteiligung für wirksamer zu halten als Männer und sich auch eher an Protesten zu beteiligen, während Männer etwas eher als Frauen im bürgerschaftlichen Modus partizipieren.

Tabelle 1.15: Soziodemographische Hintergründe, stadtbezogene Motivationen, Nutzung kommunalpolitischer Nachrichten, Häufigkeit von Gesprächen über Kommunalpolitik und Beteiligung am sozialen und politischen Leben (OLS-Regressionen; B)

	Vereine mit allgem. Zweck	Vereine mit spezif. Zweck	Beteili- gung Gemein- derats- wahl	Eigene bürger- schaft- liche Beteili- gung	Eigene protest- förmige Beteili- gung	Wirksam- keit bürger- schaft- licher Beteili- gung	Wirksam- keit von protest- förmiger Beteili- gung
(Konstante)	-0,102	0,000	0,277***	-0,298***	-0,034	0,467***	0,426***
Gespräche mit Personen aus Mannheim	0,184**	0,119*	0,100*	0,240***	0,209***	0,078**	0,144***
Verfolgen von Nachrichten	0,063	-0,004	0,095**	0,043	0,039	-0,06	-0,022
Zahl der Informations- quellen	0,006	0,016	0,089*	0,020	0,081	0,020	0,048
Interesse Mannheimer Kommunal- politik	0,163***	0,073*	0,224***	0,174***	0,177***	0,099***	0,090**
Verbundenheit mit Mannheim	0,135*	0,012	0,117*	-0,012	0,111*	0,112***	0,040
Mann	-0,048*	0,009	-0,003	0,033*	-0,069***	-0,042***	-0,059***
Alter	-0,106	0,048	0,011	0,074	-0,242***	-0,018	-0,015
Bildung	0,089*	-0,034	0,063*	0,050	0,034	-0,031	-0,018
Schüler	0,115	-0,091	0,024	0,067	0,003	-0,062	-0,011
Schicht	0,113*	-0,058	0,070	0,084*	0,045	0,038	-0,059
Mehrpersonen- haushalt	-0,002	0,057**	0,024	0,054**	0,043	0,002	-0,018
Erwerbstätig	-0,004	0,011	0,023	0,070***	0,002	-0,031**	0,021
Kirchgangshäu- figkeit	0,231***	0,035	0,037*	0,025	-0,002	0,007	-0,017
Wohndauer	0,013	0,062	-0,039	0,032	-0,046	-0,039*	0,028
Deutsche Staatsange- hörigkeit	-0,059	-0,032	0,095*	-0,017	0,040	0,009	0,017
Adj. R ²	0,24	0,05	0,20	0,20	0,11	0,12	0,09
N	964	963	925	964	964	947	947

*** p < .001, ** p < .01, * p < .05; alle Variablen auf Wertebereich 0 – 1 normalisiert.

1.5 Fazit

Im Zentrum dieses Abschnitts stand eine wichtige Voraussetzung der aktiven Beteiligung an der städtischen Politik – die mentale Involvierung der Bürger mit der Politik ihrer Stadt. Wir sind der Frage nachgegangen, wie viel Aufmerksamkeit die Bürger der Stadt Mannheim dem politischen Geschehen ihrer Kommune entgegen bringen. Zudem hat uns interessiert, von welchen Faktoren es abhängig, wie intensiv Bürger an der Stadtpolitik Anteil nehmen. Man könnte mutmaßen, dass Bürger Politik, die direkt vor ihrer Haustür stattfindet, intensiver beachten als die sehr viel abstrakteren Prozesse auf der nationalen oder gar internationalen Bühne. Doch ist das Gegenteil der Fall (worin Mannheim allerdings nicht anders ist als andere Städte): Wenige Mannheimer Bürger scheinen die lokale Politik überhaupt nicht zu beachten, aber insgesamt bringen sie ihr deutlich geringeres Interesse und weniger Aufmerksamkeit entgegen als der "großen Politik". Immerhin führen die dabei erhaltenen Informationen jedoch durchaus häufig zu Anschlusskommunikation in der Familie sowie mit Freunden und Bekannten aus der Stadt.

Für das Ausmaß der lokalpolitische Involvierung der Mannheimer Bürger sind vier Faktorenbündel bedeutsam – am deutlichsten das Lebensalter, mit Abstand gefolgt von der Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen sowie der sozialen Integration und der Staatsangehörigkeit. Es sind insbesondere die älteren Bürger, die Anteil am städtischen Geschehen nehmen. Der wirksamste Hintergrund der Beachtung lokalpolitischer Nachrichten, das kommunale politische Interesse, ist bei ihnen sehr viel deutlicher ausgeprägt als bei den Jüngeren, und sie fühlen sich ihrer Stadt auch stärker verbunden. Vermittelt über diese motivationalen Voraussetzungen, aber auch auf andere Weise fördert ein höheres Lebensalter die Bereitschaft von Personen, Nachrichten zum örtlichen politischen Geschehen zu verfolgen. Unabhängig davon lassen Bürger mit höherem Sozialstatus eine etwas stärkere Neigung als solche mit geringerer sozioökonomischer Ressourcenausstattung erkennen, sich der Stadtpolitik zuzuwenden. Eine schwächere, aber immer noch spürbar positive Rolle spielen schließlich auch Aspekte sozialer Integration wie die Erwerbstätigkeit, das Leben in einem Mehrpersonenhaushalt, häufiger Kirchgang oder eine langjährige Ansässigkeit im selben Bezirk. Andererseits zeigen unsere Befunde, dass Bürger ohne deutschen Pass dem lokalen Geschehen im Schnitt weniger Interesse und weniger Aufmerksamkeit entgegen bringen.

Im Unterschied dazu variiert die Neigung, stadtpolitische Fragen im persönlichen Umfeld zu diskutieren, nur sehr abgeschwächt mit dem Alter und dem Sozialstatus. Sowohl direkt als auch indirekt – nämlich vermittelt durch eine erhöhte Aufmerksamkeit für lokale Nachrichten – wird sie vor allem befördert durch kommunalpolitisches Interesse. Da beide Faktoren ein ausgeprägtes Alters- und Statusprofil aufweisen, wirken sich diese Hintergründe zwar indirekt auch auf die Häufigkeit politischer Gespräche aus, aber zusätzliche direkte Effekte dieser beiden strukturellen Merkmale gibt es nicht. In geringem Maße wird die Bereitschaft, über kommunale Belange zu diskutieren, auch gefördert durch soziale Integration. Diese begünstigt solche Konversationen als strukturelle Voraussetzung, indem sie die dafür notwendigen Kontakte zu möglichen Gesprächspartnern schafft. Überraschend ist, dass die deutsche Staatsangehörigkeit die Neigung zu lokalpolitischen Unterhaltungen eher senkt.

Etwas mehr ein Drittel der Mannheimer informiert sich lediglich aus einer Quelle über die Stadtpolitik, mehr als die Hälfte informiert sich aus zwei und mehr Quellen und hat somit bessere Chancen, ein plurales Bild vom politischen Geschehen zu erhalten. Mit großem Abstand fungiert die lokale Tagespresse als wichtigster Informationslieferant, rund zwei Drittel unserer Befragten lesen den "Mannheimer Morgen". Auch dem "Rhein-Neckar Fernsehen" wird von vielen Bürgern (rund einem Drittel) Bedeutung beigemessen. Alle anderen Informationsquellen, darunter auch das Amtsblatt der Stadt Mannheim, lokale Internetangebote und der Hörfunk, werden nur von sehr kleinen Anteilen der Befragten als bedeutsam eingestuft. Die differenzierte Analyse der

Nutzungshintergründe deutet auf ein gewisses Maß an funktionaler Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Quellen lokalpolitischer Information hin. Kein Merkmal wirkt bezüglich aller Informationsquellen gleichermaßen förderlich oder dämpfend. Gerade angesichts der insgesamt herausragenden Bedeutung des kommunalpolitischen Interesse als Motivator der Aufmerksamkeit für Lokalnachrichten erscheint bemerkenswert, dass dieses für die Nutzung einiger Quellen keine Voraussetzung zu sein scheint, darunter insbesondere das Fernsehen. Wie nicht anders zu erwarten, erweisen sich viele Informationsquellen zwar mehr oder weniger deutlich als Domäne älterer Bürger, aber die differenzierte Analyse zeigt, dass das durchaus nicht für alle Quellen gilt. Gerade das Internet erweist sich als bevorzugtes Informationsmedium eher jüngerer Bürger. Es wurde zwar selten als bedeutsame Quelle genannt, doch könnte hier ein Potenzial bestehen, auch die jüngere Generation an die Stadtpolitik heranzuführen. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass das Internet ähnlich wie die Tagespresse deutlich eher von höher gebildeten und statushöheren Personen genannt wurde. Fernsehen und Hörfunk scheinen demgegenüber eher statusniedrigere Personen mit geringerer Bildung zu erreichen.

Unsere breit angelegte Analyse der Bedeutung politischer Involvierung und anderer Faktoren für grundlegende Orientierungen der Mannheimer Bürger zur Demokratie in ihrer Stadt, zu ihrer Rolle als Bürger und zu den Möglichkeiten aktiver politischer Beteiligung hat sehr differenzierte Ergebnisse erbracht (siehe dazu auch den nachfolgenden Abschnitt 2.). Stark vereinfachend kann festgehalten werden, dass positive Einschätzungen der städtischen Demokratie und ihrer Leistungen vor allem durch eine starke Verbundenheit mit der Stadt gefördert werden, aber auch bei sozioökonomisch besser gestellten Personen etwas eher zu finden sind. Zudem gibt es insbesondere für die Urteile über Leistungen und Vertrauenswürdigkeit der städtischen Institutionen einen klaren Zusammenhang mit der politischen Involvierung: Je interessierter und aufmerksamer sich Bürger dem städtischen politischen Geschehen zuwenden, desto vorteilhafter ihre Bewertungen. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass weniger günstige Urteile vor allem bei Personen festzustellen sind, die sich der Stadt weniger verbunden fühlen und ihrer Politik in geringerem Ausmaß Interesse und Aufmerksamkeit entgegen bringen, sowie außerdem auch bei sozial weniger gut Gestellten.

Wir haben zwei Verständnisse der Bürgerrolle unterschieden – ein aktivitätsbetontes und ein pflichtbetontes Verständnis. Interessanterweise sind beide Verständnisse eher ausgeprägt bei Personen, die sich stärker für lokale Politik interessieren und sich öfter über diese unterhalten sowie zudem eine höhere Verbundenheit mit ihrer Stadt aufweisen. Dieselben Faktoren wirken sich auch deutlich positiv auf die Bereitschaft aus, sich aktiv politisch zu beteiligen. Nur für diese Orientierungen finden wir zudem einen bedeutsamen Effekt des Geschlechts: Abgesehen von der Beteiligung an Kommunalwahlen, für die das Geschlecht keinen Unterschied macht, erscheinen Frauen etwas partizipationsfreudiger als Männer. Einige Orientierungen zur politischen Beteiligung sind zudem bei höher Gebildeten bzw. Angehörigen höherer Sozialschichten etwas deutlicher ausgeprägt. Speziell bezüglich der Beteiligung an Gemeinderatswahlen haben wir eine im Vergleich zu Bundestagswahlen insgesamt deutlich geringere Aktivitätsbereitschaft gefunden. Kommunalpolitisches Interesse, gefolgt von der Aufmerksamkeit für Nachrichten zur lokalen Politik und Gesprächen über diese sowie einer starken Verbundenheit mit der Stadt erhöhen spürbar die Bereitschaft, zur Wahl zu gehen, aber auch ein höherer Sozialstatus und – angesichts der vom Wahlrecht geschaffenen formalen Voraussetzungen wenig verwunderlich – die deutsche Staatsbürgerschaft tragen dazu bei.

2. Politisch passive Gruppen in Mannheim

2.1 Demokratie und Beteiligung

Demokratie verdient nur dann ihren Namen, wenn sie sich auf das Regieren durch die Bürgerinnen und Bürger bezieht. Erst Beteiligung ermöglicht die Mitgestaltung der Gesellschaft und Debatten über die Qualität einer Demokratie richten ihren Fokus stets auf das Ausmaß und die Formen der Beteiligung – nicht auf deren offensichtliche demokratische Notwendigkeit. Ein Mangel an politischer Beteiligung kann die Demokratie auf drei Weisen gefährden. Zunächst ist Partizipation nicht nur erforderlich für die demokratische Entscheidungsfindung, sondern auch für die Entwicklungs- und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten der Teilnehmenden. Natürlich brauchen sich nicht alle Bürgerinnen und Bürger ständig mit Politik beschäftigen. Ein kontinuierlich niedriges Niveau von Beteiligung entspricht jedoch nicht den demokratischen Anforderungen. Zweitens ist nicht nur das allgemeine Niveau politischer Partizipation wichtig für die Qualität der Demokratie, sondern auch der gleiche Zugang für alle Bürgerinnen und Bürger. Allerdings wird immer wieder bestätigt, dass insbesondere ressourcenstarke Gruppen überdurchschnittlich partizipieren. Die ständigen Erweiterungen des Repertoires politischer Beteiligung haben offensichtlich kaum dazu geführt, dass sich auch bisher wenig aktive Gruppen engagieren. Eine dritte Gefährdung der Demokratie durch mangelhafte Beteiligung betrifft die Konsequenzen ungleicher Teilnahme: Wenn in politischen Entscheidungsprozessen bestimmte Gruppen dauerhaft über- oder unterdurchschnittlich partizipieren, werden auch bestimmte Meinungen und Interessen stärker oder schwächer als andere erkennbar. Insgesamt bedeutet eine geringe und schief verteilte politische Beteiligung somit eine Beschränkung individueller Entwicklungsmöglichkeiten, eine Verletzung des Gleichheitsprinzips sowie eine Verzerrung der Entscheidungsfindung. Ein Mangel an politischer Beteiligung ist deswegen letztendlich zerstörerisch für jede Demokratie – auch für die Demokratie in Mannheim.

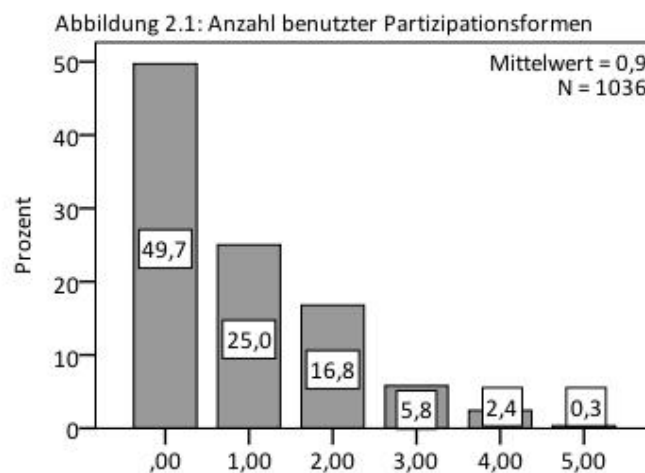
2.2 Beteiligung und Passivität

Partizipieren, mitmachen, teilhaben, sich beteiligen, dabei sein: Kaum ein Begriff ist so deutlich mit der Demokratie verbunden wie die Mitarbeit von Bürgerinnen und Bürgern an der Gestaltung der Gesellschaft. Formen dieser Beteiligung sind zunächst der Gang zur Wahlurne, Kontakte mit Politikern oder die Unterstützung einer bestimmten Partei. In den letzten Jahrzehnten sind weiterhin Aktivitäten wie Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Produktboykotte oder Flashmobs dazugekommen und das Repertoire wird ständig erweitert. Die Charakterisierung politisch passiver Gruppen in Mannheim wird auf Basis der Frage zur Nutzung fünf verschiedener Partizipationsformen (Leserbrief, Kontakt Politiker, organisierte Veranstaltung, Demonstration und Unterschriftensammlung) vorgenommen. Es handelt sich hier um retrospektive Informationen über tatsächliche Partizipation und nicht um Einstellungen oder Absichten. Tabelle 2.1 zeigt die Anteile der Bürgerinnen und Bürger, die diese Formen „... in den vergangenen zwölf Monaten“ in Mannheim benutzt haben. Deutlich ist, dass die einzelnen Formen nur Minderheiten der Bevölkerung auf die Beine bringen: Auch an der meist-genutzten Form – einer Unterschriftenaktion in Mannheim – haben sich weniger als ein-Drittel der Bürgerinnen und Bürger beteiligt.

Tabelle 2.1: Beteiligung in Mannheim (in Prozent)

Partizipationsform:	In den letzten zwölf Monate getan (%)	N
Sich an einer Unterschriftenaktion in Mannheim beteiligt?	32	1032
Kontakt zu einem Politiker in Mannheim gehabt?	21	1031
An einer organisierten Form der Bürgerbeteiligung teilgenommen?	17	1032
An einer Demonstration in Mannheim teilgenommen?	12	1034
Einen Leserbrief an eine Mannheimer Zeitung geschrieben?	5	1034

Neben den Anteilen der Bevölkerung, die sich an den verschiedenen Formen politischer Partizipation beteiligt haben, kann auch die Zahl der insgesamt benutzten Partizipationsformen als ein Indikator für das Niveau politischer Partizipation betrachtet werden. Abbildung 2.1 ist die Verteilung dieser Zahl zu entnehmen. Im Durchschnitt sind die Mannheimer Bürgerinnen und Bürger an weniger als einer Form beteiligt (Mittelwert 0,87), wobei fast fünfzig Prozent keine einzige Form genutzt haben. Unter den mehr als 1000 Befragten gab es insgesamt nur drei Personen, die alle fünf Formen politischer Partizipation eingesetzt haben. Das Niveau politischer Partizipation gemessen an der Zahl der benutzten Formen sieht somit zwar etwas besser aus (etwa fünfzig Prozent benutzen zumindest eine der Formen), als aus der Betrachtung der einzelnen Aktivitäten hervorgeht (maximal 32 Prozent). Aber auch wenn die fünf Partizipationsformen zusammen betrachtet werden, ist kaum die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger dazu bereit, sich in Mannheim politisch zu beteiligen.



Die fünf Formen politischer Beteiligung umfassen im Prinzip zwei Typen politischer Partizipation:¹⁶

- *Bürgerschaftliche Partizipation:* Die drei Partizipationsformen (a) einen Leserbrief an eine Mannheimer Zeitung schreiben, (b) Kontakt zu einem Mannheimer Politiker aufnehmen und (c) teilnehmen an einer organisierten Form der Bürgerbeteiligung bilden zusammen einen eigenständigen Typus politischer Beteiligung. Wer keine dieser drei Formen benutzt hat, wird als bürgerschaftlich inaktiv betrachtet.
- *Protest:* Die beiden Partizipationsformen (a) an einer Demonstration in Mannheim teilnehmen und (b) sich an einer Unterschriftenaktion in Mannheim beteiligen bilden ebenfalls einen eigenständigen Typus. Auch hier betrachten wir als inaktiv denjenigen, der keine der beiden Formen benutzt hat.

In Tabelle 2.2 sind die Bürgerinnen und Bürger auf Basis der Frage eingeteilt, ob sie bürgerschaftlich aktiv waren oder nicht, und ob sie sich an Protesten beteiligt haben oder nicht. Wie dieser Tabelle zu entnehmen ist, umfasst die Gruppe der bürgerschaftlich Inaktiven 68 Prozent der Befragten, und 64 Prozent haben keine Protest-Formen benutzt. Außerdem ist bereits aus Abbildung 2.1 hervorgegangen, dass die beiden Gruppen sich deutlich überlappen: Fünfzig Prozent der Bürgerinnen und Bürger hat sich in den zwölf Monaten vor der Befragung an keiner Form politischer Partizipation in Mannheim beteiligt. Für diese Kategorie wird hier die Bezeichnung ‚Inaktive‘ benutzt.

Tabelle 2.2: Protest und bürgerschaftliche Partizipation

		Bürgerschaftliche Beteiligung:		
		getan	nicht getan	
Protest:	getan	Aktive (17,9%)	Protestierende (18,0%)	35,8%
	nicht getan	bürgerschaftlich Aktive (14,3%)	Inaktive (49,9%)	64,2%
		32,2%	67,8%	N=1025 (100%)

Neben der tatsächlichen Nutzung verschiedener Partizipationsformen kann auch die Wahrscheinlichkeit, sich an Wahlen für den Mannheimer Gemeinderat zu beteiligen, als ein Indikator politischer Aktivitäten betrachtet werden.¹⁷ Bei den letzten Gemeinderatswahlen 2004 und 2009 war die tatsächliche Beteiligung 41,4 bzw. 37,9 Prozent.¹⁸ Diese Zahlen liegen erheblich unter der Angabe von 61 Prozent unserer Befragten, dass sie „bestimmt“ zur Wahlurne gingen, wenn es am Sonntag Gemeinderatswahlen gäbe. Für die weitere Charakterisierung von politisch passiven Gruppen benutzen wir deswegen alle Antwortkategorien der Frage nach der Wahlbeteiligungsabsicht an Gemeinderatswahlen außer „bestimmt“ (also „wahrscheinlich“, „vielleicht“, „wahrscheinlich nicht“ oder „bestimmt nicht“). Anders als bei den Fragen nach Partizipation handelt es sich bei Wahlbeteiligung also um eine Absicht und nicht um tatsächliche Aktivitäten. Die passive Gruppe ist hier kleiner als bei den bürgerschaftlichen und Protest-Formen politischer Partizipation: Bei einer Gemeinderatswahl in Mannheim würden 39 Prozent der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger

¹⁶ Siehe im vorliegenden Bericht, S. 31, oder im Bericht „DAMA: Deskriptive Ergebnisse“, S. 4.

¹⁷ Da sich die Fragen nach den fünf Partizipationsformen ausdrücklich auf Beteiligung an Aktivitäten in Mannheim richten, wird auch hier die Frage nach Beteiligung an Gemeinderatswahlen benutzt.

¹⁸ Siehe: www.mannheim.de/sites/default/files/page/7102/grw09_amtl_endergebnis.pdf.

wahrscheinlich zu Hause bleiben. Diese Gruppe der ‚Nicht-Wähler‘ betrachten wir nach den ‚Inaktiven‘ als eine zweite politisch passive Gruppe.

Nachdem die verschiedenen Möglichkeiten sich zu beteiligen betrachtet worden sind, gibt es schließlich noch eine Gruppe ‚Passiver‘. Diese Gruppe umfasst alle Bürgerinnen und Bürger, die keine der genannten Partizipationsformen benutzt haben (weder bürgerschaftliche Formen noch Protest-Formen), und die nicht mit großer Wahrscheinlichkeit zur Wahlurne gehen würden, wenn am Sonntag Gemeinderatswahl wäre. Diese Kombination von Inaktiven und Nicht-Wählern kennzeichnet 23 Prozent der Mannheimer Gesamtbevölkerung und 25 Prozent der Wahlberechtigten.

2.3 Determinanten politischer Passivität

Die pointierteste Antwort auf der Frage, weshalb Menschen politisch nicht aktiv sind, umfasst drei Punkte: „...: because they can’t; because they don’t want to; or because nobody asked“.¹⁹ Diese drei Hauptgründe – Ressourcen, Motivationen, Kontakte – werden wir auch hier heranziehen, um die Determinanten politischer Inaktivität und Passivität in Mannheim zu untersuchen. Zunächst ist klar, dass die individuelle Ressourcenausstattung – wie z. B. Schulbildung und gesellschaftliche Position – und die damit direkt verbundenen soziodemographischen Merkmale wie z. B. Geschlecht, Alter oder Staatsangehörigkeit – die Chancen politischer Partizipation einzelner Bürgerinnen und Bürger maßgeblich bestimmen. Zweitens sind politische Orientierungen relevant für die Erklärung politischer Partizipation. Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Politik in Mannheim interessieren, werden sich fast *per Definitionem* eher aktiv beteiligen als andere. Auch Menschen, die sich selbst im linken Teil einer Links-Rechts-Skala einordnen, werden relativ häufig partizipieren, da sie sich im Allgemeinen mehr für soziale und politische Veränderungen interessieren als andere Bürgerinnen und Bürger. Weitere motivationale Erklärungsfaktoren sind das Demokratieverständnis und die Unterstützung von Bürgertugenden, die Zufriedenheit mit der Demokratie in Mannheim und mit den gebotenen Beteiligungsmöglichkeiten, das Vertrauen in Mannheimer politische Institutionen, sowie das Gefühl, mit seinen Aktivitäten etwas erreichen zu können. Die letzte Kategorie der Determinanten politischer Passivität betrifft soziale Kontakte: Ein beschränkter Bekannten-, Freundes- oder Kollegenkreis macht es eher unwahrscheinlich, dass man mit politischen Anreizen konfrontiert wird oder eine Einladung bekommt, gemeinsam politische Aktivitäten zu unternehmen. Auf ähnliche Weise kann die Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden zu politisch relevanten Kontakten führen. Dabei ist es nicht erforderlich, dass man in einer politischen Organisation aktiv ist – fast jeder Verein bietet seinen Mitgliedern Möglichkeiten, andere zu treffen und Fähigkeiten für gemeinsame Aktionen zu entwickeln. Diese wachsenden ‚civic skills‘ und soziale Netzwerke erhöhen die Chancen, auch irgendwann mit politisch relevanten Themen in Berührung zu kommen oder eingeladen zu werden, gemeinsam etwas in diesen Bereichen zu unternehmen.

In Tabelle 2.3 sind die soziodemographischen, politischen und sozialen Determinanten der politischen Inaktivität und Passivität in Mannheim für die drei unterschiedenen Gruppen – Inaktive, Nicht-Wähler, Passive – aufgenommen worden. Für jeden der drei Haupterklärungsblöcke sind dazu verschiedene, potentiell erklärende Faktoren eingetragen. Aus diesen Berechnungen ist sofort deutlich, dass Inaktivität und Passivität von nur wenigen Faktoren abhängig sind: Wer sich nicht für die Mannheimer Kommunalpolitik interessiert, ein eher autoritäres Verständnis von Demokratie hat und sich nicht an Vereinsaktivitäten beteiligt wird sich höchstwahrscheinlich auch an der Politik in Mannheim nicht beteiligen. Einige zusätzliche Ergebnisse unterstreichen die Plausibilität dieser Interpretation. So sind alleinstehende, nicht-erwerbstätige Bürgerinnen und Bürger, die ein basisdemokratisches Demokratieverständnis haben und nicht aktiv sind in Vereinen oder Verbänden,

¹⁹ Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozman, und Henry Brady. 1995. Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics. Cambridge, Mass., London: Harvard University Press, S. 269.

eher politisch inaktiv als andere. Ebenso wenig ist es überraschend, dass Jugendliche im Vergleich zu älteren Menschen eine geringere Chance haben, als Nicht-Wähler gekennzeichnet zu werden. Anders als bei den Inaktiven ist für die Nicht-Wähler die Performanz der Stadt relevant für den Mangel an politischem Engagement: Ein relativ hohes Niveau dieser Zufriedenheit verringert die Chancen, dass man nicht zur Wahlurne geht. Die Determinanten für die Kategorie der Passiven sind sehr ähnlich zu den Faktoren, welche mit Wahlenthaltung zusammen hängen.

Tabelle 2.3: Determinanten politischer Passivität in Mannheim (logistische Regressionen; exp. B)

	Inaktive	Nicht-Wähler	Passive
(Konstante)	4,761**	2,107	0,305
Mann (1 = Mann)	1,182	1,021	1,297
Alter	0,543	0,204**	0,183**
Bildung	0,815	0,812	0,526
Schüler (1 = Schüler)	0,509	0,599	0,322
Schicht	0,829	0,617	1,415
Mehrpersonenhaushalt	0,518***	0,777	0,554**
Erwerbstätig	0,607**	0,943	0,661
Kirchgangshäufigkeit	1,085	0,886	0,724
Wohndauer in der Stadt	0,866	0,731	0,652
Deutsche Staatsangehörigkeit	0,892	1,200	0,820
Interesse an Mannheimer Politik	1,664***	2,069***	2,466***
Links-Rechts Platzierung	0,955	1,266	0,525
Bürgertugend: Aktiv sein	0,985	1,464	1,552
Bürgertugend: Pflichterfüllung	1,073	0,618	0,605
Demokratieverständnis: Autoritarismus	2,552***	2,415**	2,538**
Demokratieverständnis: Basisdemokratisch	0,328**	0,551	0,555
Zufriedenheit Demokratie in Mannheim	1,782	0,650	0,433
Zufriedenheit Performanz Mannheim	0,680	0,420**	0,442**
Wirksamkeit Beteiligung: konventionell	0,433	0,214	0,419
Wirksamkeit Beteiligung: unkonventionell	0,679	1,267	0,999
Politisches Vertrauen Mannheim	1,155	1,054	1,188
Politisches Selbstbewusstsein	0,307	0,727	0,678
Vereinsmitglied: allgemein	0,253***	0,853	0,483
Vereinsmitglied: spezifisch	0,471**	0,372**	0,475
Soziale Kontakte: Angehörigkeit Gruppe	0,734	1,063	0,769
Soziale Kontakte: Nachbarn	1,334	0,735	0,703
Unterhaltungen mit Freunden aus Mannheim	2,318	1,203	1,262
Unterhaltungen mit Bekannten, Kollegen, Nachbarn aus Mannheim	1,002	1,065	1,410
Adj. R ²	0,296	0,275	0,213
N	874	875	875

*** p < 0,001, ** p < 0,01, * p < 0,05; alle Variablen auf Wertebereich 0 – 1 normalisiert; Variablen per Block aufgenommen.

Die Frage nach den wichtigsten Determinanten politischer Inaktivität und Passivität in Mannheim lässt sich relativ eindeutig beantworten. Da fast keiner der soziodemografischen Faktoren ein akzeptables Niveau statistischer Signifikanz erreicht, ist zunächst klar, dass ein Mangel an Ressourcen hier kaum von Bedeutung ist. Offensichtlich bleiben manche Leute der Mannheimer Politik fern, weil es ihnen an Möglichkeiten fehlt („because they can’t“). Viel wichtiger als soziodemographische Merkmale sind die politischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger, wobei insbesondere ein sehr geringes Niveau von Interesse an der Mannheimer Politik, sowie ein eher autoritäres Demokratieverständnis mit politischer Inaktivität und Passivität zusammen hängen. Mit anderen Worten: Manche Leute bleiben der Mannheimer Politik fern, weil sie sich damit nicht beschäftigen wollen („because they don’t want to“). Auch für soziale Kontakte sind die Ergebnisse eindeutig. Für die Inaktiven ist klar, dass ihr Mangel an Partizipation stark mit Beteiligung in Vereinen und Verbänden generell zusammenhängt: Wer sozial nicht aktiv ist, hat eine relativ große Chance zu den politisch Inaktiven zu gehören („because nobody asked“). Somit ist die kürzeste Antwort auf die Frage, weshalb Bürgerinnen und Bürger sich nicht an der Mannheimer Politik beteiligen: *weil sie nicht wollen und weil sie niemand gefragt hat – und nicht, weil ihnen dazu die Ressourcen fehlen würden.*

Die Schlussfolgerung, dass politische Inaktivität und Passivität maßgeblich von Einstellungen wie einem Mangel an Interesse oder einem autoritären Verständnis von Demokratie abhängen, ist zwar interessant, als solche aber wenig befriedigend. Weshalb interessieren sich einige Leute mehr für Politik als andere? Und welche Faktoren sind förderlich für ein eher autoritäres Demokratieverständnis? Erst die Antworten auf diese Fragen können das Bild der politischen Inaktivität in Mannheim komplettieren. Dazu sind in Tabelle 2.4 die Ergebnisse für die wichtigsten soziodemographischen Bestimmungsfaktoren, sowie die Informationen bezüglich der sozialen Kontakte der Befragten für diese beiden politischen Orientierungen zusammengefasst. Die mit Abstand stärksten Determinanten des Interesses an der Mannheimer Politik sind Alter, Vereinsmitgliedschaft und Staatsangehörigkeit. Da diese Koeffizienten alle ein negatives Vorzeichen aufweisen, ist klar, dass junge Leute, die nicht in Vereinen aktiv sind und keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, ein geringes Niveau von politischem Interesse erreichen. Zusätzlich sind auch ein geringes Bildungsniveau und eine relative kurz Wohndauer in der Stadt für diese Einstellung relevant. Ein eher autoritäres Verständnis von Demokratie hängt teilweise mit ähnlichen Faktoren zusammen. Es sind offensichtlich die Bürgerinnen mit einem niedrigen Bildungsniveau (die aber keine Schüler mehr sind), und die relativ lang in Mannheim wohnen, die basisdemokratische Ideen nicht unterstützen und stattdessen klare Entscheidungen und starke Persönlichkeiten bevorzugen.

Offensichtlich war die oben präsentierte Antwort auf die Frage, weshalb Bürgerinnen und Bürger sich nicht an der Mannheimer Politik beteiligen – weil sie nicht wollen und weil niemand sie gefragt hat, und nicht weil ihnen dazu die Ressourcen fehlen wurden – nicht falsch aber voreilig. Ressourcen spielen sehr wohl eine Rolle für die Erklärung der politischen Inaktivität in Mannheim. Diese Erklärungen erfordern allerdings zwei Schritte. Erstens führen bestimmte soziodemographische Faktoren und Netzwerkmerkmale zu einem geringen Niveau von Interesse an der Mannheimer Politik und zu einem eher autoritären Verständnis von Demokratie. In einem zweiten Schritt sind es genau diese Haltungen, welche in politischer Inaktivität und Passivität resultieren. Somit kann die Antwort auf die Frage, weshalb Bürgerinnen und Bürger sich nicht an der Mannheimer Politik beteiligen, unter Berücksichtigung der beiden Schritte bündig zusammengefasst werden als: *weil sie nicht wollen und weil niemand sie gefragt hat – und sie wollen nicht und werden nicht gefragt weil ihnen dazu die Ressourcen fehlen.*

Tabelle 2.4: Determinanten von politischem Interesse und Autoritarismus (OLS-Regressionen; standardisierte Koeffizienten)

	Politisches Interesse	Autoritarismus
Geschlecht (1 = Mann)	-0,051	-0,075*
Alter	-0,292***	0,076
Bildung	-0,111**	-0,196***
Schüler (1 = Schüler)	-0,022	-0,131**
Schicht	-0,066*	-0,033
Mehrpersonenhaushalt	-0,053	0,024
Erwerbstätig	-0,045	0,019
Kirchgangshäufigkeit	-0,012	0,006
Wohndauer in der Stadt	-0,114***	0,091**
Deutsche Staatsangehörigkeit	-0,170***	0,039
Vereinsmitglied: allgemein	-0,194***	-0,038
Vereinsmitglied: spezifisch	-0,070*	0,011
Soziale Kontakte: Angehörigkeit Gruppe	-0,079**	0,012
Soziale Kontakte: Nachbarn	0,036	0,037
Unterhaltungen mit Freunden aus Mannheim	0,071*	0,019
Unterhaltungen mit Bekannten, Kollegen, Nachbarn aus Mannheim	-0,060*	-0,020
Adj. R ²	0,216	0,072
N	982	982

*** p < 0,001, ** p < 0,01, * p < 0,05; alle Variablen auf Wertebereich 0 – 1 normalisiert; Variablen per Block aufgenommen.

2.4 Merkmale politisch passiver Gruppen

Im letzten Abschnitt sind die wichtigsten Determinanten politischer Inaktivität und Passivität genauer betrachtet worden. Damit ist allerdings nicht automatisch auch festgelegt, welche Konsequenzen ein Mangel an politischer Beteiligung für die politische Entscheidungsfindung hat. So kann zum Beispiel die Unterstützung von autoritären Gedanken politische Untätigkeit fördern. Wenn aber nur relativ wenig Menschen diese Ideen teilen, ist auch die politische Bedeutung dementsprechend gering. Interessant ist dann die Frage, inwiefern dauerhafte über- oder unterdurchschnittliche Partizipation von bestimmten Gruppen dazu führt, dass bestimmte Meinungen stärker oder schwächer als andere erkennbar sind.

Um die Frage nach den Konsequenzen ungleicher Teilnahme zu beantworten, betrachten wir die durchschnittlichen Positionen von Inaktiven, Nicht-Wählern und Passiven *im Vergleich zu der durchschnittlichen Position der Mannheimer Bevölkerung*. Die Zahlen drücken somit aus, inwieweit die verschiedenen Typen politisch Nicht-Aktiver sich vom ‚Durchschnittsbürger‘ unterscheiden. Für einige politische Orientierungen sind die Ergebnisse in Tabelle 2.3 zusammengefasst. Die Links-Rechts-Einstufung der politisch Nicht-Aktiven unterscheidet sich nicht von derjenigen der Gesamtbevölkerung. Viel deutlichere Unterschiede finden wir für Zufriedenheit, Vertrauen und Verbundenheit mit Mannheim, wobei alle Differenzen darauf hinweisen, dass die politisch Nicht-Aktiven sich deutlich weniger zufrieden und verbunden zeigen als andere. Die Unterschiede in diesem Block sind fast alle statistisch signifikant und erreichen insbesondere unter Nicht-Wählern und Passiven ein erhebliches Ausmaß. Auch die Ergebnisse der beiden nächsten Blöcke sind

eindeutig: Politisch Nicht-Aktive unterstützen Bürgertugenden, welche Pflichterfüllung betonen sowie eine basisdemokratische Vorstellung von Demokratie viel weniger deutlich als Bürgerinnen und Bürger, die sich tatsächlich beteiligen. Dagegen sind die Differenzen zwischen den beiden Gruppen bezüglich der Toleranzniveaus eher gering. Klare Unterschiede zeigen sich hier allerdings für die soziale Toleranz von Normabweichungen, die unter politisch Nicht-Aktiven deutlich geringer ist als in der Gesamtbevölkerung. Insgesamt geht aus Tabelle 2.3 hervor, dass sich allgemeine politische Orientierungen (Links-Rechts-Einstufung) zwischen aktiven und inaktiven Teilen der Bevölkerung nicht unterscheiden. Eine höhere Beteiligung würde somit auch nicht zu einer Verschiebung der Entscheidungen in die linke oder rechte Richtung führen. Gleichzeitig ist klar, dass wichtige normative Grundlagen der Demokratie unter politisch nicht-aktiven Gruppen weniger Unterstützung finden als in der Gesamtbevölkerung. Man kann diese Schlussfolgerung positiv formulieren und darauf hinweisen, dass aktive Bürgerinnen und Bürger die ‚besseren‘ Demokraten sind: Nicht nur beteiligen sie sich tatsächlich an politische Entscheidungsprozessen, auch Ihre Zustimmung zu verschiedenen demokratischen Grundwerten liegt über dem durchschnittlichen Niveau in Mannheim.

Tabelle 2.3: Durchschnittliche Positionen von Inaktiven, Nicht-Wählern und Passiven im Vergleich zu der Gesamtbevölkerung (in standardisierten Mittelwertdifferenzen²⁰)

	Inaktive/ Aktive	nicht-Wähler/ Wähler	Passive/nicht Passive
Links-Rechts Platzierung	0,03	-0,03	-0,12
Zufriedenheit Demokratie in Mannheim	-0,04	-0,26***	-0,29***
Zufriedenheit Performanz Mannheim	-0,14***	-0,32***	-0,38***
Politisches Vertrauen Mannheim	-0,08*	-0,26***	-0,31***
Verbundenheit Mannheim	-0,12***	-0,27***	-0,39***
Bürgertugend: Aktiv sein	-0,14***	-0,14**	-0,17**
Bürgertugend: Pflichterfüllung	-0,06*	-0,19***	-0,24***
Demokratieverständnis: Autoritarismus	0,10***	0,11*	0,14*
Demokratieverständnis: Basisdemokratisch	-0,17***	-0,15**	-0,20**
Politische Toleranz: ideologische Extremisten	-0,05	0,02	-0,06
Politische Toleranz: Normabweichung	-0,10**	-0,10*	-0,15**
Soziale Toleranz: ideologische Extremisten	-0,08*	-0,12*	-0,21***
Soziale Toleranz: Normabweichung	-0,03	0,03	-0,05

*** p < 0,001, ** p < 0,01, * p < 0,05; F-Tests.

Die ungleiche Unterstützung demokratischer Normen und die verschiedenen Niveaus von politischem Vertrauen und Zufriedenheit unter politisch aktiven und nicht-aktiven Gruppen bedeutet außerdem, dass politische Entscheidungsprozesse in Mannheim derzeit stärker von positiven als von negativen Haltungen dominiert sind. Mit anderen Worten: Wenn sich alle Bürgerinnen und Bürger in Mannheim politisch engagieren würden, kämen auch diejenigen zu Wort, die weniger zufrieden mit der Demokratie und den Leistungen des politischen Systems in der Stadt sind und sich außerdem nicht so stark mit Mannheim verbunden fühlen wie die Gesamtbevölkerung. Paradoxerweise muss

²⁰ Diese Kennzahl ist hier definiert als: $(MW_{\text{inaktiv}} - MW_{\text{gesamt}}) / \text{StandDev}_{\text{gesamt}}$.

bei einer derartig breiten Beteiligung dann allerdings in Kauf genommen werden, dass geringere Unterstützung für demokratische Grundprinzipien und weniger Vertrauen artikuliert werden. Diese Schlussfolgerung trifft insbesondere für die Gruppen der Nicht-Wähler und Passiven zu.

2.5 Fazit

Startpunkt dieses Exkurses war die Ansicht, dass geringe und schiefverteilte politische Beteiligung eine Verletzung des Gleichheitsprinzips und eine Verzerrung der Entscheidungsfindung darstellen können und als solche im Allgemeinen wenig förderlich für die Qualität der Demokratie sind. Die empirische Analyse in diesem Kapitel belegt Umfang und Verbreitung dieser Beschränkungen der Mannheimer Demokratie. Zunächst ist klar, dass die Möglichkeiten politischer Beteiligung auch hier von Teilen der Bevölkerung nicht genutzt werden. Die meist genutzte Form – eine Unterschriftenaktion – ist von etwa einem Drittel der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt worden. Betrachten wir alle Partizipationsformen, dann hat sich insgesamt etwa die Hälfte der Bevölkerung politisch beteiligt. Für die tatsächliche Beteiligung an Gemeinderatswahlen in Mannheim sehen diese Zahlen mit etwa 37 bis 41 Prozent nicht viel besser aus, obwohl unsere ‚Sonntagsfrage‘ – wie üblich bei Umfragen – das zu erwartende Ausmaß dieser Form von Beteiligung etwas überschätzt.

Die Suche nach den wichtigsten Determinanten politischer Inaktivität bildet den Hauptteil der Analyse. Zunächst erscheint die Antwort auf die Frage, weshalb Bürgerinnen und Bürger sich nicht an der Mannheimer Politik beteiligen einfach und eindeutig: Es fehlt ihnen an Interesse an dem politischen Geschehen in der Stadt und in ihrem Verständnis von Demokratie spielt aktive Bürgerbeteiligung keine wichtige Rolle. Für politische Inaktivität sind soziodemographische Faktoren und soziale Kontakte offensichtlich nicht direkt relevant. Wenn wir die Aufmerksamkeit jedoch auf die Determinanten von politischem Interesse und autoritärem Verständnis von Demokratie richten, wird klar, dass soziodemographische Faktoren und soziale Kontakte für Erklärungen politischer Untätigkeit indirekt eine wichtige Rolle spielen. Junge Leute, die nicht in Vereinen aktiv sind, keine deutsche Nationalität besitzen, ein geringes Bildungsniveau haben und relativ kurz in Mannheim wohnen, interessieren sich kaum für die Politik in der Stadt. Ähnliche Faktoren bestimmen ein eher autoritäres Verständnis von Demokratie. Daraufhin sind es diese beide Einstellungen, welche die Chancen erheblich vergrößern, dass man politisch untätig ist. Die kürzeste Antwort auf die Frage, weshalb manche Mannheimer Bürgerinnen oder Bürger sich nicht aktiv engagieren ist: *Weil sie nicht wollen und weil sie niemand gefragt hat – und sie wollen nicht und werden nicht gefragt, weil ihnen dazu die Ressourcen fehlen.* Somit kann weder von einer mehr oder weniger gleichen tatsächlichen Beteiligung, noch von gleichen Partizipationsmöglichkeiten gesprochen werden.

Gleiche Zugangsmöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger und eine breite Unterstützung demokratischer Grundprinzipien gehören zu den Lebensbedingungen jeder Demokratie. Die Konsequenzen ungleicher Beteiligung sind in Mannheim allerdings beschränkt. Aus einem Vergleich der politischen Einstellungen von Inaktiven, Nicht-Wählern und Passiven mit den durchschnittlichen Einstellungen der Gesamtbevölkerung geht hervor, dass allgemeine politische Positionierungen gleich sind. Dagegen ist die Unterstützung für normative Grundlagen der Demokratie unter politisch nicht-aktiven Gruppen geringer als in der Gesamtbevölkerung. Aktive Bürgerinnen und Bürger sind also die ‚besseren‘ Demokraten weil sie sich tatsächlich beteiligen und demokratische Grundwerte überdurchschnittlich unterstützen.